



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Fitnessplan für die Zukunft

Ein umfangreiches Paket an Änderungen plant CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im Hinblick auf die Organisation seiner Partei. Wie Scheuer bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München deutlich machte, „will ich das politische Unternehmen CSU weiterentwickeln“. Er bezeichnete es als „einzigartige Chance“, die CSU so zu gestalten, „dass sie weiterhin Volkspartei bleibt und die modernste Partei in Europa wird“. „Den Startschuss hierfür leiten wir auf dem kommenden Parteitag in Nürnberg ein“, betonte Scheuer.

Der Generalsekretär machte darauf aufmerksam, dass die CSU die erste Partei sein wird, die einen barrierefreien Parteitag veranstaltet. Scheuer will ein Forum für Menschen mit Behinderung ins Leben rufen. Darüber hinaus werde die CSU einen „Arbeitskreis Integration und Migration“ gründen, um für Einwanderer attraktiver zu werden. Vor dem Hintergrund, dass der Migrationsanteil in Bayern Prognose zufolge bis 2025 bei gut 28 Prozent liegen wird und dies zwangsläufig mit Veränderungen der Gesellschaft einhergeht, müsse gerade das Thema „Große Städte“ stärker in den Fokus genommen werden, so Scheuer.

Weiterentwicklung

„Mit der gesellschaftlichen Basis der kommenden Jahre müssen wir die entsprechenden organisatorischen Schritte gehen“, unterstrich der Generalsekretär. Erste Termine für Fachkongresse zum Thema „Aktualisierung des Grundsatzprogramms“ würden gerade erörtert. Grundsätzlich beruhe die Weiterentwicklung der Partei auf den drei Säulen Organisation, Kommunikation und Inhalt. Bereits beim Parteitag 2015 sollen die ersten Leitlinien zum neuen Grundsatzprogramm vorgestellt werden; im Frühjahr 2016 soll dieses fertig gestellt sein.

Scheuer will die organisatorischen und technischen Voraussetzungen dafür schaffen, „dass ne-

ben der bewährten Orts- Kreis- und Bezirksverbandsebene jene Mitglieder, die vielleicht auch projektorientiert arbeiten wollen, über mehr Mitwirkungsmöglichkeiten und schnellere Kommunikationswege verfügen“. Dabei soll auch in Zukunft das Augenmerk auf soziale Netzwerke gelegt werden. Grundsätzlich gelte es, die digitale Agenda zu verbessern, sprich Kanäle besser zu nutzen. Dazu gehört zum Beispiel eine Online-Mitgliedschaft. Ange-dacht ist zudem eine kostenlose Probemitgliedschaft. Damit will die Partei das große Potenzial ihrer Arbeitsgemeinschaften ausschöpfen. Die Junge Union beispielsweise hat 27.000 Mitglie-

Kommunale Jugendpolitik 2014:

Standortfaktor für Gemeinden

Gemeinsame Landestagung von Bayerischem Städte-, Gemeinde- und Landkreistag sowie Bayerischem Jugendring

Durchgängig erkennen insbesondere die bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden, dass gute Infrastrukturen für Kinder, Jugendliche und deren Familien ein wichtiger kommunaler Standortfaktor zur Zukunftsentwicklung sind. So haben sich viele Kommunen in Bayern seit Jahren auf den Weg gemacht und entwickeln sehr erfolgreiche Beiträge für eine gelingende kommunale Jugendpolitik.

Zum Beginn der neuen Wahlperiode der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Kreistage in Bayern bot die Landestagung „Kommunale Jugendpolitik 2014“ in Beilngries durch Beispiele und Fachbeiträge Impulse und Hilfestellungen zu den Fragen einer gelingenden kommunalen Jugendpolitik. Die Beiträge ausgewiesener Fachreferenten und erfahrener Gäste trugen zur Information, Orientierung und Meinungsbildung bei. Zudem lieferten verschiedene Praxisbeispiele Ideen und Know-how.

Jugendliche als knappes Gut

Wie Winfried Pletzer vom BJR eingangs feststellte, macht die demografische Entwicklung Kinder, Jugendliche und deren Familien zu einem knappen und damit wertvollen Gut. Entwicklungen-



Angeregte Diskussion in München - von links: Georg Huber, Josef Mederer, Andreas Scheuer, Stefan Röble und Jörg Kunstmann. Bild: DK

der, von denen aber nur 28 Prozent in der CSU sind.

Neue Zielgruppen

„Als CSU sollten wir künftig wieder stärker Themen besetzen und auf neue Zielgruppen zugehen“, meinte Scheuer. Neben Satzungserleichterungen für Ortsverbandsmitglieder hat die CSU auch die Nachwuchsförderung im Blick. 2007 richtete sie als erste Partei in Deutschland eine Akademie zur zielgerichteten Förderung ihres politischen Nachwuchses ein. Die CSU-Akademie bietet talentierten Nachwuchskräften in der CSU ein Schulungsprogramm, das sie für weitere politische Aufgaben qualifiziert. Sie versteht sich als

Ergänzung zu den vielfältigen Erfahrungen und Einblicke, die junge Nachwuchskräfte in ihrer täglichen Arbeit in CSU, JU, FÜ und RCDS sowie in der Kommunalpolitik erhalten.

Personal und Konzept

Um den Wähler an die Urne zu bekommen, sei es wichtig, ihn für das Personal und das Konzept zu begeistern, unterstrich Scheuer. „Da es in den Augen mancher Stammklientel mitunter vielleicht ein bisschen unchic geworden ist, Volksparteien zu wählen, müssen wir klar aufzeigen, wer das Zukunftspersonal mit dem entsprechenden Zukunftskonzept hat.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Von humanitärer Verantwortung

Die Themen Asyl, kommunale Daseinsvorsorge und föderale Finanzbeziehungen bildeten die Kernpunkte der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Düsseldorf. Der Verband appellierte an Bund und Länder, erste verabredete Maßnahmen wie die Schaffung zusätzlicher Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge und eine Lockerung beim Bau weiterer Unterkünfte zügig umzusetzen.

Noch nicht ausreichend ist nach Darstellung des Deutschen Städtetags die personelle Aufstockung zur Bearbeitung von Asylanträgen durch den Bund. Die Länder seien gefordert, die Ausgaben der Städte für Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen für Asylbewerber zu tragen. Wie Dr. Ulrich Maly, Verbandspräsident und Nürnberger Oberbürgermeister, feststellte, „nehmen wir derzeit viele Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und anderen Staaten auf. Das ist von allen politischen Ebenen gewollt und wird von einem großen Teil der Bevölkerung engagiert mitgetragen. Ein Teil der Asylbewerber wird als politisch verfolgt anerkannt, aber auch viele, die nicht anerkannt werden, werden lange Zeit bei uns bleiben. Die Verantwortlichen in den Kommunen sind derzeit stark gefordert, um die schutzsuchenden Menschen unterzubringen und zu versorgen. Das ist schon eine enorme Aufgabe.“

bebauten Grundstücken oder in Gewerbegebieten für Unterkünfte nutzen zu können. Wichtig sei auch der Gesetzentwurf, wonach Asylbewerber und Geduldete statt nach neun künftig bereits nach drei Monaten grundsätzlich erwerbstätig sein dürfen.

Neue Kapazitäten

Neue Unterbringungskapazitäten könnten zügig entstehen, wenn der Bund den Ländern und Kommunen leerstehende und derzeit nicht benötigte Bundesliegenschaften, etwa Kasernen, zeitnah und mietfrei überlassen würde, auch dazu gibt es positive Signale des Bundes. Zudem soll das Personal für die Bearbeitung von Asylanträgen aufgestockt werden, um die Verfahren zu verkürzen. Dies sei zu begrüßen, allerdings reiche die Personalauf-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zusätzliche Schritte

Maly zufolge „begrüßen wir daher die Absicht des Bundes, die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen finanziell zu unterstützen. Die bisher zugesagten Maßnahmen von Bund und Ländern helfen und müssen durch weitere Schritte ergänzt werden. Ebenso wichtig ist: Die wachsende Zahl der Flüchtlinge stellt uns vor integrationspolitische Herausforderungen, die wir gesamtgesellschaftlich schultern müssen. Denn wir wollen und müssen Menschen, die längere Zeit hier leben, auch vernünftig in Deutschland integrieren.“

Als positiv bewertet der Deutsche Städtetag, dass zwischen Bund und Ländern bereits konkrete Maßnahmen verabredet wurden. Beispielsweise wird das Bauplanungsrecht befristet vereinfacht, um bei Bedarf auch Flächen auf siedlungsnahen, un-



Neues von Sabrina
Aus den USA schwappt gerade ein neues Arbeitszeitmodell nach Deutschland: UVP. Dies bedeutet, dass der Arbeitgeber es in die Entscheidungsfreiheit des Arbeitnehmers legt, wann, wie oft und wie viel Urlaub er machen will. In den Augen der Vorzimmerperle eine geradezu bestechende Idee. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerische Verkehrspolitik setzt auf Vernetzung	Seite 2
GZ-Kolumne Stefan Röble: Notwendige Rekordjagd beim Kommunalen Finanzausgleich	.. 3
Deutscher Alterspreis: Bayern mit Top-Platzierungen	... 3
GZ-Fachthemen: Wasserversorgung · Wasserentsorgung	... 5-8
Beleuchtung	... 9
Umwelt · Abfall	... 10-12
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen · Winterdienst	... 13-15
Kommunale Verkehrspolitik · ÖPNV	... 16
Aus den bayerischen Kommunen	... 17-20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Regierungserklärung im Landtag:

Weiterentwicklung Bayerns ist Gemeinschaftsaufgabe

Heimatminister Söder legt 25-Punkte-Programm vor

Das Heimatland Bayern soll bis 2020 gleichmäßig weiter entwickelt werden. Die Landesentwicklung ist jedoch nicht alleinige Aufgabe der Staatsregierung, sondern bedarf der engen Zusammenarbeit von Staat und Kommunen. Und Bayern darf nicht dauerhaft ein Land der zwei Geschwindigkeiten werden. Dies sind die Eckpunkte der ersten Regierungserklärung von Heimatminister Markus Söder, die er Ende November im Landtag abgab.

In seiner 35-minütigen Rede stellte der seit gut einem Jahr auch für Landesentwicklung und Heimat zuständige Finanzminister sein 25-Punkte-Programm zum Thema „Heimat Bayern 2020“ vor. Grundlage hierfür sei auch der neue Heimatbericht, der eine umfangreiche Datenbasis für den ländlichen Raum enthalte. Mit Blick auf den demografischen Wandel mit einem Bevölkerungszuwachs auf ca. 13 Millionen Menschen im Jahr 2030 und der gleichmäßigen Entwicklung des Landes sprach Söder von großen Herausforderungen, die nicht schlagartig bewältigt werden könnten. Es handle sich hierbei vielmehr um eine Daueraufgabe. Ein wichtiges Augenmerk gelte den ländlichen Regionen, die die Seele Bayerns sind. Im ländlichen Raum sei über die Hälfte der Einwohner daheim und er sei viel besser als sein Image. Hier habe sich u.a. die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren halbiert, die Studentenzahlen an staatlichen Fachhochschulen um 70% erhöht und der Zuzug wieder verbessert. Dennoch gebe es demografische Herausforderungen in den Landkreisen Lichtenfels, Kronach, Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth und Neustadt/Waldnaab, wo ein negativer „Wanderungssaldo“ bestehe. Dafür brauche man eine flexible und moderne Landesentwicklung.

Zusammenarbeit

Eine erfolgreiche Landesentwicklung sei aber nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Staat und Kommunen möglich, betonte Söder. Hierfür sei das Heimatministerium Anwalt und Motor. Dies gebe es nur in Bayern. Als wesentliches Element zur Stärkung örtlicher Initiativen sieht der Minister den kommunalen Finanzausgleich, der im nächsten Jahr auf 8,3 Milliarden Euro anwachsen. Insgesamt erhielten die Kommunen bis 2020 rund 50 Milliarden Euro vom Freistaat, was

einzigartig in Deutschland sei. Zur gerechteren und effizienteren Gestaltung des Systems werde man mit den Spitzenverbänden im Frühjahr Vorschläge erarbeiten.

Besonderes Augenmerk lege die Staatsregierung auf die schwächsten Kommunen im Lande. Für sie gebe es seit 2012 Stabilisierungshilfen. Von einst 25 Millionen Euro würden diese in 2015 bis auf 120 Millionen Euro erhöht. Insgesamt seien es 169 unterstützte Gemeinden, wobei ca. 91 % der Nothilfen nach Nord- und Ostbayern gingen.

Es gehe jedoch nicht nur um Förderungen, vielmehr müssten den Bürgermeistern und Landräten vor Ort mehr Möglichkeiten zur Selbsthilfe gegeben werden. Wichtig dabei sei die Ansiedlung von Gewerbe- und Arbeitsplätzen, erklärte der Finanzminister. Der Flächenverbrauch bereite

ihm keine Sorgen. Da vertraue er den Kommunalpolitikern. Auch wolle man mehr Flexibilität, die nur in ergebnisorientierter Abstimmung mit den Verbänden zu erreichen sei. Beim Landesentwicklungsprogramm (LEP) forderte Söder eine Verschlankung und Entbürokratisierung. Es müsse kommunalfreundlicher und ortsnaher gestaltet werden. Dies betraf vor allem verwaltungsrechtliche Ausnahmeverfahren.

Breitbandausbau

Im Breitbandausbau sieht der Minister eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des ländlichen Raums. Das „schnelle Internet“ solle für gute Erreichbarkeit, Ansiedlung von Unternehmen und erhöhte Bildungschancen sowie Lebenskomfort. Hier stelle der Freistaat 1,5 Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung, was drei Viertel der gesamten Breitband-Investitionen des Bundes bedeuteten. Dadurch seien jetzt 1.386 Kommunen im Förderverfahren und bereits 134 Förderbescheide erteilt. Zur Digitalisierung

im ländlichen Raum wolle man IT-Zentren schaffen, die kein Privileg von Großstädten seien. Als „ambitioniertes Ziel“ sieht Söder die Entwicklung eines freien WLAN-Netzes bis 2020.

Bildung vor Ort schaffe Attraktivität für junge Menschen und Arbeitsplätze. Fachhochschulen und Technologietransferzentren seien wichtige Infrastruktureinrichtungen. Neben gut ausgestatteten Hochschulen sei auch die Behördenverlagerung wichtig. Darüber hinaus dienten neue Förderstützpunkte der großen bayerischen Förderbanken in Hof und im Bayerischen Wald der Aufwertung strukturschwacher Gemeinden. Zum Schluss wies Söder nochmals darauf hin, dass Bayern vor einer neuen Entwicklungsstufe stehe, auf die es jedoch gut vorbereitet sei. Zum Gelingen dieses Gemeinschaftswerks benötige man Innovation statt Resignation und Macher statt Mahner.

Kritik an Söders Rede kam aus der Opposition, die in dessen Programm einen Beitrag zur Verdichtung der Ortskerne im ländlichen Raum sieht. Fraktionschef Ludwig Hartmann (Grüne) sprach von einem Ausverkauf der Heimat. Annette Karl (SPD) kritisierte, dass die CSU es in 55 Jahren nicht geschafft habe, sich mit Heimat zu beschäftigen. Beim kommunalen Finanzausgleich brauche man größere Finanzspannen für die Kommunen. Alexander Muthmann (FW) forderte mehr Chancengleichheit für die Menschen im Freistaat. **rm**

DStGB-Hauptausschusssitzung in Stuttgart:

Öffentliche Infrastruktur und Asylpolitik

Im Rahmen der Hauptausschusssitzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes DStGB in Stuttgart haben die Städte und Gemeinden die Ankündigung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, im Rahmen der aktuellen Steuerschätzung zusätzlich 10 Milliarden Euro für Investitionen bis zum Jahr 2018 zur Verfügung zu stellen, begrüßt.

Wie DStGB-Präsident Christian Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, feststellte, habe der Bund erkannt, „dass in die Zukunft unseres Landes investiert werden muss“. Nach aktuellen Untersuchungen betrage allein der akute Investitionsbedarf in die kommunale Infrastruktur 118 Milliarden Euro. Mit der Flickschusterei vor Ort müsse es ein Ende haben. „Wir müssen schnell und effektiv in die kommunale Infrastruktur investieren können, um den fortschreitenden größten Verfall von öffentlichem Eigentum seit Bestehen der Bundesrepublik in unseren Städten und Gemeinden zu beenden“, so Schramm. Allein im kommunalen Straßenbau fehlten in jedem Jahr über 2 Milliarden Euro nötige Straßbaumittel. Jedes notdürftig geflickte Schlagloch räche sich mit einem noch größeren Reparaturbedarf im Folgejahr.

Nach Schramms Worten seien die für die 10 Milliarden Euro genannten Investitionsbereiche Bildung und Verkehr wichtige Themen. Doch gebe es noch andere zentrale Bereiche, wie zum Beispiel die Breitbandinfrastruktur, Gebäudewirtschaft oder Betreuung: „Wir brauchen dringend mehr Investitionsmittel, nach dem Vorbild des Konjunkturpakets. Aber es geht nicht nur um Geld. Wir fordern einen Masterplan Öffentliche Infrastruktur, der auch Investitionshemmnisse systematisch beseitigt. Rechtliche und bürokratische Vorgaben sind zu richtigen Investitionsskillern mutiert. Sie würden die Zukunftsperspektiven für unser Land ab. Kommunale Aufträge und Wirtschaftsförderung sind zu lukrativen Mandatsbeschaffern für Beratungsunternehmen geworden. Eine schnelle und effektive kommunale Investitionstätigkeit bleibt dabei aber zunehmend auf der Strecke, wird verteuert und erschwert.“

Konkret fordern die Städte und Gemeinden im Rahmen eines zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Masterplans Öffentliche Infrastruktur:

- Es muss ein dauerhafter Investitionsfonds Öffentliche Infrastruktur eingerichtet werden, der allen öffentlichen Ebenen zu Gute kommt, also auch den Städten und Gemeinden.
- Die laufenden Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen müssen die aufgabengerechte dauerhafte Mittelausstattung der Städte und Gemeinden sicherstellen.
- Das Altschuldenproblem muss gelöst werden, um die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zurückzugewinnen und abzusichern.
- Investitionshemmnisse müssen systematisch erkannt und beseitigt werden. Beispielfähig sind hier die erfolgreichen Lockerungen bürokratischer Investitionshürden bei der Bewältigung der Internationalen Finanzkrise zu nennen, zum Beispiel im Vergaberecht und Beihilfenrecht. Die Schwellenwerte in diesen Bereichen müssen deutlich angehoben und die Verfahren entschlackt, die Rechtsmittel vereinfacht werden.
- Kosten treibende Standards für öffentliche Bauten und Infrastruktur müssen zurückgeführt werden.
- Der Einsatz privaten Kapitals und die Zusammenarbeit zwischen Öffentlich und Privat bei der Erfüllung öffentlicher Infrastrukturauf-

gaben muss vereinfacht werden.

- Die interkommunale Zusammenarbeit muss gefördert und vereinfacht werden, zum Beispiel im Vergabe- und Steuerrecht.
- Der demographische Wandel muss als Chance angesehen werden, die Infrastruktur bedarfsgerecht auszugestalten.

Eine weitere Forderung des DStGB bezog sich auf die weiter steigenden Flüchtlingszahlen. Hier plädierte der Verband für einen Marshallplan Flüchtlingshilfe, der zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbart werden sollte. „Vor dem Hintergrund der dramatischen Krisen im Nahen und Mittleren Osten wird das Flüchtlingsproblem langfristig eine zentrale Herausforderung für Deutschland und die EU sein. Zur Umsetzung eines solchen Plans gehört unter anderem die Schaffung zusätzlicher zentraler Aufnahmeeinrichtungen. Hier sollten die Flüchtlinge mindestens drei Monate bleiben, damit die Verteilung in die Kommunen besser und gründlicher vorbereitet werden kann. Damit würde die Gefahr der Überforderung der Städte und Gemeinden, die teilweise kurzfristig hunderte von Personen unterbringen müssen, reduziert“, betonte Präsident Schramm.

Immer mehr Kommunen stießen bei der Unterbringung inzwischen an Kapazitätsgrenzen. Liegenenschaften des Bundes (z. B. nicht mehr genutzte Kasernen, aber auch Gebäude der Länder) sollten stärker einbezogen werden. Zudem erachtet der DStGB die Einrichtung eines Gesundheitsfonds als notwendig, um die teilweise extrem hohen Krankenkosten der Flüchtlinge finanzieren zu können. Ferner sollten Bund, Länder und Kommunen ein Lage- und Kommunikationszentrum schaffen, in dem Informationen gesammelt, aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

„Die Asylverfahren müssen weiter beschleunigt werden, damit den Menschen besser geholfen werden kann, die aus echter Not oder Verfolgung nach Deutschland kommen und nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Die Verfahren sollten in drei Monaten abgeschlossen sein. Auch sollte den Asylbewerbern nach Abschluss des Verfahrens die Arbeitsaufnahme gestattet werden. Insoweit sind die beschlossenen Änderungen im Asylgesetz der richtige Schritt“, informierte Schramm. Dazu gehöre auch, dass Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, wie zum Beispiel Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, zügig abgeschoben werden. Die Probleme dieser Menschen könne das Asylrecht nicht lösen, notwendig sei vielmehr eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern.

Auch die EU ist nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gefordert, ihre Flüchtlingspolitik besser abzustimmen und nach einheitlichen Grundsätzen und Standards einen Raum für Schutz und Unterbringung in Europa zu schaffen. „Wir brauchen einen Verteilungsschlüssel zwischen den europäischen Staaten, bei dem auch die Größe des Landes und die Wirtschaftskraft gewichtet werden müssen. Dies sollte die EU-Kommission zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit in den nächsten Jahren machen“, forderte Schramm abschließend. **DK**

Bayerische Verkehrspolitik setzt auf Vernetzung

Herrmann will Verknüpfung aller Verkehrsträger

Mobilität gilt in der modernen Gesellschaft als zentrales Grundbedürfnis. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger. Für den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der gesamten Verkehrsinfrastruktur wolle er sich verstärkt einsetzen, erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann bei der Jahrestagung des Landesverbandes Bayerischer Omnibusunternehmen in München.

Es gehe nicht um einzelne Straßen- oder Schienenprojekte, sondern vielmehr um die Verknüpfung aller Verkehrsträger. Dabei leisteten u.a. auch die privaten Verkehrsunternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Mobilität der Bürger in Bayern, betonte Herrmann. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen prägten die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Der Erhalt dieser mittelständischen Strukturen sei ein wichtiges Anliegen des Freistaates.

Des Weiteren verwies Herrmann auf die Notwendigkeit einer dauerhaften Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zur Sicherung der Mobilität. Dafür stelle der Bund in diesem Jahr ca. 10,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Bis 2017 sollen die Investitionen auf 11,9 Milliarden Euro steigen. Der Staatsstraßenhaushalt für 2014 beläuft sich auf 250 Millionen Euro und soll auch im kommenden Doppelhaushalt beibehalten werden. Darüber hinaus unterstütze der Freistaat Landkreise, Städte und Gemeinden jährlich mit rund 470 Millionen Euro beim kommunalen Straßenbau.

Der Verkehrsminister sprach sich auch für eine Fortsetzung der bestehenden Regelungen

zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) aus. Zur 2015 anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel habe man auf der Verkehrsministerkonferenz in Kiel einen einvernehmlichen Beschluss gefasst. Über den Verteilungsschlüssel sei ebenfalls Einigung erzielt worden. Im Interesse der Planungssicherheit sei eine verbindliche Geltung der Verkehrsverträge bis 2030 erforderlich.

Joachim Herrmann unterstrich die Bedeutung des Busverkehrs als wichtigstes öffentliches Verkehrsmittel im ländlichen Raum. Leistungsstarke und zuverlässige Busunternehmen seien hier gefragt. Hier wolle man künftig Finanzierungsicherheit erreichen und habe dazu bereits Gespräche u. a. mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt. In diesem Zusammenhang verwies der Minister auf die Förderung barrierefreier Busse auch im Öffentlichen Personennahverkehr. **rm**

Modernisierung des Mittelstandskreditprogramms

Um bayerischen Unternehmen verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten, hat der Freistaat Bayern die Darlehensprodukte der LfA Förderbank Bayern (Start- und Investikredite) zum Dezember 2014 deutlich verbessert. Davon profitieren Existenzgründer, mittelständische Unternehmen und freiberuflich Tätige. Existenzgründer können nunmehr über das dritte Jahr ihrer Existenz hinaus zwei weitere Jahre lang die besonders zinsgünstigen Darlehen der Existenzgründerförderung in Anspruch nehmen. Zudem wird der Kreis möglicher Antragsteller deutlich ausgeweitet.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Dank erfolgreicher kleiner und mittlerer Betriebe nimmt Bayern gemessen an der Selbständigenquote der Flächenländer eine Spitzenposition in Deutschland ein. Dies soll auch künftig so bleiben. Vom verbesserten Darlehensangebot profitieren insbesondere Existenzgründer und junge Unternehmen.“

Weitere Verbesserungen kommen sowohl Existenzgründern als auch bereits bestehenden Unternehmen zugute, wie z. B. eine weitere Flexibilisierung bei der

Anpassung der Darlehen an den Bedarf der Unternehmen sowie die Bereitstellung von langen Darlehenslaufzeiten auch bei Betriebsübernahmen.

LfA-Vize-Chef Dr. Thies Clausen: „Die Modernisierung des Mittelstandskreditprogramms zielt darauf ab, Existenzgründern und kleinen und mittleren Unternehmen ein nochmal verbessertes, passgenaues Kreditangebot zu machen. Besonders wirkungsvoll sind dabei die verlängerte Anlaufphase für Gründer und die flexibleren Finanzierungsmöglichkeiten.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Aicher
84550 Feichten a. d. Alz
am 7.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Schneider
96328 Kiups
am 10.12.

Bürgermeister Alfred Frank
97782 Gräfendorf
am 14.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Hart
97727 Fuchsstadt
am 4.12.

Bürgermeister Bernhard Rhein
97253 Gaukönigshofen
am 8.12.

Bürgermeister Josef Gutmiedl
94133 Röhrnbach
am 15.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gottfried Härtl
95688 Friedenfelds
am 9.12.

Oberbürgermeister

Dr. Bernhard Gmehling
86633 Neuburg a. d. Donau
am 10.12.

Bürgermeister

Bernhard Dolp
87647 Unterthingau
am 13.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Menninger
97618 Hollstadt
am 11.12.

Landrätin

Maria Rita Zinnecker
87616 Marktobendorf
am 13.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Harald Reents
85399 Hallbergmoos
am 12.12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Landrat Michael Adam
94209 Regen
am 9.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Alterspreis 2014:

Bayerische Initiativen mit Top-Platzierung

Um die Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten und dabei alle Generationen einzubeziehen, ist ein zeitgemäßes Bild des Alters nötig. Realistische und differenzierte Altersbilder sind eine wichtige Grundlage für gegenseitiges Verständnis und eine solidarische Gesellschaft. Ältere Menschen sind heute oft fit, gesund, gut ausgebildet und aktiv wie noch nie zuvor. Mittlerweile umfasst die Lebensphase „Alter“ oft mehrere Jahrzehnte. Vor diesem Hintergrund hat eine hochrangige Jury sieben Initiativen für den mit insgesamt 120.000 Euro dotierten Deutschen Alterspreis nominiert und drei Projekte, darunter zwei aus Bayern, für die besten Ideen im und für das Alter ausgezeichnet.

Mit dem Deutschen Alterspreis zeichnet die Robert Bosch Stiftung Initiativen aus, die das Alter als attraktive und aktive Lebensphase zeigen. Die Stiftung engagiert sich bereits seit 1978 in diesem Bereich: Was mit der Verbesserung der allgemeinen Pflege begann, wurde 1990 auf die bessere Versorgung von Menschen mit Demenz ausgeweitet. 2002 wurde der Schwerpunkt „Leben im Alter“ eingerichtet, in dem auch gesellschaftliche Initiativen und Projekte gefördert werden. Seit 2002 wurden für über 357 Projekte knapp 26 Millionen Euro bewilligt.

Den mit 60.000 Euro dotierten Hauptpreis gewann die „Werkstatt der Generationen“ aus München. Die Auszeichnung überreichte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig in der Berliner Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung. Zwei weitere Preise in Höhe von jeweils 30.000 Euro gingen an die Münchnerin Gunda Krauss mit ihrem Projekt „Route 76“ und das Ausstellungskonzept „Hey Alter...!“ des Lehmbruck Museums in Duisburg. Der Senior Experten Service (SES) aus Bonn wurde mit dem undotierten Otto Mühlshlegel Preis für besondere Verdienste zum Thema Alter geehrt.

Lebenserfahrung

Wie Familienministerin Schwesig hervorhob, „setzt eine engagierte Politik für Seniorinnen und Senioren auf die Kraft und das Engagement lebenserfahrener Bürgerinnen und Bürger. Wie viel kann man lernen, wenn man zuhört. Wie viel kann man voranbringen, wenn man sich einbringt. Wie viele Fehler kann man vermeiden, wenn man aus Erfahrung Zukunft macht. Erfahrung und Lebensleistung wertzuschätzen und der Gestaltungskraft älterer Bürgerinnen und Bürger für unsere Gesellschaft besser zur Geltung zu verhelfen, sind zentrale Elemente für das Zusammenleben und den Zusammenhalt der Generationen.“

Die Werkstatt der Generationen an der Integrativen Montessori Schule in München ist ein innovativer Ort des Miteinanders. Seit 2008 führen rund 70 ehrenamtliche Senior-Experten jede Woche mit den Schülern eigene Projekte durch, die fest im Schulalltag verankert sind. Welche Art von Aktionen sie für und mit den Schülern gestalten, wird von ihnen selbst bestimmt und in Zusammenarbeit mit den Pädagogen umgesetzt. Fast alles ist möglich: Modedesign, Handwerken, Kochen, Videoclips drehen, Lese-Coaching, Seifenkisten-Bau, Bionik oder Chemie. In bisher mehr als 360 Projekten brachten die Seniorinnen mit Leidenschaft ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Ideen in den Unterricht und Schulalltag ein. Das Engagement der Seniorinnen stößt bei den Kindern und Jugendlichen auf ausgesprochen positive Resonanz. Ein Junge schrieb über einen Ehrenamtlichen: „Sie sind mein Held!“

Die Werkstatt der Generationen macht deutlich, wie zeitgemäße Altersbilder gelebt und durch den persönlichen Einsatz der Älteren

vermittelt werden können. Die Jury sieht in der Werkstatt der Generationen einen inspirierenden und nachahmenswerten Ansatz, der gerade in einer Zeit, in der das Miteinander der Generationen vielerorts abhandengekommen ist, neue Wege des generationenübergreifenden Miteinanders beschreitet.

Mutige Seniorin

Gunda Krauss und ihre „Route 76“ machen eindrücklich die Potentiale des Alters sichtbar und werfen ein neues Licht auf das Bild vom Älterwerden. Die 76-jährige Münchnerin Gunda Krauss fuhr bereits 2009, neugierig auf neue Erfahrungen, mit

ihrem dreirädrigen Pedelec von München bis nach Rügen. Nächstes Jahr wird sie sich wieder auf den Weg machen und von den Alpen an die Nordsee radeln. Das Besondere: Wo genau ihre „Route 76“ in den Norden vorbeiführt, bestimmen ihre Fans über Facebook und Twitter. Dass dies funktioniert, hat ihre erste Testtour bewiesen, die sie zu vielen spannenden Projekten geführt hat. Auf ihrer Reise wird sie von einem Filmteam begleitet, das die Erlebnisse der mutigen Seniorin dokumentiert.

Frau Krauss will mit ihrer „Route 76“ andere Menschen ermutigen, den eigenen Weg bis ins hohe Alter zu gehen. Und so steht sie mit ihrer Neugier, ihrer Lebenslust und ihrem Mut, sich auch im Alter immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen, für ein neues, aktives Alter. Hier von zeigte sich die Alterspreis-Jury sehr beeindruckt und ist überzeugt, dass durch Gunda Krauss und die „Route 76“ eingefahrene Denkmuster zum Thema Alter aufgebrochen und die Attraktivität der Lebensphase Alter aufgezeigt werden. **DK**

Chance Integration

Volkshochschulen als Stützpunkte

Im Rahmen der Fachtagung „Willkommen in Deutschland“ im Münchner Gastig hob Landtagspräsidentin Barbara Stamm die besondere Aufgabe der Volkshochschulen als Integrationsstützpunkt hervor. „So viele gute Beispiele zeigen, wie Integration erfolgreich in Bayern durch das Mit- und Zusammenwirken vieler gelingt“, betonte Barbara Stamm.

Rund 150 Vertreter aus Bildung, Wissenschaft und Politik sowie zahlreiche Akteure der Integrationsarbeit befassten sich bei der Fachtagung mit aktuellen Entwicklungen und zentralen Fragestellungen zu Integration und Willkommenskultur. Für ein abwechslungsreiches Programm sorgten interessante Vorträge, Diskussionen zu aktuellen Fragestellungen aus der Praxis und eine Projektmesse mit zahlreichen Beispielen gelungener Integrationsarbeit.

Teilhabe

In ihrem Vortrag machte Dr. Christiane Nischler-Leibl, Leiterin der Stabsstelle der Frauenbeauftragten und Integrationsministerin im Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, deutlich: „Teilhabe ist mehr als ein Arbeitsplatz, es ist Struktur und Heimat. In Bayern leben 170 verschiedene Nationalitäten und Herkunftstaaten. Diese Vielfalt macht Bayern aus und zeigt, dass Integration nur im Prozess des Miteinanders geschehen kann.“

Regina Jordan, Abteilungspräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, richtete ihren Dank an die Volkshochschulen als relevanter und wichtigster Partner in der Integrationsarbeit. „Für die Menschen, die hier ankommen, brauchen wir nicht nur eine Willkommenskultur, sondern auch eine Willkommensstruktur. Die vhs-Kurse integrieren die Menschen, die sie besuchen. Sie sind eine Chance sich mit Deutschland zu identifizieren. Deutschland ist ein Land, das helfen kann und helfen muss. Jetzt ist die Zeit, stabile Grundlagen für die Zukunft zu schaffen“, unterstreicht Regina Jordan.

„Volkshochschulen sind sowohl Orte der Begegnung, als auch Leistungsträger der Inte-

gration“, so der erste Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Prof. Dr. Klaus Meisel. Er plädiert an die Politik, dieses Potenzial zu nutzen, indem den Volkshochschulen eine tragende Rolle für diese gesellschaftlich entscheidende Aufgabe zuerkannt wird. Integration sei eine Daueraufgabe und bedarf daher einer gesicherten und dauerhaften Finanzierung. Nur so könne die Anschlussfähigkeit der Zuwanderer in Deutschland gefördert werden. „Wir brauchen professionelle Strukturen, um Sprachförderung professionell durchführen zu können. Integrationsaufgaben können nicht alleine auf Projektbasis umgesetzt werden, sie bedürfen einer soliden Grundfinanzierung“, forderte Meisel.

Integration in der Praxis

Wie Integration in der Praxis erfolgreich umgesetzt wird, zeigten beispielhaft die Münchner Volkshochschule, die vhs Erlangen, die vhs im Landkreis Cham und die vhs im Landkreis Hof. Durch ihre Netzwerke



Landtagspräsidentin Barbara Stamm (Mitte) bekräftigte die Zusammenarbeit im Bereich Integration gemeinsam mit Integrationsministerin Dr. Christiane Nischler-Leibl (2. v. l.) und Regina Jordan (2. v. r.), Abteilungspräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, und den bvv-Vertretern Prof. Dr. Klaus Meisel (3. v. r.), Wilhelm F. Lang (l.) und Christine Loibl (r.). Bild: A. T. Birkenholz

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

„Rekorde sind dazu da, um gebrochen zu werden.“ Dieses geläufige Sprichwort kennt man vornehmlich aus den Bereichen des Sports oder der Wirtschaft. Aber auch im Zusammenhang mit dem Kommunalen Finanzausgleich in Bayern lässt es sich durchaus trefflich anwenden.

Wie hinlänglich bekannt, floss heuer bereits die Rekordsumme von knapp über 8 Milliarden Euro von Seiten des Freistaats Bayern in Richtung seiner Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden. Im kommenden Jahr, also in 2015, legt der bayerische Finanzausgleich noch einmal um rund 248 Millionen Euro auf fast 8,3



Landkreise verfügen über einen großen Infrastrukturbestand, dessen Weiterentwicklung und guter Zustand wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität der Bürger, das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität ist.

Werden Unterhalt und Erneuerung der Infrastruktur vernachlässigt, so führt dies langfristig zu höheren Kosten sowie zum Rückgang von Wachstum und Produktivität. Investitionen sind also unerlässliche Voraussetzung für die wirtschaftliche

Entwicklung und für zukünftige Steuereinnahmen. Auch in finanzschwachen Kommunen darf somit nicht nur gespart, sondern es muss auch weiter investiert werden, um eine finanzielle Abwärts Spirale zu beenden bzw. zu vermeiden.

Als KPV fordern wir infolgedessen schon seit längerem eine neue Offensive für kommunale Investitionen. Die Kommunen brauchen dafür aber den Freistaat Bayern in seiner Rolle als leistungsfähigen und verlässlichen Partner, der mit gezielten Zuwendungen die Investitionskraft vor Ort erhält.

Dies ist sicherlich auch vor dem Hintergrund der massiv gestiegenen Kosten im Bereich von Sozial- und Jugendhilfe für alle nachvollziehbar: Des Weiteren belasten die hohen finanziellen Aufwendungen für unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen die kommunalen Kassen zusätzlich – gerade im Zuge des Ausbaus der Ganztagsbetreuung.

Ob Neubauten, Generalsanierungen, energetische Erhaltung oder auch Brandschutzmaßnahmen – die Aufgaben für die Kommunen wachsen auch hier in ungeahnten Höhen weiter. Doch was heißt das für die Zukunft der Finanzbeziehungen? Die Antwort liegt klar auf der Hand: Willen alle Beteiligten im Hinblick auf die künftigen Entwicklungen die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung auf Dauer erhalten, so wird auch die Rekordjagd beim Kommunalen Finanzausgleich in Bayern von Jahr zu Jahr unweigerlich weitergehen müssen.

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender
Landrat im Landkreis Donau-Ries

Notwendige Rekordjagd beim FAG

Milliarden Euro zu Rekord gebrochen! Als Kommunalpolitische Vereinigung begrüßen wir ausdrücklich diese, im bundesweiten Vergleich einzigartige Unterstützung.

Dennoch gibt es in Bayern nach wie vor großen Handlungsbedarf bei den kommunalen Kassen. Auch aus dem Grund, weil die Kommunen inzwischen viele Kosten schultern, die eigentlich im Verantwortungsbereich von Land und Bund angesiedelt sein müssten. Aktuell ist dieser Umstand beim enormen Personalaufwand im Zusammenhang mit der Aufnahme der Flüchtlinge leider wieder einmal ganz deutlich spürbar.

Dabei benötigen die Kommunen doch dringend jeden freien Euro, um wichtige Investitionsvorhaben vor Ort durchzuführen, die im angestammten Aufgabenbereich der kommunalen Ebene angesiedelt sind.

Dazu gehören vor allem Projekte im Bereich der Infrastruktur u. a. Straßen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude und Schulen. Nahezu alle Städte, Gemeinden und

können die Volkshochschulen vor Ort ganz im Sinne der zugewanderten Menschen helfen. Diesen Einsatz und das Engagement der Volkshochschulen würdigen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags Klaus Adelt, Dr. Gerhard Hopp und Katharina Schulze sowie die AusländerInnenbeauftragte Frau Elizabeth Rossiter als Projektpaten. Sie sprachen sich für eine solide Finanzierung der Erwachsenenbildung aus, um die soziale, gesellschaftliche und berufliche Integration zugewandelter Menschen dauerhaft und nachhaltig fördern zu können.

Der Bayerische Volkshochschulverband e. V. (bvv) ist der größte Träger und die staatlich anerkannte Landesorganisation der 216 Volkshochschulen (vhs). Die Volkshochschulen sind flächendeckend mit insgesamt 1.000 Standorten in Bayern vertreten. Sie bringen jedes Jahr rund zwei Millionen Bürgerinnen und Bürgern Bildung nahe. □

Flüchtlinge in Kasernen

Bayerischer Städtetag fordert Planungssicherheit für die Konversionskommunen

„Die bayerischen Konversionskommunen wollen einen wirkungsvollen Beitrag zur humanitären Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden leisten. Die aktuelle Situation macht es erforderlich, dass Flüchtlinge auch in leer stehenden Kasernengebäuden und verlassenen militärischen Liegenschaften vorübergehend eine neue Heimat finden“, sagte Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags.

Der Winternotfallplan Asyl der bayerischen Staatsregierung sieht vor, dass in allen 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten kurzfristige Unterbringungskapazitäten für je 200 bis 300 Personen einschließlich Verpflegung und medizinischer Versorgung zur Verfügung gestellt werden müssen. Die sieben Bezirksregierungen suchen dringend nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber und Flüchtlinge. Leer stehende Kasernen und ehemals militärisch genutzte Wohnanlagen sind teils in einem guten Zustand und könnten eine sofortige Abhilfe in der derzeitigen Notlage schaffen. Einige ehemalige Kasernen werden in Bayern bereits als Notunterkünfte und Erstaufnahmelager genutzt, etwa in München, Roth oder Donauwörth, viele weitere ehemalige Kasernen werden geprüft.

Allerdings sollte die provisorische Unterbringung nicht dem mittelfristigen Konversionsprozess in den betroffenen Standorten im Weg stehen, denn die Herausforderungen für die vom Wegzug von Militärstandorten betroffenen Städten und Gemeinden sind laut Buckenhofer groß: „Man darf dabei nicht vergessen, dass einige bayerische Kommunen vom Abzug des Militärs schwer getroffen

sind. Die Standortkommune verliert nicht nur einen starken Arbeitgeber und Kaufkraft, sondern einen Teil ihrer Gesellschaft. Für die betroffene Kommune ist die Konversion eine komplexe Zukunftsaufgabe. Und Konversion öffnet eine Chance zur langfristigen Gestaltung einer Kommune. Bislang militärisch genutzte Flächen, die oft zentral in den Städten liegen, müssen städtebaulich entwickelt werden und sie müssen vollwertig in die Gemeindefläche integriert werden. Die provisorische Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden darf deshalb nicht zum Dauerzustand werden. Die Kommunen benötigen ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Konzept, wie die Unterbringung von Flüchtlingen dauerhaft ausgestaltet werden kann.“

„Die bayerische Staatsregierung ist bislang eine gute Partnerin der bayerischen Konversionskommunen. Bereits mit der Bekanntgabe der Schließungszeitpunkte stellte sie den Konversionskommunen Finanzmittel für die kommunalen Planungen zur Verfügung, die dringend fortgeführt werden müssen. Auch die Mittel der Städtebauförderung tragen zum Gelingen der Konversion bei“, lobte Bernd Buckenhofer die Unterstützung des Freistaats. □

Standortfaktor...

(Fortsetzung von Seite 1)

Hinblick auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprüft. Kommunale Jugendpolitik unterliege einer gemeinsamen Strategie aller politischen Ressorts. Alle relevanten Akteure (Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, Medien, Politik und Verwaltung) wirkten zusammen im Sinne einer lokalen Allianz für Jugend.

Dass es vielfältige Beispiele für nachhaltige kommunalpolitische Konzepte gibt, zeigten Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in Bayern und des BJR auf. Wie Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings, hervorhob, könnten gerade die vielfältigen Sport-, Kultur- und Bildungsangebote einer Kommune ein

Einstieg in die aktive Vereinspolitik und Jugendarbeit sein. Fack zufolge wollen Jugendliche nicht nur mitgestalten, sie wollen gestalten. Sie wollen sofort handeln und nicht in ihrem sozialen Engagement ausgebremst werden. Mitbestimmung und Partizipation sei für Jugendliche eine hundertprozentige Sache.

„Jugendliche brauchen Gelegenheiten sich zu engagieren“, führte Gerhard Dix, Sozialreferent des Bayerischen Gemeindetags, aus. Hierarchiearme Strukturen trügen dazu bei, dass Jugendliche sich ernstgenommen fühlen und dadurch oft eine lebenslange Bindung zu ihrer Gemeinde entwickeln. Reiner Pröll, Vorsitzender des Sozialausschusses

des Bayerischen Städtetags, meinte: „Der Aktionsradius junger Menschen hängt von einer jugendgerechten und vor allem vitalen Infrastruktur ab, also von Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Sport- und Bildungsangeboten, die eine jugendliche Perspektive einnehmen.“ Da der Spielraum der Jugendpolitik im Kommunalen liege, gehe damit eine Erwartungshaltung an die Kommunalpolitiker in den Städten und Gemeinden einher.

„Wir sehen uns primär dafür verantwortlich, Gemeinde und Verbände in ihrer Jugendpolitik zu beraten und zu unterstützen“, erklärte Sabine Ahlers, Oberverwaltungsreferent des Bayerischen Landkreistags. „Denn neben der finanziellen Förderung, die schwerpunktmäßig auf Landkreisebene stattfindet, initiieren und

fördern die Landkreise jugendpolitische Projekte und schaffen mit der Jugendhilfeplanung die notwendigen planerischen Rahmenbedingungen.“

Neben Kollegen aus Mömlingen/Miltenberg und Gilching referierten Bürgermeister Peter Stichler und Sozialarbeiter Peter Böggelein (Markt Höchberg) schließlich über nachhaltige Familien- und vor allem Jugendarbeit. Die Gemeinde Höchberg im Landkreis Würzburg blickt auf 40

Jahre aktive Jugendarbeit zurück. Wie Böggelein erläuterte, gingen die meisten Initiativen, so wie z. B. eine aktuelle Anfrage zur Wiedereinsetzung einer Dirt-Bike-Anlage für BMX-Fahrräder oder zu einem Veranstaltungsort für Konzerte oder Partys, direkt auf die Jugendlichen zurück. Solche Anfragen müssten dann schnell aufs Tableau gebracht und an den Gemeinderat weitergegeben werden, denn schließlich seien Jugendinitiativen schnelllebig. **DK**

nen Beschluss, wonach zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Durchführung und Sicherung notwendiger Investitionsmaßnahmen der bestehenden Solidaritätszuschlag fortzuführen und zum „Fonds zur Sicherung und zum Ausbau der Infrastruktur in Deutschland“ umzuwandeln ist. Mit diesem Fonds müsse der Bund analog zum Konjunkturpaket II wichtige Impulse setzen: für den Erhalt und den Ausbau u. a. des Verkehrsnetzes vor Ort, moderner Verkehrsleitsysteme, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wasser- und Abwasserneetze, von Stromnetzen und der Breitbandnetze.

Falls der Solidaritätszuschlag für Investitionen in die Infrastruktur nicht gelingt, sei zu prüfen, ob die zu erwartenden Mehreinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer in einen Investitionsfonds gebündelt und den Kommunen zur Durchführung und Sicherung von Investitionsvorhaben zur Verfügung gestellt werden können.

„Asylrecht stärken!“ lautete ein weiterer Beschluss der Bundesvertreterversammlung. Im Einzelnen heißt es: „Deutschland nimmt nach wie vor überproportional viele der Flüchtlinge auf, die nach Europa kommen. Wir wollen, dass im Zuge einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik alle EU-Mitgliedstaaten ihren Anteil an der Aufnahme der Flüchtlinge übernehmen. Es ist Aufgabe der Europäischen Kommission, die Anwendung des europäischen Rechts durch die Mitgliedstaaten durchzusetzen. Eine sinnvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auch bei den Ursachen ansetzen. Eine Stabilisierung und enge Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten ist deshalb unerlässlich.“ Darüber hinaus wird der Wunsch geäußert, „dass alle Asylverfahren in drei Monaten wirklich abgeschlossen werden. Dazu bedarf es auch der Bereitschaft seitens der Flüchtlinge, am Asylverfahren konstruktiv mitzuwirken.“

Während der ersten drei Monate bleibt die Freizügigkeit der Asylbewerber eingeschränkt. „Wir wollen, dass die Bundesländer die Erstaufnahme der Flüchtlinge in zentralen Einrichtungen in den ersten drei Monaten übernehmen, bevor die Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt werden. Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern dürften nicht auf Kommunen verteilt werden.“ Zudem werden die Bundesländer aufgefordert, alle möglichen Rückführungen durchzuführen. Verlangt wird „eine konsequente Aufenthaltsbeendigung in ganz Deutschland, wenn kein Bleiberecht vorliegt“.

Im Zuge der Bundesvertreterversammlung wurde unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel und des Vorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Horst Seehofer, zum 11. Mal der „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik“ verliehen. Dabei ging die Silber-Medaille an die Gemeinde Großbardorf in Bayern für die Initiative zur Wilhelm Raiffeisen ENERGIE eG Großbardorf.

Die Gemeinde Großbardorf hat seit 2005 den konsequenten Ausbau der regenerativen Energien vorangetrieben und mit der Gründung der Wilhelm Raiffeisen ENERGIE Genossenschaft den Weg für die Bürgerinnen und Bürger eröffnet, sich an der Gestaltung und an den Renditen der Energiegewinnung zu beteiligen. „Diese Initiative ist Vorbild für viele erfolgreich entstandenen Bürgerbeteiligungsprojekte, denen es gelungen ist, einen Mix der erneuerbaren Energien vor Ort aufzubauen und die Energieeffizienz zu erhöhen. Der Wechsel von fossilen auf erneuerbare Energien ist als eine historische Chance für den ländlichen Raum verstanden worden“, so die Würdigung der Jury. **DK**

Von humanitärer...

(Fortsetzung von Seite 1)

stockung noch nicht aus und müsse sofort umgesetzt werden. Zudem müssten die Länder ihre Kapazitäten in zentralen Aufnahmeeinrichtungen erhöhen.

Wie Ulrich Maly weiter ausführte, „haben wir bisher überwiegend über die Spitze des Eisbergs – die Aufnahme in den Ländern und Kommunen – gesprochen, aber nicht über die große Integrationsarbeit, die vor uns liegt.“ Die Kommunen müssen den Flüchtlingen seiner Auffassung nach langfristig Wohnraum bieten, die Integrations- und Deutschkurse organisieren, die Flüchtlingskinder in den Schulen und Kitas unterbringen und die Eltern bei der Arbeitsaufnahme unterstützen. Die Städte seien bereit, sich für die Integration dieser Menschen aktiv zu engagieren. Bund und Länder seien gefordert, diese Anstrengungen zu unterstützen, indem sie ihre Integrationsprogramme finanziell besser ausstatten.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, machte deutlich, dass die Kommunen große Anstrengungen unternehmen, um Asylbewerber und Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen: „Die Städte stellen sich gemeinsam mit Bund und Ländern ihrer humanitären Verantwortung. Derzeit bekommen die Kommunen allerdings Kosten für Asylbewerber in unterschiedlicher Höhe erstattet. Wir fordern daher die Länder auf, die Ausgaben der Städte für Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen vollständig zu tragen, zumal die Flüchtlingsversorgung Aufgabe der Länder ist.“

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass der Bundestag Anfang November endlich das Asylbewerberleistungsgesetz geändert hat, nachdem das Bundesverfassungsgericht 2012 die damaligen Regelungen zur Höhe der Geldleistungen für verfassungswidrig erklärt hatte. Die Städte bemängeln, dass das Gesetz keine Mehrkosten veranschlagt, die infolge der Übergangsregelungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstanden sind und die den Kommunen ausgeglichen werden sollten. Dem Gesetz muss noch der Bundesrat zustimmen.

Diskutiert wird derzeit, ob die Versorgung von Asylbewerbern grundsätzlich anders geregelt werden soll. „Eine Aufhebung oder zeitliche Befristung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit verbundene frühere Ansprüche auf andere Sozialleistungen müssen hinsichtlich der finanziellen und gesellschaftspolitischen Folgen intensiv erörtert werden“, betonte Lohse zu entsprechenden Forderungen. Im Falle einer Befristung der Geltungsdauer auf ein Jahr sei sicherzustellen, dass den Kommunen in allen Ländern keine Mehrbelastungen entstehen.

Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für die Wahr-

ung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sieht der Deutsche Städtetag in den geplanten Handelsabkommen TTIP, TiSA und CETA. Deshalb rief er die Bundesregierung auf, sich gegenüber der EU-Kommission weiter mit Nachdruck für den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und den Erhalt von Sozial- und Umweltstandards einzusetzen.

Daseinsvorsorge

Allerdings bestehe die Gefahr, dass durch Handelsabkommen die kommunale Daseinsvorsorge und die Freiheit der Kommunen, darüber selbst zu entscheiden, beeinträchtigt werden, erklärte Maly. Dazu gehören für die Menschen so wichtige Bereiche wie die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr und viele städtische Angebote im Sozial- und Kulturbereich. All diese nichtliberalisierten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge würden von den Kommunen in hoher Qualität und unter Einbeziehung von Bürgerinteressen erbracht. Sie müssten geschützt und deshalb in den Handelsabkommen ausdrücklich ausgenommen werden.

Der Deutsche Städtetag verlangt, in den Handelsabkommen alle Dienstleistungen und Aufgabenbereiche explizit zu benennen, die unter die Handelsabkommen fallen sollen, so Maly: „Wir brauchen so genannte Positiv-Listen in den Abkommen. Dadurch würde sichergestellt, dass die kommunale Daseinsvorsorge nicht von den Handelsabkommen betroffen wäre. Das böte einen wirksamen Schutz vor Eingriffen in die wichtige kommunale Aufgabenwahrnehmung. Außerdem sollten Regelungen in den Handelsabkommen nicht hinter dem soeben reformierten europäischen Vergaberecht zurückbleiben.“

Mit der abgeschlossenen Reform des europäischen Vergaberechts wurden den Kommunen die interkommunale Zusammenarbeit und die Inhouse-Vergaben von Aufgaben erleichtert und Ausnahmen etwa für die Rettungsdienste und die Wasserwirtschaft geschaffen. Wichtig sind auch die Bekenntnisse des Bundeswirtschaftsministers und von Teilen des EU-Parlamentes, dass spezielle Investitionsschutzklauseln in einem Handelsabkommen mit den USA nicht erforderlich seien. „Zwischen Staaten mit ausgeprägter rechtsstaatlicher Tradition und ausreichendem Rechtsschutz halten wir zusätzliche Regeln zum Investitionsschutz nicht für notwendig“, bemerkte Maly.

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Einberufung eines Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zum Thema TTIP unter Beteiligung der Kommunen ebenso wie das Engagement der Bundesregierung, offizielle Vertragstexte durch die EU veröffentlicht zu

lassen. Befürwortet wird ein transparenter Verhandlungsprozess, in dem EU-Kommission und Bundesregierung regelmäßig, detailliert und verständlich über den Verhandlungsverlauf informieren.

Mit Blick auf die anstehende Neuordnung der föderalen Finanzstrukturen fordert der Deutsche Städtetag, dass den kommunalen Belangen Rechnung getragen wird. Im Koalitionsvertrag hätten CDU/CSU und SPD dazu die Einrichtung einer Kommission angekündigt, diese Kommission sei jedoch bislang nicht einberufen worden.

Wie Präsident Maly darlegte, „bietet die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen zum Jahr 2019 die große Chance, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen besser als bislang zu regeln und gleichzeitig bestehende Probleme zu entschärfen“. Dafür gehörten aber alle Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – an den Verhandlungstisch. Nur wenn die Kommunen einbezogen werden, sei sicher, dass es für ihre wichtigen Anliegen wirklich sachgerechte Lösungen gibt.

Entscheidend für die Städte seien nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur, außerdem benötigten die Kommunen eine Entlastung bei den stetig ansteigenden Sozialausgaben und eine besondere Förderung für strukturschwache Städte und Regionen. Nicht zuletzt müsse es bei der Reform auch darum gehen, eine Perspektive aufzuzeigen, damit die Altschuldenprobleme von Bund, Ländern und Kommunen bewältigt werden können, so Maly.

Hintergrund der problematischen Finanzsituation vieler Kommunen ist die bundesweite Entwicklung der Kommunalhaushalte von Investitions Haushalten zu Sozialhaushalten. Der über Jahre aufgewachsene Investitionsrückstand in den Kommunen beträgt laut KfW-Kommunalpanel 118 Milliarden Euro. Für das kommende Jahr beläuft sich die Höhe der kommunalen Investitionen bundesweit voraussichtlich lediglich auf 22 Milliarden Euro. Maly: „Eine Reihe von Städten kann aufgrund unzureichender Investitionsmöglichkeiten ihre Rolle als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung nur noch eingeschränkt wahrnehmen. Die vom Bundesfinanzminister angekündigten zusätzlichen Mittel für Investitionen müssen daher zwingend auch die kommunale Ebene berücksichtigen.“

Bei den Sozialausgaben der Kommunen erwartet der Deutsche Städtetag für das kommende Jahr einen Anstieg auf über 50 Milliarden Euro, weshalb bei den Sozialausgaben weitere Entlastungen durch den Bund dringend geboten seien. Die von der großen Koalition zugesagten 5 Milliarden Euro pro Jahr müssten noch in dieser Legislaturperiode bei den Kommunen ankommen, hob der Präsident hervor. **DK**

Trauer um Altlandrat Herbert Hofmann

Im Rahmen der KPV-Sitzung wurde des langjährigen KPV-Hauptauschussmitglieds Herbert Hofmann gedacht. Der am 22. November verstorbene langjährige Kulmbacher Landrat (1984 bis 1996) gehörte dem KPV-Gremium von 1984 bis 2012 an.

Wie Landesvorsitzender Stefan Rößle ausführte, „verlieren wir einen herausragenden Landes- und Kommunalpolitiker, der sich weit über die Grenzen seines Landkreises hinaus enorme Verdienste erworben hat. Mit seiner gewinnenden und von hohem Sachverstand gekennzeichneten Art konnte er in seiner politischen Laufbahn unzählige Projekte für die Menschen unserer Heimat initiieren, begleiten und umsetzen – so auch als Landtagsabgeordneter von 1972 bis 1984 und als CSU-Kreisvorsitzender von 1972 bis 1999.“

Hofmanns Themen waren die Entwicklung des ländlichen Raums, die Land- und Forstwirtschaft, der Mittelstand und das Ehrenamt. „Hier galt er in unseren Reihen stets als kompetenter Fach-experte, Ratgeber und unermüdlicher Kämpfer für die kommunale Familie“, betonte Rößle.

Groß ist die Zahl seiner Ehrungen und Auszeichnungen: Herbert Hofmann ist unter anderem Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse, des Bayerischen Verdienstordens, der Verfassungs- und der Staatsmedaille, der Ehrenmedaille des Bezirks Oberfranken, der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold und des Ehrenrings des Landkreises Kulmbach. Im Jahr 2002 wurde ihm aufgrund seiner großen Verdienste um die bayerische Landwirtschaft zudem die Staatsmedaille in Gold verliehen. **DK**



Fitnessplan...

(Fortsetzung von Seite 1)

Einen kurzen Rückblick auf die KPV-Bundesvertreterversammlung in Chemnitz gab KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle. Er sprach von einer „zufriedenstellenden Beteiligung der bayerischen Vertreter“. Auf der Agenda der Bundesvertreterversammlung standen die nachhaltige Sicherung des Asylrechts in Deutschland, die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die Einführung eines Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt ein zu verabschiedendes neues Grundsatzprogramm.

Eingliederungshilfe

Mit Blick auf die Frage, wie man sicherstellen kann, dass die vom Bund versprochene finanzielle Entlastung der Kommunen auch bei ihnen wirklich ankommt, vertritt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) die Auffassung, dass wegen der unterschiedlichen Ausgestaltung in den Bundesländern die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nicht geeignet ist, die Mittel den Kommunen zuzuleiten. Die Eingliederungshilfe könne gerade keine Zahlungsbeziehung zwischen Bund und Kommunen. Da die Träger der Eingliederungshilfe nicht in allen Ländern kommunale Gebietskörperschaften sind, könne eine Entlastung der gesamten kommunalen Ebene hierdurch nicht gewährleistet werden. „Deshalb fordert die KPV, die im Koalitionsvertrag vereinbarte finanzielle Entlastung inhaltlich von der Reform der Eingliederungshilfe abzukoppeln, um sicherzustellen, dass die Entlastung auch uneingeschränkt und zusätzlich bei den Kommunen ankommt.“

Für die Jahre 2015, 2016 und 2017 werden die Kommunen vorab mit insgesamt drei Milliarden Euro entlastet und zwar über

eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) und einen höheren Anteil der Kommunen am Aufkommen der Umsatzsteuer. Die KPV begrüßt diesen gewählten Weg, weil er die Finanzlage gerade der strukturschwachen Kommunen verbessert. Unabhängig davon unterstützt die KPV ausdrücklich die „Überlegungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“, wonach der Bund „sukzessive“ die Kosten der Unterkunft übernehmen könnte.

Ein weiterer Beschluss der Bundesvertreterversammlung: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, für die kommunale Entlastung über 8,5 Milliarden Euro im Rahmen der Umsetzung des Fiskalpaktes und der Beschlüsse der Gemeindefinanzkommission zunächst für die nächsten fünf Jahre einen Monitoring-Prozess durchzuführen, um zu überprüfen, ob das von allen Parteien und von allen Ländern beschlossene Ziel, die Kommunen um den vollen Betrag von 8,5 Milliarden Euro über den technischen Weg der Übernahme der Finanzierungslasten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bundeshaushalt zu entlasten, auch tatsächlich erreicht wurde.

Dabei müsse auch überprüft werden, ob und ggf. in welchem Umfang im Umfeld der Umsetzung in einzelnen Ländern auf anderem Wege Mittel entzogen wurden, z. B. durch Eingriffe in die kommunale Verbundmasse, durch Nichtweitergaben von Entlastungen der Landeshaushalte, weil diese als teilweise Träger der Grundsicherung automatisch entlastet wurden, oder durch anderweitige Maßnahmen der Länder. Auch für die jetzt in Angriff genommene Entlastung der Kommunen um eine Milliarden Euro müsse dieser Weg des Monitorings beschritten werden.

Zudem verabschiedete die KPV der CDU/CSU Deutschlands ei-

Essener Kanal Gipfel zum Thema Nachhaltigkeit von Entwässerungssystemen:

Technologie trifft Ökonomie

Nachhaltigkeit gilt als Leitbild für die zukunftssträchtige Entwicklung unserer Gesellschaft, nicht zuletzt ist sie Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Den Kurs für eine nachhaltige Entwicklung in unserem Land bestimmt die von der Bundesregierung 2002 beschlossene nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Nachhaltig zu handeln bedeutet, vom Ertrag zu leben und nicht von der Substanz. Bildlich gesprochen: Wir können nur so viel Holz schlagen, wie auch nachwachsen kann. Vom gesellschaftlichen Standpunkt aus heißt das: Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht kommenden Generationen aufbürden.

Das gilt in besonderem Maße für den Umgang mit unserer Infrastruktur, von der Wasserversorgung über Verkehrswege und die Energie- und Telekommunikationsversorgung bis hin zu Anlagen der Abwasserbeseitigung. Wir nutzen diese wie selbstverständlich und vertrauen darauf, dass sie funktionieren. Was viele außerhalb unserer Branche nicht wissen: Mit rund 576 Mrd. Euro stellen die Abwasseranlagen das größte Anlagevermögen der Kommunen dar – ein Wert, den es nicht nur zu verwalten, sondern zu erhalten gilt. Doch werden wir diesem Anspruch gerecht?

Techniker und Kaufleute

Bei der Bewirtschaftung von Abwasseranlagen müssen Techniker und Kaufleute zusammenarbeiten. Dies wird häufig als Arbeit mit entgegengesetzten Zielrichtungen empfunden – begleitet vom bitteren Eingeständnis, dass sich die Technik den wirtschaftlichen Belangen unterzuordnen habe. Doch kann man überhaupt technisches Sachverständnis und wirtschaftliche Belange voneinander trennen? Oder fehlt es vielmehr an einer geeigneten Grundlage, auf der – für beide Seiten nachvollziehbar und quantifizierbar – langfristige Szenarien und Visionen gemeinsam erarbeitet werden können? Das jedenfalls war Tenor der Referate und Diskussionen auf dem Fachkongress KANALGIPFEL 2014, den das Fachmagazin tHIS und die Ingenieurgesellschaft Stein & Partner in Essen durchgeführt haben.

Strategien für den Erhalt

Die von der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau und weiteren Verbänden und Organisationen unterstützte Veranstaltung vermittelte Strategien für die detaillierte und konsistente Wertermittlung von Entwässerungssystemen sowie deren Werterhalt. Mit der gemeinsamen Zielstellung, ein zukunftsorientiertes Netzmanagement zu betreiben, diskutierten 70 Teilnehmer über die Bewertung des Kanalvermögens und Instrumente zur nachhaltigen Entwicklungsplanung.

Bei der Zusammenarbeit von Technikern und Kaufleuten geht es um die gemeinsame Beantwortung der Fragen: Welcher Aufwand ist notwendig, um die Netzsubstanz langfristig zu bewahren? Welcher Mitteleinsatz ist hierfür darstellbar und führt zu einer nachvollziehbaren Gebührengestaltung? Unabhängig hiervon ist stets zu hinterfragen: Wie können die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient eingesetzt werden? In diesem Zusammenhang werden verstärkt diesbezügliche Ansätze diskutiert wie z. B. eine sinnvolle Mehrspartenstrategie, bei der Arbeiten an unterschiedlichen Versorgungsnetzen stärker aufeinander abgestimmt bzw. – wenn möglich – gebündelt werden.

Deutlich wurde in Essen an vielen Beispielen aus der Praxis: Sobald sich Techniker und Kaufleute an einen Tisch setzen und konkrete Szenarien und

Auswirkungen diskutieren, können Lösungen entstehen, die dem Anspruch an Nachhaltigkeit gerecht werden. Dazu ist eine gemeinsame Diskussionsgrundlage notwendig, die die Auswirkungen verschiedener Szenarien auf Netzstatus und Gebührentwicklung darstellen, und das langfristig. Denn neben der Höhe der Investition ist insbesondere auch der Zeitpunkt, zu dem diese getätigt wird, von Bedeutung. Das brachte das Motto „Technology meets economy“ zum Ausdruck, mit dem der Moderator Dr. Harald Friedrich die Veranstaltung umschrieb.

Effizienter Einsatz der Mittel

Ein gutes Netz altert langsamer als ein schlechtes – wer hier am falschen Ende spart, riskiert, dass nachfolgende Generationen umso kräftiger draufzahlen. Grundsätzlich ist die Finanzierung machbar – entscheidend ist vor allem, wie effizient die erforderlichen Mittel eingesetzt werden, so eine Botschaft vieler Referenten. „Die Frage lautet nicht: „Investieren wir genug?“, sondern Investieren wir richtig?“, so zum Beispiel Dr.-Ing. Robert Stein, geschäftsführender Gesellschafter der Prof. Dr.-Ing. Stein & Partner GmbH, „denn massive Probleme können wir uns nicht leisten – als Bürger, als Ingenieure, als Väter.“

An Hilfsmitteln, wie sich der Wert der Infrastruktur ermitteln lässt, mangelt es nicht – angefangen bei Software für die Substanzwertermittlung und Altersmodelle bis hin zu den passenden Instrumenten für die Auswahl geeigneter Materialien oder die Suche nach passenden Unternehmen für eine Ausführung in der gewünschten Qualität: etwa auf Basis einer Auftragsvergabe nach den Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau.

Investitionsstrategie

Erfahrungen mit einer Substanzwert-Strategie hat der Düsseldorf Stadtentwässerungsbetrieb gesammelt. Deren Technischer Leiter, Dr. Claus Henning Rolf, unterstrich die Forderung nach einer ganzheitlichen Investitionsplanung und machte die positiven Effekte einer Investitionsstrategie deutlich, die auf Kontinuität setzt. Seit 25 Jahren investiert man fortlaufend in das Netz, dessen älteste Kanäle aus dem Jahr 1874 stammen. Ergebnis: „Der Anteil des Netzes mit vordringlichem Handlungsbedarf liegt in Düsseldorf bei 1,15 % – zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt liegt dieser Wert bei 8 %.“

Praktisches Beispiel

Was Nachhaltigkeit bedeutet, wurde in Rolf's Vortrag am praktischen Beispiel deutlich: In vielen der gemauerten Kanäle aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert werden lediglich die Fugen saniert, da die Substanz über viele Jahrzehnte trägt. Die Landeshauptstadt, so Rolf, zähle zu den Städten mit den niedrigsten Abwassergebühren, für die Zukunft sei nicht mit sprunghaften Ge-

bührenerhöhungen zu rechnen.

Der „Nutzungsdauer im Spannungsfeld von Gebühren und Vermögenslage“ widmete sich Prof. Dr. Martin Stachowske, Mitgesellschafter und Geschäftsführer der IWEB Institut für Wasser und Energie Bochum GmbH. Er bezweifelte, dass lange kalkulatorische Nutzungsdauern in allen Fällen realistisch seien und schlug vor, mit spezifischen Nutzungsdauern zu kalkulieren.

Zum Stand der Arbeit am Regelwerk DWA-M 143-14 in Bezug auf strategische Planungserfordernisse berichtete Dipl.-Ing. Hans-Wilhelm Froitzheim, ehemaliger Leiter des Tiefbauamtes der Stadt Essen und Mitglied des Fachausschusses 8 „Inspektion und Sanierung“ der DWA. Er erwartet für 2015 eine Neuauflage des 2005 erstmals veröffentlichten Merkblatts und avisierte, das bislang sehr theoretische Merkblatt werde praxisbezogene Ergänzungen enthalten.

Nicht die gleiche Sprache

Auf ein praktisches Problem ging auch Thomas Mösl, M.A., kaufmännischer Geschäftsleiter des Amperverbandes und 2. Bürgermeister der Gemeinde Egenhofen in seinem Vortrag „Strategische Planung als Kommunikationsgrundlage in einem Verband in Bezug auf Gebührentransparenz“ ein. Oft sprechen technische und kaufmännische Abteilungen nicht die gleiche Sprache, für technische Begriffe müssten zunächst einmal Entsprechungen in der kommunalabgabenrechtlichen Zuordnung gefunden werden.

Mösl unterstrich die Bedeutung effizienter Mittelverwendung: „Wenn wir es vernünftig angehen, bewegen sich die Gebührenerhöhungen im Centbereich“. Er rechnete vor, dass das Durchschnittsalter der Kanäle bei einer „Weiterso“-Strategie auf 90 Jahre angestiegen wäre, dank einer substanzerhaltenden, langfristig bis 2028 umzusetzenden Strategie aber auf nur 40 Jahre reduziert werden konnte – „und das bei moderatem Gebühreanstieg von jährlich 2,5 %“. Noch etwas war Mösl wichtig: „Das Netz gehört dem Bürger – das muss die Botschaft sein.“

Alterungsprozesse

Auf „Alterungsmodelle und Qualitätsanforderungen“ ging Prof. Dr.-Ing. Karsten Kerres, Lehrgebietsleiter Bauingenieurwesen-Netzingenieur an der RWTH Aachen, ein. „Wie lassen sich Alterungsprozesse beschreiben – und wie kann man die Qualität von Prognosen beurteilen?“, lauteten zentrale Fragen, die Kerres erörterte. Dipl.-

Ing. Swen Pfister, Bereichsleiter Netz und Prokurist bei der hanseWasser Bremen GmbH, stellte im Anschluss die Ergebnisse der schadensorientierten Sanierungsstrategie vor, die das Unternehmen verfolgt. Die sei „absolut erfolgreich“: Im Zeitraum von 15 Jahren sei es gelungen, rund 28 % des Netzes zu sanieren, „und das ohne Gebührenerhöhung“, so Pfister. Zum Ende der Vortragsreihe erläuterte Dipl.Ök. Filip Bertzbach, Geschäftsführer der aquabench GmbH, welchen Beitrag Benchmarking zum Werterhalt von Entwässerungssystemen leisten kann.

Wichtige Botschaft

Auch bei der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die in der Veranstaltung vorgestellten Beispiele für „große“ und „kleine“ Kommunen und Netzbetreiber dargestellt, die den Weg zu einer zukunftsorientierten Nachhaltigkeitsstrategie optimistisch beschreiben. „Hier handelt es sich um eine wichtige Erkenntnis und Botschaft, die hoffentlich zu vielen Nachahmern führt“, wünscht sich Dr.-



Dr.-Ing. Robert Stein, Dr. Claus Henning Rolf und Dipl.-Ing. Hans-Wilhelm Froitzheim (v. r.) gehörten zu den Teilnehmern der Podiumsdiskussion. Bild: tHIS

Ing. Marco Künster. Der Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau sieht in der langfristigen und gleichberechtigt zwischen „technischen Erfordernissen“ und „wirtschaftlichen Möglichkeiten“ abgewogenen Netzbewirtschaftung den nächsten logischen Schritt nach den umfangreichen Entwicklungen der letz-

ten Jahrzehnte. Notwendige Voraussetzung für diesen Schritt waren die umfangreiche Zustandserfassung der Netze sowie die Entwicklung von Sanierungstechniken und -materialien und nicht zuletzt die Erfahrungen im Bereich Qualitätssicherung.

Weitere Informationen unter www.kanalbau.com

Weihermoos wird renaturiert

Renaturierung des Hochmoors im Gleißental geht weiter

Am Rand des Deininger Weihers wird jetzt fortgesetzt, was im Süden des Moorgebietes im Herbst 2010 seinen Anfang nahm: Das Weihermoos, die letzte noch unrenaturierte Hochmoorfläche im Deininger Moorgebiet, wird wiedervernässt.

Im rund 16 Hektar großen Hochmoorkomplex unmittelbar nördlich der Grenze zum Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen überziehen mehr und mehr bunte Torfmoosrasen die zwischenzeitlich sehr nasse Mooroberfläche – eine Folge der in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführten Wiedervernässung und ein wichtiges Zeichen für wieder einsetzendes Moorwachstum. Nun soll der letzte Hochmoorkern im Gebiet am Deininger Weiher, das so genannte Weihermoos mit Zustimmung des Eigentümers, der Gemeinde Straßlach-Dingharting, renaturiert werden.

Bereits in Kürze wird man damit beginnen, einen Teil der Bäume zu entnehmen. Im Frühjahr 2015 soll dann ein spezieller Moorbagger die Entwässerungsgräben mit Spundwänden verschließen, um das Wasser im Moorkern zurückhalten – ein wichtiger Beitrag zur Entlastung des Klimas und zum Arten- und Biotopschutz.

Das Moorgebiet am Deininger Weiher verdankt seine Entstehung der letzten Eiszeit. Vor rund 10.000 Jahren hinterließ der sich zurückziehende Isar-Loisach-Gletscher ein ausgeschürftes Becken, in dem sich Schmelzwasser sammelte. Der entstandene See wurde jedoch rasch mit Geröll und Schwemmaterial aufgefüllt. Auf dem nassen Boden des verlandeten Ge-

wässers sorgten Wasser und Sauerstoffmangel dafür, dass abgestorbenes Pflanzenmaterial nicht verrotten konnte. Ein Niedermoor entstand, das über die Jahrtausende langsam in die Höhe wuchs und sich vor etwa 6.000 bis 7.000 Jahren vom Grundwassereinfluss ablöste. Auf dem Niedermoor wuchs so an manchen Stellen allmählich ein Hochmoor auf.

Vor rund 200 Jahren begann man in Bayern mit der systematischen Entwässerung, um den Torfabbau und die Kultivierung des „Ödlandes“ zu ermöglichen. Heute gelten nur mehr 5 % der bayerischen Moore als intakt. In den entwässerten Mooren zersetzt sich unter Einfluss von Sauerstoff das Jahrtausende lang konservierte Pflanzenmaterial. Kohlendioxid und das 310 mal wirksamere Lachgas entweichen in die Atmosphäre und belasten unser Klima.

Sanierung fordert alle

Auch das etwa zwei Hektar große Weihermoos südwestlich des Deininger Weihers wurde im letzten Jahrhundert durch Entwässerung erheblich beeinträchtigt. Teilbereiche wurden abgetorft. In der Folge konnten auf der eigentlich baumarmen Hochmoorfläche verstärkt Bäume aufwachsen. Neben den Gräben entziehen sie dem Moor zusätzlich lebenswichtiges Wasser. Nun soll auch hier ent-

schieden gegengesteuert und die Freisetzung klimaschädlicher Spurengase unterbunden, das natürliche Moorwachstum wieder angeht und das Hochmoor als Lebensraum seltener Tier- und Pflanzenarten gesichert werden.

Unter der fachlichen Leitung der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt München wird in Kürze mit der Sanierung des Weihermooses begonnen werden. Bis zum Sommer 2015 soll die Fläche vollständig saniert sein. Für diese wichtige Maßnahme ziehen alle an einem Strang: Die Gemeinde Straßlach-Dingharting hat als Eigentümerin die Maßnahme auf ihrem Grund gestattet. Der Landkreis München übernimmt die Planung, überwacht die Ausführung und trägt einen Teil der Kosten. Der Freistaat Bayern steuert aus dem „Klimaprogramm Bayern 2020 – Teil Moore“, das aufgelegt wurde, um die Hauptursachen des Klimawandels zu bekämpfen, 90 Prozent der Kosten bei.

Insbesondere während der Forstarbeiten muss der Rundweg um den Deininger Weiher aus Sicherheitsgründen zeitweise gesperrt werden. Das Landratsamt München bittet um Verständnis und Beachtung.

Mit dem Verschluss der Entwässerungsgräben im kommenden Frühjahr wird die Hochmoorsanierung im Moorgebiet südlich des Deininger Weihers, die im Herbst 2010 ihren Anfang nahm, im Landkreis München abgeschlossen.

Reinigung des Kanalsystems mit umweltschonender Wasserrückgewinnung – TV-Kanaluntersuchung und Schachtinspektion



in HD-Qualität – präzise Deformations- und Formvermessung – Dichtigkeitsprüfung nach DIN EN 1610 – wirtschaftliche, grabenlose



Kanalsanierung

unter Berücksichtigung aller Verfahren: Wir leisten Qualität – mit bester Technik und qualifizierten Fachleuten.

kuchler-service.de

Bürgerbeteiligung im Fokus bei der Sanierung schadhafter Abwasseranlagen:

Bessere Kommunikation beugt Widerständen vor

Die Wassergesetze der Länder legitimieren Kommunen, im Rahmen ihrer Satzungen auch private Grundstücksbesitzer zu einer regelmäßigen Inspektion ihrer privaten GEA zu verpflichten. Eine sinnvolle Aufklärung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern sollte schon vor dem Hintergrund möglicher steigender Gebühren beziehungsweise hoher privater Sanierungskosten erfolgen. Andernfalls ist der Widerstand aus der Bürgerschaft schon vorprogrammiert. Aber auch die Erhaltung von sicheren hygienischen Bedingungen muss wieder ins Bewusstsein gerufen werden.

Die Selbstverständlichkeit, mit der heute die ausgezeichneten hygienischen Bedingungen in Deutschland betrachtet werden, darf nicht zu einer Vernachlässigung der eigenen Pflichten insbesondere bei privaten Grundstücksbesitzern führen.

96 Prozent Anschlussquote

Seit 1842 werden in Deutschland planmäßig öffentliche Kanalisationen angelegt, deren Länge heute rund 540.000 Kilometer beträgt. Dazu kommen noch einmal rund 1.000.000 Kilometer Abwasserleitungen der im privaten Zuständigkeitsbereich liegenden Grundstücksentwässerung. Aktuell sind rund 96 % der deutschen Haushalte an die Kanalisation angeschlossen.

Seit 150 Jahren wurde damit eine signifikante Verbesserung der hygienischen Bedingungen in Deutschland erreicht: Krankheiten, die durch verunreinigtes Wasser bedingt sind, konnten entscheidend zurückgedrängt werden, weshalb seit etwa 100 Jahren in Deutschland keine Epidemien mehr zu verzeichnen sind. Der verantwortungsvolle und bewusste Umgang sowie die jahrzehntelange Forschung im Bereich der Abwasserentsorgung und -reinigung haben zu diesen hervorragenden hygienischen Lebensbedingungen in Deutschland beigetragen.

Private und öffentliche Abwasseranlagen weisen Sanierungsbedarfe auf

Aktuelle Ergebnisse aus Benchmarkstudien sehen einen kurzfristigen Sanierungsbedarf von 8,3 % des öffentlichen Kanalnetzes, mittelfristig sind im Bundesdurchschnitt 17,6 % sanierungsbedürftig. Die Altersverteilung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen ist dagegen nicht bekannt. Erste Untersuchungen in NRW zeigen, dass rund 40 % der untersuchten GEA eine kurzfristige Sanierungspriorität aufweisen; hiervon gehören ca. 75 % zu Gebäuden, die vor 1965 errichtet wurden. Rund 30 % der untersuchten GEA weisen Schäden mit mittelfristiger Sanierungspriorität auf. Lediglich 30 % der untersuchten GEA weisen keinen Sanierungsbedarf auf.

Die Folgen sind bereits sichtbar: Schon heute ist in Siedlungsgebieten das Grundwasser deutlich, statistisch signifikant stärker mit abwassertypischen Kontaminationen belastet als im ländlichen Raum, zum Beispiel mit anorganischen Indikatoren Bor, Kalium, Natrium, Chlorid, Ammonium, Humanarzneistoffen, Röntgenkontrastmittel, Rückstände aus Körperpflegeprodukten und weit verbreiteten Industriestoffen mit endokriner Wirkung. Zudem gibt es punktuelle Einträge in Siedlungsgebieten von Darmbakterien (Coliforme und E. coli). Insbesondere E. Coli gelten als Fäkalindikator bei der Bestimmung einer Verunreinigung von Wasser.

Sinnvolle Sanierungsplanung und Qualität beim Einbau

Eine flächendeckende Untersuchung (Begehung, TV-Untersuchung, Dichtheitsprüfungen) des gesamten Kanalsystems ist erforderlich, um im Bedarfsfall den besten Weg für eine Sanierung zu wählen. Bis jetzt beträgt die Inspektionsrate der öffentlichen Kanäle rund 80 % des Netzes, wobei einzelne Bundesländer diese Quote sogar noch deutlich unterschreiten. Der Untersuchungsgrad der privaten GEA beläuft sich dagegen nur auf wenige Prozent aller vorhandenen GEA.

Unter diesen Vorzeichen sollte eine nachhaltige Planung unter Beachtung des gesamten Lebenszyklus erfolgen, das heißt von der Planung über die Herstellung und Nutzung bis zur Entsorgung. Dabei sollten die einzelnen Lebensphasen auf unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigkeit analysiert und in ihrem Zusammenwirken optimiert werden.

Es ist das Ziel, eine wünschenswerte Qualität der Kanalisation mit möglichst geringen Aufwendungen und geringen negativen Umwelteinwirkungen bei hohem Nutzungskomfort zu erreichen und langfristig aufrechtzuerhalten. Bei einer vorausschauenden Planung werden z. B. Gebäudeentwässerungsanlagen als frei zugängliche Sammelleitungen ausgeführt. Auf unzugängliche und unter den Fundamentplatten verlegte Grundleitungen wird verzichtet. Reinigungs- und Inspek-

tionsmöglichkeiten werden von vornherein berücksichtigt.

Deshalb sollten bei der Planung auch Maßnahmen zur Instandsetzung oder eine vorzeitige Erneuerungsmöglichkeit der Entwässerungsanlagen einkalkuliert werden, da die Dauerhaftigkeit der Rohrwerkstoffe geringer als die Lebensdauer des Gebäudes sein kann. Durch einen integralen Planungsansatz für Baumaßnahmen bei Neubau, Erneuerung oder Bestandsrenovierung ist unter Berücksichtigung der Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen eine angemessene Nutzungsdauer anzustreben. Insbesondere die Dauerhaftigkeit von Baustoffen und Bauteilen sowie deren Verarbeitung bestimmen die Lebensdauer. Eine hohe Dauerhaftigkeit reduziert den Unterhaltungs- und Erneuerungsaufwand.

Kommunikationspolitik

Bei der Inspektion und gegebenenfalls erforderlichen Sanierung von Entwässerungsanlagen kann eine isolierte Betrachtung öffentlicher und privater Kanäle geben. Die Wassergesetze der Länder legitimieren Kommunen, im Rahmen ihrer Satzungen auch private Grundstücksbesitzer zu einer regelmäßigen Inspektion ihrer privaten GEA zu verpflichten. Erfolgt dies ohne vorherige Aufklärung und Einbeziehung der Bürger, ist Widerstand schon aufgrund der vom einzelnen Bürger kaum einschätzbaren Kosten vorprogrammiert.

Die Demokratie vor Ort folgt aktuell bestimmten Verhaltensmustern, die vor der Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen der Entwässerung berücksichtigt werden sollten:

Erhöhte Partizipationsansprüche

Große Teile der Bevölkerung nehmen Entscheidungen lokaler Behörden nicht mehr einfach hin und suchen dafür oftmals nicht die politischen lokalen Gremien (wie Stadt- und Gemeinderäte), sondern agieren unmittelbar über Medien oder Bürgerinitiativen.

Erschwerte Solidarität und überlokale Orientierung

Durch Individualisierungsprozesse wird der Lebensalltag (Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Familie, Konsum usw.) ortsverschieden wahrgenommen; die Fokussierung auf eine einzige Wohnumgebung und die Identifikation mit ihr verliert an Bedeutung. Kommunale Institutionen befin-

den sich oft genau in der Grauzone zwischen empfundener „großer“ Entscheidungsebene (Landes-, Bundes- und Europagesetzgebung) und der „kleineren“ Entscheidungsebene der unmittelbaren lokalen Betroffenheit (Verbandsmitgliedschaften, Elterninitiativen, Mieterbeiräte). Während die Identifikation mit ersterer minimal, weil vermeintlich kaum beeinflussbar ist, besitzt letztere eine besonders große Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Auftreten des „Nimby“-Phänomens

Bürger neigen zunehmend dazu, generell Veränderungen in der Gesellschaft zu begrüßen, solange sie davon nicht persönlich betroffen sind und keine eigenen wahrnehmbaren Nachteile (wie persönliche Kostenbelastungen) zu befürchten haben. Dieses „Not in my backyard“ (Nimby-) Verhalten ist als Denkbarriere zu berücksichtigen und argumentativ zu durchbrechen.

Bürgerinformation und Bürgerberatung bei der Grundstücksentwässerung: Das Beispiel Schäftlarn

Der Netzbetreiber (Gemeindewerke Schäftlarn) erarbeitete zur integrativen Inspektion und ggf. Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes und unmittelbar angrenzender privater Grundstücksentwässerungsanlagen ein freiwilliges Angebot gegen Kostenübernahme. Ziel war es, „diffuse“ Ergebnisse privat initiiert Untersuchungen zu vermeiden. Hier traten Beispiele zutage, bei denen u. a. nur Teilbereiche wie der Revisionsschacht untersucht wurden, z. T. öffentliche Kanäle mituntersucht und privat berechnet wurden. Der Leistungsumfang war nicht vergleichbar, Rückfragen traten auf, erheblicher Mehraufwand bei der Beurteilung, und schließlich war die Verwendbarkeit für die Beurteilung durch die öffentliche Hand fraglich.

Transparenz und Offenheit

Im Rahmen einer Bürgerinformation wurden Transparenz und Offenheit geschaffen: mit Pressemitteilungen, einer Broschüre, Informationsveranstaltungen und ergänzenden Informationsunterlagen. Anwohnerkontakt wurde angeboten und vielfach genutzt. Der Leistungsumfang, die Möglichkeiten und Grenzen sowie die technische Durchführung wurden transparent dargestellt. Der Netzbetreiber stellte sich als Dienstleister der Bürger vor. Die Unterstützung des Dienstleisters wurde gerne angenommen.

Die Bürgerinformation umfasste eine Aufklärung vor Beginn der Zustandserfassung, es wurde ein individueller Inspektionsplan und Sanierungsvorschlag vorgelegt, zudem erfolgte eine persönliche Beratung nach Terminvereinbarung.

Fazit und Feedback aus der Bürgerschaft

- Die Bürger wurden „mitgenommen“ und informiert
- Offenheit und Transparenz zahlten sich durch hohe Mitwirkungsquote aus
- Hochwertige TV-Inspektion, Betreuung und nachvollziehbare Darstellung und Auswertung
- Ausschließlich positive Rückmeldungen aus der Bürgerschaft
- Gemeindewerke werden als Dienstleister wahrgenommen
- Vorteil für die Grundstückseigentümer: Kostentransparenz und -vorteile
- Vorteil für die öffentliche Hand (Gemeindewerke): einheitliche und verwendbare Unterlagen, erfolgreiche Fremdwasserbeseitigung und Unterbindung von Exfiltration.

Vertiefende Informationen: www.impulse-pro-kanalbau.de



Schäden vorbeugen – Hygiene bewahren!

Ökodry-Verfahren zur wirtschaftlichen Klärschlamm-Trocknung:

Hocheffiziente Alternative

Mit „Ökodry“ steht ab sofort ein hocheffizientes Verfahren zur wirtschaftlichen Trocknung von entwässertem Klärschlamm und verwandten Stoffen zur Verfügung: Der Schubkeilbodentrockner des deutschen Herstellers Fliegl bietet damit eine technisch wie preislich interessante Alternative zu herkömmlichen Lösungen wie Band-, Solar- oder Scheibentrocknern.

Ökodry ermöglicht im Durchlaufverfahren einen sehr hohen Wirkungsgrad: Je nach Größe und Auslegung der Anlage ist eine thermische Leistungsaufnahme von ca. 80 kW/h bis zu ca. 500 kW/h realisierbar. Der maximale Durchsatz liegt bei 1 t pro Stunde, was einer Jahresleistung von bis zu 8.000 t entspricht. Die Trocknungskosten pro Tonne betragen dabei lediglich vier bis acht Euro.

Geringer Aufwand

Schubkeile sorgen für einen optimalen Materialfluss innerhalb der Maschine. Dafür sind lediglich drei Getriebemotoren notwendig. Entsprechend gering ist der Aufwand bei Konstruktion und Wartung. Über ein verstellbares Schottor lässt sich die Fließhöhe des Materialteppichs regulieren. Von unten durch ein Schlitzbrückenblech zugeführte Warmluft kann das Trocknungsgut so optimal erreichen. Das Ergebnis ist ein klumpenfreies, körniges Substrat mit bis zu 85 Prozent Trockensubstanz.

Hohe Flexibilität

Die Beschickung mit entwässertem Klärschlamm kann sowohl in Chargen als auch kontinuierlich erfolgen. Je nach Einsatz-Situation lässt sich die Anlage also entweder per Radlader beschicken oder auch direkt in Produktionsprozesse einbinden. Das getrocknete Substrat kann über eine angeflanschte Hochförderschnecke oder eine schwenkbare Auslaufrutsche in Kipper, Container etc. überladen und dann zur weiteren Verarbeitung bzw. Nutzung abtransportiert werden.

Konsequent robuste Konstruktion

Die aktuelle Anwendung zur

Trocknung von Klärschlamm basiert auf dem ursprünglich für Hackschnitzel konzipierten Ökodry-System von Fliegl. Wie dieses zeichnet sich auch die Klärschlamm-Version durch eine konsequent robuste Konstruktion aus: Das Gehäuse entspricht in Abmessungen und Aufbau einem ISO-Container. Neben vollverzinktem oder gepulvertem Blech ist auch eine Ausführung in Edelstahl verfügbar. Bei Normlängen von wahlweise 12,6 m, 9,6 m oder 6,6 m sind Container-Volumina von 12 m³ bis 27 m³ lieferbar. Entsprechend einfach ist der Transport per LKW. Eine Aufstellung im Freien ist problemlos möglich.

Separate Energienutzungszentrale

Die Warmluftzufuhr für das Ökodry-Trocknungssystem erfolgt über eine separate Energienutzungszentrale, ebenfalls mit Container-Gehäuse. Diese nutzt und verwertet Wärmeenergie, zum Beispiel aus dem Kläranlagen-Faulturm oder auch aus Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken und anderen Warmwasserquellen. Hochwertige Komponenten wie Radialgebläse, Frequenzumformer, Umwälzpumpe, Heizregister und Heizungstechnik sorgen für einen kontinuierlichen Lufteintrag mit Vorlauftemperaturen bis 110 °C. Die direkte Verbindung zwischen der Energienutzungszentrale und dem Ökodry-Container ist entweder über einen kastenförmigen Einzelkanal oder über DN300-Schlauchanschlusstutzen möglich.

Eine übergeordnete Speicherprogrammierbare Steuerung (SPS) erlaubt den Zugriff auf sämtliche Anlagenteile, auch aus der Ferne. Prozessparameter wie Geschwindigkeit, Fließhöhe, Luftdruck und Temperatur lassen sich damit präzise und anwendungsspezifisch regeln.



Der Schubkeilbodentrockner von Fliegl zeichnet sich durch eine konsequent robuste Konstruktion aus: Das Gehäuse entspricht in Abmessungen und Aufbau einem ISO-Container.

Die Forderungen auf einen Blick

NACHHALTIGKEIT

– (ökologisch, ökonomisch und sozial) von öffentlicher Kanalisation und privater Grundstücksentwässerung.

WERTERHALT UND FUNKTIONSFÄHIGKEIT

– Anpassung der Investitionen zum Erhalt des Werts und der Funktionsfähigkeit von öffentlicher Kanalisation und privater Grundstücksentwässerung.

KEINE GEFÄHRDUNG DES GRUNDWASSERS

– Verhinderung von Exfiltration aus öffentlicher Kanalisation und privaten Anlagen zur Grundstücksentwässerung durch Überprüfung und Sanierung.

BÜRGERINFORMATION UND -BERATUNG

– bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen.

ERHÖHTE INSPEKTIONS-RATEN

– für öffentliche Kanalisation und private Grundstücksentwässerung.

INDIVIDUELLES INSPEKTIONS- UND SANIERUNGSKONZEPT

– auf Grundlage einer vollständigen Untersuchung und Bewertung des gesamten Abwassernetzes.

EINORDNUNG, FESTLEGUNG UND DOKUMENTATION VON QUALITÄTSSICHERUNGSMASSNAHMEN

– für die Auswahl der Planer und den gesamten Bauablauf.

impulse-pro-kanalbau.de



Die bundesweite Aktionsgemeinschaft Impulse pro Kanal wurde 2011 ins Leben gerufen und umfasst aktuell 25 Trägerorganisationen (Wissenschaft, Verbände, Kammern sowie die IG BÄU).

impulse-pro-kanalbau.de

Bayerischer Heilbädertag in Prien am Chiemsee:

Für mehr Patientenrechte und Prävention

Rund 100 Teilnehmer verbuchte der 68. Bayerische Heilbädertag in Prien am Chiemsee. Als Festredner fungierte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer. Zudem hielten Priens Bürgermeister Jürgen Seifert, der Landrat des Landkreises Rosenheim Wolfgang Berthaler sowie die Tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Daniela Ludwig Grußworte. Die „Zukünftige Finanzierbarkeit der Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Krankenversicherung“ beleuchtete Dr. Maximilian Gaßner, Präsident des Bundesversicherungsamtes.

Mit Blick auf das zukünftige Präventionsgesetz bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes Klaus Holetschek die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer für Saunabetriebe als kontraproduktiv. Aus finanztechnischen Gründen haben die Finanzministerien von Bund und Ländern beschlossen, die seit 1968 geltende ermäßigte Umsatzsteuer abzuschaffen. Ab 1.7.2015 soll der Umsatzsteuersatz von 7 auf 19 Prozent steigen. Dies wird laut Holetschek zu einer Mehrbelastung von bis zu 400.000 Euro für einzelne Thermalbäder führen. Die Benutzer müssten mit höheren Eintrittspreisen rechnen, was wiederum zu einem Besucherrückgang führen werde. Der Bayerische Heilbäder-Verband rechnet bei seinen Mitgliedern insgesamt mit einem Rückgang der Einnahmen um 1,4 Millionen Euro.

Grundsätzlich müsse das Rad bei der Prävention nicht neu erfunden werden, meinte Holetschek. „Wir sollten auf bewährte Strukturen zurückgreifen. Wir haben an unseren Orten einzigartige, ortsgeliebte Heilmittel mit ihren spezifischen Wirkungen – und damit Indikationsbereichen. Außerdem das fachkundige Personal und her-

vorragend ausgebildete Ärzte. Auch das muss bei der Auswahl einer Kur in die Entscheidung mit einfließen.“

Der Präsident des Deutschen Heilbäder-Verbandes Ernst Hinsken rief die Vertreter der Heilbäder und Kurorte dazu auf, sich intensiv in die Diskussion um das neue Präventionsgesetz einzubringen. „Wir wollen und müssen hier dabei sein. Was jetzt festgemeißelt wird, können wir in den nächsten acht bis zehn Jahren nicht mehr korrigieren.“

Politischen Rückenwind bekamen die Heilbäder und Kurorte vom bayerischen Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer und der tourismuspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Daniela Ludwig. In seiner Festrede hob Pschierer zunächst die Bedeutung der Heilbäder und Kurorte für die bayerische Tourismuswirtschaft hervor. „Bayern ist Tourismusland Nummer 1. Heilbäder und Kurorte haben einen wesentlichen Anteil daran. Mit 22 Millionen Übernachtungen und 3,7 Milliarden Euro Umsatz sind sie eine tragende Säule der bayerischen Tourismuswirtschaft.“

Pschierer wies auch auf die aktuellen Herausforderungen der

Branche hin. So sei die Konkurrenz gewachsen, während die Zahl der klassischen Kurgäste abgenommen habe. Gleichzeitig sicherte er dem Heilbäderverband die Unterstützung durch die Politik zu: „Gesundheitstourismus ist ein Zukunftsfeld. Vor allem der Dreiklang von Heilbädern, Tourismus und Gesundheit bietet große Chancen. Wir werden die Branche nicht vergessen und bei den aktuellen Herausforderungen tatkräftig unterstützen.“ Ein zentrales Ziel sei es, im Bereich Gesundheitstourismus noch mehr Gäste aus dem Ausland zu gewinnen.

Die Tourismuspolitik ist ein wesentlicher Bestandteil bayerischer Wirtschaftspolitik. So wurde zum Beispiel erst kürzlich im Bayerischen Wirtschaftsministerium ein eigener ‚Schwerpunktbereich Tourismus‘ geschaffen.

„Mir ist es wichtig, dass im Gesetz auch die Leistungen der Heilbäder und Kurorte eine Rolle spielen, und nicht nur die der Kliniken“, hob die CSU-Bundestagsabgeordnete Daniela Ludwig hervor. „Hier findet ausgezeichnete Prävention statt.“ Bei der Umsatzsteuer für Saunabetriebe hofft sie auf ein Machtwort von Kanzlerin Angela Merkel. „Die Bundeskanzlerin lässt die Angelegenheit derzeit noch einmal prüfen. Ich werde auf jeden Fall versuchen, dass hier was zu ändern ist.“

Einstimmig wurde in Prien eine Resolution verabschiedet. Darin begrüßt der Bayerische Heilbäder-Verband die gesetzliche Verankerung der Prävention und Gesund-

heitsförderung in einem eigenständigen Präventionsgesetz und den vorliegenden Entwurf. Insbesondere die Stärkung der Vorsorgemaßnahmen in den anerkannten Kurorten und die besondere Berücksichtigung von Antragstellern mit besonderen beruflichen oder familiären Umständen verdient besondere Aufmerksamkeit. Beispielhaft werden die Pflegeberufe genannt, die durch Schichtarbeit und psychische sowie körperliche Belastungen im Fokus von präventivem Gesundheitsmanagement stehen sollten.

Der ganzheitliche Ansatz von Prävention mit den Elementen Ernährung, Bewegung und Berücksichtigung der individuellen psychischen Situation wird in bayerischen Heilbädern schon jetzt gesetzt. Deshalb fordert der BHV die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Autonomie aller Versicherten. So sollten sie selbst entscheiden können, ob sie eine Maßnahme am Wohnort oder eine wohnortferne Maßnahme in einem Kurort durchführen wollen. Die ortsgeliebten Heilmittel besitzen spezielle Wirkungen und demnach unterschiedliche Indikationsbereiche. Eine besondere Verantwortung hätten dabei die Hausärzte, die in ihrer Funktion als Lotse im Gesundheitswesen zum Wohl der Patienten wesentliche Steuerungen vornehmen. Dies sollte im Präventionsgesetz deutlich gemacht werden.

Ein Präventionsgesetz sollte möglichst nah am Menschen sein. Deshalb sollten die finanziellen Mittel für die Prävention nicht allein bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gebündelt, sondern auch auf die Länder und Kommunen verteilt werden. Der Bayerische Heilbäderverband schließt sich zudem der Resolution des Deutschen Heilbäder-Verbandes zum Präventionsgesetz an. **DK**



Der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes Klaus Holetschek (l.) mit dem Präsidenten des Deutschen Heilbäder-Verbandes Ernst Hinsken. Bild: Bayerischer Heilbäder-Verband e. V.

5 Millionen Euro für hochwassersicheres Achenal

Der Hochwasserschutz in Bayern geht mit großen Schritten voran. Dies betonte die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf im Achenal. Von den nun beginnenden Baumaßnahmen im Achenal profitieren die Menschen in den Gemeinden Marquardtstein, Staudach-Egerndach, Grassau und Übersee.

Dabei werden insgesamt 4,4 Kilometer Deiche mit Innendichtungen in Form von Spundwänden verstärkt. Scharf: „Durch die Maßnahme werden die Deiche im Achenal wirkungsvoll verstärkt. Die neuen Innendichtungen sind wie eine Lebensversicherung für die Deiche. Die knapp 5 Millionen Euro sind sehr gut investiert und kommen den Menschen in der Region direkt zu Gute.“

Die Tiroler Achen gilt aufgrund ihrer voralpinen Lage als besonders hochwassergefährdet. Beim Juni-Hochwasser 2013 kam es bei Altmühl und südlich der A8 zu zwei Deichbrüchen. Diese und andere Schäden wurden im Rahmen des

Soforthilfeprogramms für rund 2,6 Millionen Euro repariert und Deiche entsprechend verstärkt.

Seit dem Juni-Hochwasser 2013 wurden in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener-Land und Traunstein bereits über 6 Millionen Euro an Soforthilfen für den Hochwasserschutz eingesetzt. Weitere 6,6 Millionen Euro sind bis 2015 vorgesehen – beispielsweise für weitere Deichinnendichtungen an der Tiroler Achen. Bis zum Jahr 2020 investiert Bayern insgesamt 3,4 Milliarden Euro in den Ausbau des Hochwasserschutzes. Seit 2001 wurden bereits 1,8 Milliarden Euro eingesetzt. □

WER KOMMT SCHNELL IN DIE GÄNGE



GIBT VOLLGAS UNTER DER ERDE?

Mini-Blockheizkraftwerke im Keller.

Die kompakten Geräte arbeiten auch im Dunkeln hoch effizient; Sie passen in fast jeden Heizungsraum und werden idealerweise mit Erdgas betrieben, mit dem sie gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen. So lassen sich bis zu 35 % der Energiekosten und fast 50 % CO₂ einsparen – im Gewerbe genauso wie im Eigenheim.

Nur eine der vielen Ideen, mit denen die in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke wie die Städtischen Werke aus Kassel die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über www.energie-und-wende.de

Thüga

Die Thüga Energieeffizienz GmbH entwickelt Lösungen zum intelligenten Umgang mit Energie für die Thüga-Gruppe.

Städtische Werke Aktiengesellschaft

energie effizienz
Das große Plus für das Klima

20-Tonnen-Schnecke mit Übergröße

Herzstück des fischfreundlichen Kleinwasserkraftwerks der Rhein-Main-Donau AG erreicht Standort Neuses an der Regnitz

Nach zweitägiger Nachtfahrt erreichte Mitte Oktober das Herzstück des neuen Restwasserkraftwerks der Rhein-Main-Donau-AG sein Ziel: die Baustelle auf Höhe der Wehranlage Neuses des Wasser- und Schifffahrtsamts (WSA) Nürnberg. Mit einem 24 Meter langen Tieflader hatte eine oberbayerische Spezialfirma die 20 Tonnen schwere Wasserkraftschnecke vom Andritz-Fertigungsort bei Budapest, Ungarn, nach Neuses an der Regnitz im Landkreis Forchheim bugsiert.

Eine besondere Herausforderung waren nicht nur die letzten Kilometer von der Autobahn A 73 zur Baustelle sondern das beschädigungs- und unfallfreie Einheben des 18,4 Meter langen und 3,4 Meter breiten stählernen Riesen vom den Spezialtransporter in seine schräge Betonwanne. Diese war in eine neue Öffnung gelegt worden, die in die bestehende feste Wehr-

schwelle mit Betonsägen und Baggermeißel ausgebrochen wurde.

Ein 220-Tonnen-Autokran und ein 120-Tonnen-Autokran mussten neben der logistische Meisterleistung bewerkstelligen. Sie wuchteten synchron die Wasserkraftschnecke in Ihrem Aufnahme-Stahltrug vom Tieflader in die schräge Verankerungsposition in der künftigen Kleinwasserkraftwerksanlage zur

Nutzung von Restwasserabgaben in die Regnitz.

Wochenlange Vorbereitung

Die Vorbereitungen zu der spektakulären Aktion liefen über mehrere Wochen, denn für die beiden Schwerlastkräne mussten neben der seit Baubeginn vorhandenen mobilen Pionierbrücke entsprechend befestigte tragfähige Standplätze präpariert werden, damit die beiden fünfachsigen Kolosse mit ihren jeweils vier Stützarmen auf 10 x 10 Meter sichere Standfestigkeit hatten. Der 220-Tonnen-Kran hat ein Eigengewicht von 60 Tonnen zuzüglich 71 Tonnen Ballast sowie einen bis zu 68 Meter aus-

fahrbaren Ausleger; der kleinere 120-Tonnen-„Bruder“ bringt ebenfalls 60 Tonnen auf die Waage, verfügt über einen 52-Meter-Ausleger und begnügt sich mit „nur“ 35 Tonnen Ballast.

Um die vorgefertigte Wasserkraftkonstruktion möglichst nah an die Abladestelle zu bugsieren, verfügte der Tieflader über mehrere, per Funk einzeln steuerbare, hydraulische Achsen.

Restwassernutzung

Ende 2014 will die Rhein-Main-Donau AG ihre fischfreundliche Wasserkraftschnecke Neuses zur Restwassernutzung in der Regnitz in Betrieb nehmen. Das 1,2-Millionen-Euro-Projekt wird ein Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der regenerativen Wasserkraft sein. Die Projektleitung für den Neubau hat die E.ON Kraftwerke GmbH inne.

Im Auftrag der Wasser- und Schifffahrtsamts Nürnberg wird parallel die bestehende linke (westliche) Uferbefestigung, die sogenannte Wehrwange, komplett erneuert sowie eine neue Möglichkeit zum Umsetzen von Sportbooten für Wasserwanderer geschaffen. Menschen und Fische bzw.



In Millimeterarbeit bugsierten zwei große Autokräne die 20 Tonnen schwere, rund 18 Meter lange Wasserkraftschnecke mit einem Durchmesser von drei Meter in den vorbereiteten Betontrug, durch den künftig 23 Badewannenfüllungen Regnitzwasser pro Sekunde (3,5 Kubikmeter) rauschen, rund fünf Meter Fallhöhe überwinden und dabei die Wasserkraftschnecke antreiben. Das Restwasserkraftwerk Neuses der Rhein-Main-Donau AG kann rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr regenerativen Strom erzeugen, so dass das Regelarbeitsvermögen pro Jahr bei ca. 1,14 Millionen Kilowattstunden (kWh) liegt. Diese Strommenge würde ausreichen, um knapp 350 bayerische Durchschnittshaushalte oder fast 720 Menschen ein Jahr lang umwelt- und klimafreundlich mit elektrischer Energie aus Wasserkraft zu versorgen.

Foto: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR:

Renovieren statt erneuern

Im Rahmen einer turnusmäßigen Überprüfung hatten die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, festgestellt, dass ein Mischwassersammler DN 1500 mit mittlerer Trockenwetterrinne im Stadtteil Sürth deutliche Schäden aufwies. Grundsätzlich entsprach das Schadensbild dem, was aufgrund der Nutzungsdauer und dem Herstellungsverfahren des Mischwassersammlers im Heidelweg zu erwarten war; vor allem hatten sich im Betonrohr deutliche Längsrisse gebildet. Die Folge: Nicht nur die Statik des rund 80 Meter langen Abschnitts der Kanalisation war in Mitleidenschaft gezogen worden, sondern auch die Dichtheit des Bauwerks war in Frage gestellt – was insofern von Bedeutung ist, als der rheinnahe Stadtteil Sürth in einem Wasserschutzgebiet liegt.

Austauschen oder sanieren – so lautete folglich die grundsätzliche Frage, mit der sich der für die Instandhaltung des Kanalnetzes verantwortliche Bereich Planung und Bau der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, konfrontiert sah. Die Entscheidung fiel schließlich sowohl aus technischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen zugunsten einer Renovierung des betreffenden Teilstücks, und zwar unter Anwendung eines grabenlosen Montageverfahrens. Zum Einsatz kam das Einzelrohr-Lining-Verfahren der DIRINGER & SCHEIDEL Rohrsanierung GmbH und Co. KG

Kunststoffrohre

Verbaut wurden 3 Meter lange GFK-Kurzrohre mit einem Kreisprofil DA 1280. Auf die Wiederherstellung der ursprünglichen Trockenwetterrinne wurde verzichtet, zumal diese so stark verlandet war, dass ihre Funktion nicht mehr gegeben war. Die glasfaserverstärkten Kunststoffrohre zeichnen sich durch hohe Korrosionsbeständigkeit aus, lassen sich aufgrund ihres geringen Gewichts leicht verlegen und widerstehen zudem problemlos den Lastangriffen von Verkehrs-, Boden- und Wasserlasten. Die Renovierungsmaßnahme wurde innerhalb der vorgegebenen Ausführungszeit

von 50 Werktagen termingerecht und erfolgreich abgeschlossen.

Längsrisse im Beton

Die routinemäßige Überprüfung der Kanalisation, zu welcher Netzbetreiber gesetzlich verpflichtet sind, regelt in Nordrhein-Westfalen die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw). Auch die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR prüfen den Zustand der von ihnen betriebenen Kanalisation natürlich regelmäßig. Langfristig ist eine Sanierung der schadhafte Haltungen im gesamten Kölner Kanalnetz erforderlich. Im nichtbegehbaren Bereich sind diese Arbeiten weit fortgeschritten. Im begehbaren Bereich, zu dem auch der hier dargestellte Kanal zählt, werden die erforderlichen Arbeiten derzeit durchgeführt.

Die jüngste Kamerabefahrung der Kanäle im Stadtteil Sürth hatte Handlungsbedarf deutlich gemacht: Der Mischwassersammler DN 1500 im Heidelweg wies einige Schäden auf, vor allem hatten sich in den Betonrohren zahlreiche Längsrisse gebildet. Dipl.-Ing. Andreas Fromm, bei den Kölner Stadtentwässerungsbetrieben Sachgebietsleiter für Sanierungsmaßnahmen begehbaren Profile und Bauwerkssanierung: „Durch die Risse ist der Kanalabschnitt

zum einen statisch beeinträchtigt. Vor allem aber war nicht auszuschließen, dass Mischwasser austritt – mit Blick darauf, dass Sürth in einem Wasserschutzgebiet liegt, ist da natürlich dringlicher Handlungsbedarf gegeben.“

Dass Maßnahmen ergriffen werden mussten, war unstrittig – die Frage blieb aber, welche Option mit Blick auf Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit am vorteilhaftesten ist. „Grundsätzlich lautet unsere Philosophie: Reparieren bzw. Renovieren geht vor Neubau – soweit möglich und sinnvoll, werden Kanäle mit Reparaturverfahren instandgesetzt“, erläutert Fromms Kollege Dipl.-Ing. Björn Geith, Projektleiter für Sanierungsmaßnahmen begehbaren Profile und Bauwerkssanierung. Das habe nicht nur wirtschaftliche Gründe, sondern man versuche auch stets, die Beeinträchtigung für die Anwohner möglichst gering zu halten.

Welche Techniken gibt es, welches Verfahren ist das günstigste, und wie treffe ich als Verantwortlicher die richtige Entscheidung zugunsten des für das konkrete Schadensbild am besten geeignete Verfahren – das alles seien Fragen, die man im Vorfeld intensiv diskutiert habe. Durch den besseren Rauhigkeitsbeiwert des GFK-Rohres und durch die Auswertung der in der Örtlichkeit angebrachten Wasserstandmessungen – das Betonrohr DN 1500 hatte noch genug Reserven – sprach aus hydraulischer Sicht nichts gegen eine Querschnittsverengung.

Händische Reparatur kam nicht in Frage

Offene Sanierungsverfahren kamen von vornherein nicht in Frage. Zudem ließ es der regelmäßige Schulbusverkehr im renovierungsbedürftigen Abschnitt zwischen der Hammerschmidtstraße und dem Holzweg ratsam erscheinen, die Baumaßnahme in die Zeit der Sommerferien zu legen. Eine Reparatur mittels Injektionen und anderen manuellen Reparaturen wurde hauptsächlich aufgrund der Anzahl der Einzelschäden verworfen.

Entschieden wurde schließlich zugunsten eines grabenlosen Montageverfahrens, im Anschluss wurde die Maßnahme öffentlich gemäß VOB/A ausgeschrieben. Nachdem die D&S Rohrsanierung den Zuschlag erhalten hatte und sichergestellt war, dass der Hersteller der GFK-Rohre die für das Lining in Sürth benötigten 80 m Einzelrohr innerhalb des vorgegebenen Zeitfensters liefern konnte, fiel der Startschuss für die Renovierungsmaßnahme.



Die GFK-Rohre werden in die Haltung eingezogen und oben fixiert. Durch Längsrisse im Rohrscheitel war nicht nur die Statik infrage gestellt, sondern auch die Dichtheit der in einem Wasserschutzgebiet liegenden Mischwasserleitung. Foto: H. Jost

Wasserlebewesen profitieren von dem vorgesehenen Wasserkraftwerk. Die zusätzlichen Wassermengen, die das flussabwärts gelegene Kraftwerk Hirschaid der E.ON Kraftwerke GmbH aus gewässerökologischen Gründen auf Höhe des Wehrs Neuses in die Regnitz abzugeben hat, können künftig durch die Wasserkraftschnecke Neuses sinnvoll zur regenerativen Stromerzeugung genutzt werden, ohne die Fischpopulation zu beeinträchtigen. Der Wasserauslauf aus der Wasserkraftschnecke wird nach ökologischen Vorgaben der Fischerei so gestaltet, dass das bestehende Umgehungsgerinne auch in Zukunft optimal seinen Zweck als Fischwanderhilfe erfüllt. Die Regnitz wird ökologisch aufgewertet und die geringere Stromerzeugung in Hirschaid kann weitgehend ausgeglichen werden.

Besonders fischfreundlich

Die Wasserkraftschnecke, die dann die 60. Wasserkraftanlage der Rhein-Main-Donau AG ist, wird eine Fallhöhe von rund fünf Metern zur umweltfreundlichen Stromerzeugung nutzen. Die Neuseser Anlage, die dem Prinzip einer Archimedischen Schraube entspricht, hat eine Ausbauleistung von 130 Kilowatt und gilt als besonders fischfreundliche Technik zur energetischen Nutzung von

Restwasserabgaben. Bei einem kontinuierlichen Wasserdurchfluss von etwa 3,5 Kubikmetern pro Sekunde (rund 23 Badewannenfüllungen pro Sekunde) kann die Neuseser Anlage rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr regenerativen Strom erzeugen, so dass das Regelarbeitsvermögen pro Jahr bei ca. 1,14 Millionen Kilowattstunden (kWh) liegt. Diese Strommenge würde ausreichen, um knapp 350 bayerische Durchschnittshaushalte oder fast 720 Menschen ein Jahr lang umwelt- und klimafreundlich mit elektrischer Energie aus Wasserkraft zu versorgen.

Rein rechnerisch könnten also gut elf Prozent der 6.374 Bürgerinnen und Bürger in der Marktgemeinde Eggolsheim mit einer Jahresproduktion aus der Wasserkraftschnecke ökologisch und sicher mit Strom versorgt werden. Im Vergleich zum deutschen Energiemix (695 g CO₂ pro kWh) wird die Wasserkraftschnecke das Klima insgesamt um fast 800.000 Kilogramm Kohlendioxid (CO₂) entlasten.

Die Wasserkraftschnecke Neuses wird – wie auch die zwei anderen Regnitz- und 29 Mainkraftwerke der Rhein-Main-Donau AG – von E.ON betrieben und von der rund um die Uhr besetzten Warte des RMD-Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten im Spessart aus überwacht. □

Wasserkraft in Bayern

Die Nutzung der Wasserkraft zur Stromerzeugung ist angesichts der angestrebten Energiewende in Deutschland aktueller denn je und hat in Bayern eine über 100-jährige Tradition. Sie ist nicht nur die älteste Form der Stromerzeugung, sondern immer noch die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig, in größerer Menge und subventionfrei bereit zu stellen.

Die Wasserkraft hatte laut VBEW 2013 in Bayern mit rund 10,4 Milliarden Kilowattstunden Jahreserzeugung einen Anteil von 16,3 Prozent an der gesamten allgemeinen bayerischen Stromerzeugung. Der Anteil der Wasserkraft an den erneuerbaren Energien, die in Bayern zur allgemeinen Versorgung beitragen, lag 2013 bei 92 Prozent und war so mit Abstand wichtigster regenerativer Stromproduzent in Bayern, der zudem noch grundlastfähig ist.

Importunabhängig, zuverlässig, flexibel und kundennah stellen die rund 220 großen und etwa 4.000 kleineren Wasserkraftanlagen an Bayerns Flüssen 2013 Strom in einer Größenordnung zur Verfügung, die rechnerisch für die Versorgung von knapp 3,2 Millionen Durchschnittshaushalten ausreichte und den Ausstoß von rund 7,2 Mio. Tonnen CO₂ (bei 695 g/kWh) vermied hat. Dies entspricht dem jährlichen CO₂-Ausstoß von über 3,3 Mio. Mittelklassewagen (mit 15.000 km/a und durchschnittlich 145 g CO₂/km).

Um das bestehende Wasserkraftpotenzial zu erhalten, werden die Wasserkraftwerke mit hohem finanziellen Aufwand instand gehalten. Laut einer repräsentativen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts Forsa im Jahr 2009 befürworteten 91 Prozent der Menschen in Bayern die Nutzung der Wasserkraft. Laut einer Journalisten-Umfrage zur Energiewende 2013 der Uni Düsseldorf würden sich rund 85 Prozent nicht gegen den Bau eines Wasserkraftwerks in ihrer Nähe stellen. Und der Deutsche Energiekompass 2013 der Industriegewerkschaft Bau, Chemie, Energie weist eine hohe Akzeptanz von 94 Prozent für die Vorteile der Wasserkraft aus. □

Mehr Licht in allen Situationen:

Die Nacht wird zum Tag

Licht-Vorreiter Mercedes-Benz gibt einen Ausblick in die Zukunft: Statt der 24 LED des Raster-Fernlichtmoduls im CLS-Scheinwerfer, sorgen schon bald 84 LED pro Scheinwerfer für eine noch bessere Lichtqualität und noch mehr Sicherheit bei Nacht. Mittelfristig werden sogar 1.024 Pixel pro LED die optimale Ausleuchtung der Fahrbahn bei jeder Geschwindigkeit und allen Verkehrsverhältnissen erlauben - und das, ohne andere Verkehrsteilnehmer zu blenden.

Dieser Vorsprung durch Licht hat Tradition: Erstmals bei einem Serienautomobil übernahmen bei der S-Klasse 2013 rund 500 LED sämtliche Beleuchtungsfunktionen. 2014 eröffneten die MULTIBEAM LED Scheinwerfer der neuen CLS-Klasse mit ihren Präzisions-LED-Rastermodulen abermals neue Dimensionen.

Kontinuierlicher Fortschritt

Wie wichtig das ist, zeigt die Statistik: Nachts steigt das Unfallrisiko drastisch: Dann werden fünfmal so viele Fußgänger auf Landstraßen getötet wie tagsüber, dabei finden nur 20 Prozent der Fahrleistungen bei Nacht und auf dieser Straßenkategorie statt – aber 40 Prozent aller tödlichen Unfälle (Quelle: BAST, Bundesanstalt für Straßenwesen).

Über 120 Jahre Scheinwerfer-technik bei Mercedes-Benz stehen daher für kontinuierlichen Fortschritt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie für die

Einführung von Innovationen zum Nutzen der Kunden und anderer Verkehrsteilnehmer.

„Bei allen Fahrsituationen die optimalen Sichtverhältnisse zu ermöglichen, dabei aber nicht zu blenden, ist seit jeher unser Credo bei der Entwicklung neuer Lichtsysteme“, so Uwe Kostanzer, Leiter Entwicklung Lichtsysteme Mercedes-Benz. „deswegen setzen wir Konsequenz auf die Weiterentwicklung der LED-Technologie.“

Sicherheitsplus

Das Sicherheitsplus der MULTIBEAM LED Technologie zeigt sich vor allem im realen Verkehrsgeschehen: Im Gegensatz zu rein statischen Fernlichtsystemen mit teilweise hohen Reichweiten, unterstützt MULTIBEAM LED den Fahrer auch dann, wenn sich andere Fahrzeuge im Ausleuchtungsbereich der Scheinwerfer befinden. Durch die völlig unabhängige Steuerung der einzelnen LED der Raster-Lichtquelle

le blendet der MULTIBEAM LED Scheinwerfer innerhalb von Sekundenbruchteilen andere Verkehrsteilnehmer gezielt aus seiner Lichtverteilung aus und ermöglicht eine dauerhafte Aktivierung des Fernlichts. Somit steht dem Fahrer immer die bestmögliche Lichtperformance zur Verfügung, ohne dass andere Verkehrsteilnehmer geblendet werden.

In naher Zukunft wird Mercedes-Benz seine LED-Scheinwerfer um ein HIGH RANGE LED-Fernlicht erweitern. Das Zusatzfernlicht sorgt dank moderner Hochleistungs-LED in Fahrsituationen ohne entgegenkommende oder vorausfahrende Verkehrsteilnehmer für Fernlichtreichweiten von über 600 m. Im Gegensatz zu aktuellen „Laser-Scheinwerfern“ gelingt dies mit LED-Technologie zu deutlich geringeren Kosten und mit vertretbarem Aufwand. Zugleich schöpft Mercedes-Benz damit die in Europa gesetzlich erlaubte Beleuchtungsstärke nahezu voll aus. Diese gilt unabhängig von der im Scheinwerfer eingesetzten Lichtquelle für alle Hersteller.

LED Technik heute, morgen, übermorgen

Mit der Pixelzahl in LED-Scheinwerfern verhält es sich wie mit der Zahl der Lichtpunkte in Digitalkameras: Je mehr, desto besser. Denn je höher die Zahl der einzelnen ansteuerbaren Pixel, umso feiner kann das Licht geregelt und damit besser auf unterschiedliche Verhältnisse angepasst werden. Eine hohe Auflösung ermöglicht es, zugleich Präzision und Brillanz zu steigern. Hier ein Überblick über die LED-Technologie heute, morgen und übermorgen:

2014 hat Mercedes-Benz die innovativen MULTIBEAM LED Scheinwerfer in der CLS-Klasse eingeführt. Sie sind mit 24 einzelnen Hochleistungs-LED bestückt. Jede einzelne dieser LED kann elektronisch und individuell angesteuert werden. Durch diese Rasterung des Scheinwerferlichts kann die Lichtverteilung des rechten und des linken Scheinwerfers unabhängig voneinander gesteuert und mit höchster Dynamik an das Verkehrsgeschehen angepasst werden. So lassen sich die einzelnen Bereiche der Fahrbahn sehr gezielt ausleuchten. Die Scheinwerfer-Steuerungstechnologie kombiniert die Raster-Lichtquelle mit der bewährten, mechanischen Technik des LED Intelligent Light Systems und die Hochleistungs-LED sorgen für 485 m Reichweite.

Neue Lichtfunktionen

Schon bald wird Mercedes-Benz MULTIBEAM LED-Scheinwerfer mit einer Raster-Lichtquelle mit 84 LED vorstellen, die eine noch höhere Auflösung des Lichtbilds ermöglichen. Andere Verkehrsteilnehmer können damit, bei besserer Fahrbahnausleuchtung für den Fahrer, noch präziser vor Blendung geschützt werden. Durch die völlig frei konfigurierbare Lichtverteilung können erstmals sämtliche Funktionen des Intelligent Light Systems im Abblend- und Fernlichtbetrieb rein digital und ohne mechanische Aktorik dargestellt werden. Dadurch wird eine Vielzahl neuer, adaptiver Lichtfunktionen möglich, die das Fahren bei Nacht für den Fahrer, aber auch für die Partner im Straßenverkehr erneut sicherer machen.

Diese Technologie wird rasant voranschreiten: Mittelfri-

stig erlauben 1.024 einzeln ansteuerbare Pixel pro LED-Chip eine weitere Steigerung der Sichtverhältnisse bei Nacht und damit einen weiteren Zugewinn an Sicherheit.

Forschungsprojekt

Im Forschungsprojekt „µAFS“ ist den Partnern Infineon, Osram, Fraunhofer Gesellschaft IZM, Hella und Daimler gerade ein Durchbruch gelungen: ein neuartiger LED-Chip mit extrem feiner Strukturierung. Monolithisch strukturierte Pixel-LED-Halbleiterschichten wurden dabei auf einem Siliziumsubstrat aufgebaut, das durch die Integration von Schaltungsteilen eine selektive Ansteuerung von mehr als 1.024 individuell adressierbaren Lichtpixeln pro LED-Chip gestattet. Die im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts entwickelte LED-Technologie wird 2015 in ein Mercedes-Benz Versuchsfahrzeug eingebaut und getestet.

LED und Teilfernlicht: Erfindungen schreiben Wissenschaftsgeschichte

Ein Stück Nobelpreis fährt in jedem Mercedes-Benz mit LED-Scheinwerfern mit: Die Physiker Shuji Nakamura (*1954), Isamu Akasaki (*1929) und Hiroshi Amano (*1960) erhalten nächsten Monat den weltweit wohl renommiertesten Wissenschaftspreis für ihre Entwicklung von blauen LED. Die Erfindung ermöglichte die Verkleinerung der Lichtquellen und damit auch die Verwendung von LED in Autoscheinwerfern. So können aktuell bis zu 100 LED mit millimeterkleinen Leuchtflächen hinter einer Linse montiert werden.

Der Ursprung einer Idee

Die Idee des Teilfernlichts ist indes noch älter: Als die Verkehrsdichte in den 1950er Jahren immer mehr zunahm, machte Computerpionier Konrad Zuse (1910-1995) einen Vorschlag, wie sich maximale Ausleuchtung der Straße mit minimaler Störung des Gegenverkehrs kombinieren ließen. Zuse setzte auf mehrere Scheinwerfer, die jeweils einen Teil der Straße beleuchteten und die durch Photozellen ausgeschaltet werden konnten, falls diese in ihrem Bereich andere Autos erkannten. 1958 ließ er diese „Fotoelektrisch durch Gegenlicht steuerbare Beleuchtungseinrichtung“ vom Deutschen Patentamt unter der Nummer 1190413 registrieren. In Serie ging dieses Teilfernlicht jedoch erst in diesem Jahr mit der Weltpremiere der MULTIBEAM LED Scheinwerfer im Mercedes-Benz CLS. □



Der MULTIBEAM LED-Scheinwerfer von Mercedes-Benz. □

LED-Koffer steht zum Test bereit

Mit der voranschreitenden Entwicklung der LED-Technologie steht eine höchst energieeffiziente Beleuchtungstechnologie zur Verfügung, bei der es sich lohnt, sie auszuprobieren. Daher hat die Klima- und Energieagentur Bamberg mit Unterstützung des Media Marktes Bamberg-Hallstadt einen Testkoffer mit verschiedenen LED-Lampen vorbereitet, den sich die Bürgerinnen und Bürger zum Ausprobieren und Testen in die heimischen Haushalte holen können.

Alle Städte, Märkte und Gemeinden des Landkreises Bamberg erhalten je einen LED-Testkoffer, die Stadt Bamberg erhält insgesamt drei Koffer, die den Gemeindebürgern zur Ausleihe zur Verfügung stehen.

Die Übergabe der Koffer findet am 4. Dezember 2014 um 13.30 Uhr im Großen Sitzungssaal des Landratsamts Bamberg statt. Landrat Johann Kalb und der Geschäftsführer der Klima- und Energieagentur, Ralf Haupt, werden die LED-Koffer an die Stadt und die Gemeinden des Landkreises Bamberg übergeben. □

Roadshow:

Energieeffiziente Straßenbeleuchtung in Würzburg

Vor kurzem veranstaltete die dena in Zusammenarbeit mit Bayern Innovativ und dem Bayerischem Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie die fünfte regionale Veranstaltung der Roadshow Energieeffiziente Straßenbeleuchtung in Bayern.

Die dena führte diese Informationskampagne mit Partnern aus Unternehmen und Institutionen und in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden durch. Die Roadshow ist Bestandteil der Initiative Energieeffizienz der dena, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert wird.

Wesentliche Aspekte

Referenten von Fachinstitutionen, aus Modellkommunen sowie von Herstellern, Beratungsunternehmen und Energieversorgern, gaben einen strukturierten Überblick über die Thematik sowie aktuelle Informationen über wesentliche Aspekte der energieeffizienten Straßenbeleuchtung:

- Übersicht über aktuelle Beleuchtungstechnologien
- Wirtschaftliche und juristische

Aspekte (Finanzierung, Förderung, Vergabe)

- Modernisierung der Straßenbeleuchtung in der Praxis.

Einsparpotenziale

Anlass für die Roadshow sind erhebliche Einsparpotenziale bei den Strom- und Unterhaltungskosten durch die Modernisierung der kommunalen Straßenbeleuchtung. Über 50 Prozent der Kommunen in Deutschland schätzen den technischen Zustand der Straßenbeleuchtung als modernisierungsbedürftig ein. Der Bestand an ineffizienten Quecksilberdampf Lampen, die ab April 2015 in Europa nicht mehr in Verkehr gebracht werden dürfen, ist in manchen Kommunen noch über 60 Prozent. Viele Kommunen wissen aber nicht, wie sie die notwendige Modernisierung finanzieren und umsetzen können. □

WiRE Umwelttechnik:

LEDs in historischen Laternen erhalten das Stadtbild

Gemeinden, die ihre vorhandenen Altstadtleuchten erhalten wollen, brauchen nicht auf die Vorteile moderner LED-Technologie verzichten. Komplette Umrüstmodule von WiRE Umwelttechnik ermöglichen jetzt problemlos und kostengünstig die Umrüstung historischer Laternen auf LED. Das gewohnte Stadtbild bleibt für Anwohner und Besucher damit erhalten.

Da lediglich der Tausch des Leuchtmittels notwendig ist, bleiben bereits getätigte Investitionen in vorhandene Lampen größtenteils erhalten. Lediglich die Kosten für die Umrüstung fallen an. Dabei bieten die „Universalmodule“ als LED-Umrüstsätze umfangreiche kundenspezifische Möglichkeiten, sowohl von modernen, als auch von historischen Leuchten. Das „Universalmodul 170“ beispielsweise wurde in erster Linie für Laternen-, Schirm- und Glockenleuchten konzipiert.

Leicht austauschbar

Als komplett vorgefertigte Baugruppe kann es über eigene Anschlussklemmen mit der Leuchte bzw. dem Netzanschluss verbunden und leicht ausgetauscht werden. Es beruht auf einem flexiblen Baukastenprinzip mit verschiedenen optischen Systemen und Lichtfarben, anpassbar an bestehende Beleuchtungsanlagen und deren Befestigungsmöglichkeiten, was eine direkte Montage der Leuchtenanschlussleitung möglich macht. Durch den Schutzgrad IP65 ist es staubdicht und vor Strahlwasser geschützt.

Hoher Energiespareffekt

Eine integrierte Dimmfunktion zur 50-prozentigen Reduzierung des Lichtstroms sorgt durch Halbnachtabsenkung für einen hohen Energiespareffekt. Dazu kommt eine sehr lange Lebensdauer der wartungsarmen LED-Leuchtmittel, die sich positiv auf die Betriebskosten auswirkt. Der Einsatz warmweißer Lichtfarbe ermöglicht außerdem eine dem Ursprung entsprechende Beleuchtungssituation.

Breitstrahlende Optik

So wie die Stadt Soest 300 Altstadtleuchten etappenweise mit dem patentierten „Universalmodul 170“ auf moderne LED-Technik umrüstete, können viele andere Gemeinden jetzt auf ähnliche Weise umweltschonend und kostensparend aktiv werden. Die bestehende Installation mit 80W-Natriumdampf Lampen ersetzt man in Soest durch unser 21W-LED-Leuchtsystem. Durch die eingesetzte Straßenoptik wird eine breitstrahlende Charakteristik in den Gehwegs- und Fußgängerbereichen erreicht. □

LEDs schaffen Sicherheit

Da die Beleuchtungsanforderungen an Fußgängerüberwege meist sehr stiefmütterlich behandelt werden, bietet WiRE Umwelttechnik auch hier mit speziell für diese Anforderungen entwickelten Leuchten, Lösungsmöglichkeiten. So, wie für alle anderen Situationen einer sicheren Straßenführung auch. Inklusive Finanzierung, Nutzungsverträgen als rundum „sorglos Pakete“ und umfangreichen Garantie- und Gewährleistungs-Konzepten. **Infos unter: kontakt@wire-umwelttechnik.de**
Tel +49(0)89 / 61304-298 Fax +49(0)89 / 61304-353 □



DIE Lösung für die Umrüstung „historischer Leuchten“ auf LED

Mit unserem zertifizierten und patentierten Umrüstsatz aus deutscher Fertigung können wir nahezu alle Lampen preiswert umrüsten. Systemleistung 18 Watt – 60 Watt Individuelle Lichtfarben- und Verteilung

Finanzierung ohne Belastung Ihres kommunalen Haushalts Reduzierung der CO2-Emissionen und Energiekosten
Selbstverständlich unterstützen wir auch bei der Sanierung von Straßenleuchten und Fußgängerüberwegen.



WiRE Umwelttechnik GmbH Tel.: +49 89 613 04 298
Kolpingring 18a Fax: +49 89 613 04 353
D-82041 Oberhaching www.wire-umwelttechnik.de

Präqualifiziertes Unternehmen: Zertifikats-Nummer: 09 009 419743

VBS-Jahrestagung 2014:

Beitritt zur Bayerischen Klima-Allianz

Mit 320 Teilnehmern sehr gut besucht war die Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) in Bad Griesbach. Im Zentrum der Versammlung stand die Frage, wie sich weitere Potentiale für eine stoffliche Verwertung heben lassen. Während der Tagung trat der VBS als 29. Partner der Bayerischen Klima-Allianz bei.

Wie Umweltministerin Ulrike Scharf in ihrer Festrede hervorhob, „arbeitet die mittelständisch geprägte bayerische Abfallwirtschaft kompetent, preiswert und umweltfreundlich“. Bayern belege mit einer Verwertungsquote von über 70 Prozent einen Spitzenplatz und sei auf dem Weg in eine Recyclinggesellschaft. Damit leiste die bayerische Abfallwirtschaft einen wich-

tigen Beitrag zum Schutz der Umwelt.

Engagement für den Klimaschutz

Durch den Beitritt zur Bayerischen Klima-Allianz unterstreiche der VBS außerdem sein Engagement für den Klimaschutz. Allein die thermische Behandlung und

die hocheffektive Verwertung von Abfällen vermieden in Bayern jährlich etwa 13 Millionen Tonnen CO₂. Die Wiederverwendung von Aluminium spare zudem bis zu 95 Prozent an Energie und damit klimaschädlichem CO₂ ein, recyceltes Altglas 35 Prozent.

In einer Gemeinsamen Erklärung der Bayerischen Staatsregierung und des VBS wird vereinbart, unter anderem folgende Zielsetzungen und damit verbundene Maßnahmen im Rahmen der Bayerischen Klima-Allianz voranzubringen:

- Beratung und Schulung bayerischer Entsorgungsunternehmer zu den Themen Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Energieeffizienz, effiziente Tourenplanung und Klimaschutz
- Etablierung anerkannter betrieblicher Umweltmanagementsysteme zur kontinuierlichen Verbesserung der Umwelt- und Klimaschutzleistung

- Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern sowie dem Auftragsberatungszentrum Bayern hat der VBS „Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche“ mit klimarelevanten Anforderungen entwickelt. Darin wird u. a. gefordert: „Der Auftragnehmer muss Fahrzeuge nach dem aktuellen Stand der Technik einsetzen (mindestens Euro-IV Norm)“. Ferner wird empfohlen, in der Wertungsmatrix zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes den „CO₂-Ausstoß für den Transport zur Abladestelle (zum Beispiel Bewertung von Entfernungskm und Fahrzeugkennwerten)“ mit zu bewerten. Der VBS wird sich bei einer Neufassung der Orientierungshilfen dafür einsetzen, in Ausschreibungen Fahrzeuge nach dem neuesten Stand der Technik zu verlangen.

- Die Allianzpartner begrüßen die Vorgabe im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz, dass Bioabfälle ab 2015 grundsätzlich getrennt erfasst und verwertet werden müssen. Eine getrennte Erfassung von Bioabfällen ermöglicht die Herstellung qualitativ hochwertiger Komposte und zusätzlich die energetische Nutzung von Biogas und Biomasse. Dies ist ein Beitrag zum Res-

energiebauweise) ausgeführt. Bis in den Januar hinein kann die Siedlung komplett aus dem Speicher versorgt werden. Dann übernimmt die Fernwärme der Stadtwerke die Versorgung, die auch eine „Reservefunktion“ gewährleistet. Über das Jahr gesehen werden 50 Prozent des Heizwärmebedarfs der Siedlung durch die Sonne geliefert.

Beispiel Freiburg

Babette Köhler vom Stadtplanungsbüro der Stadt Freiburg referierte über Leitlinien und Einzelprojekte im Klimaschutz bei der Freiburger Stadtentwicklung und präsentierte dabei zahlreiche Maßnahmen und Projekte. Insgesamt wurde deutlich, dass Freiburg bereits seit Jahrzehnten Klimaschutz und Nachhaltigkeit intensiv mitdenkt. Von Seiten der Stadt wurde im Stadtteil Vauban früher im Niedrigenergiehausstandard (NEH) geplant - die Bauherren und -gruppen belieben es aber nicht dabei und bauten sogar im Passivhaus-Standard.

Über die Themen Wärmepläne und Innenentwicklung informierte der Fürstfeldbrucker Bauamtsleiter Martin Kornacher. Auch er bestätigte, dass immer mehr privaten Bauherren der Klimaschutz wichtig ist. Dennoch bleibe im Gebäudebereich

sourcenschutz, bekämpft den Klimawandel und dient dem Ausbau Erneuerbarer Energien.

- Die Allianzpartner setzen sich für eine Weiterentwicklung der Abfall- und Wertstoffgesetzgebung ein, welche in der Verpackungsverordnung enthaltene Schwachstellen reduziert und sowohl den Interessen der Kommunen, des Klima- und Ressourcenschutzes als auch der Privatwirtschaft Rechnung trägt.

- Die Allianzpartner werben für den verstärkten Einsatz von Sekundärrohstoffen anstelle von Primärrohstoffen. So spart die Wiederverwendung von Aluminium beispielsweise bis zu 95 Prozent an Energie und damit klimaschädlichem CO₂, recyceltes Altglas 35 Prozent.

- Im Sinne der Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz setzen sich die Partner für die Einführung ambitionierterer Standards bei der Kunststoffverwertung/-verwertung ein, wie z. B. für eine optimierte Getrennsammlung, optimierte Lagerung (um Wasseranteil zu verringern) sowie gesicherte, hochwertige werkstoffliche Verwertung.

Podiumsdiskussion

„Rohstoffwende Bayern – mehr als nur ein Slogan?!“ lautete das Thema einer Podiumsdiskussion mit Dr. Martin Huber MdL, Erich Doblinger (IHK Niederbayern), Prof. Dr. Wolfgang Rommel (Geschäftsführer bifa Umweltinstitut) und Otto Heinz (VBS-Präsident). Heinz zufolge gibt es noch diverse Möglichkeiten, um die Verwertungsquoten zu steigern: „Eine flächendeckende Einführung der Biotonne wäre ein wichtiger Beitrag zum Ressourcenschutz, sie bekämpft den Klimawandel und dient dem Ausbau erneuerbarer Energien. So liefert eine gut gefüllte Biotonne ca. 36 Kilowattstunden Energie.“

Zudem setzt sich der VBS laut Heinz dafür ein, dass künftig ein Wertstoffgesetz die gemeinsame Erfassung von stoffgleichen Nichtverpackungen und Verkaufsverpackungen regelt. Mehrere Studien belegten, dass mit der Einführung einer Wertstofftonne zusätzlich rund 7 Kilogramm Wertstoffe pro Einwohner und Jahr erfasst und dem Materialkreislauf wieder zugeführt werden können. Angesichts der in der anstehenden Novelle des Elektrogesetzes geforderten Erfassungsquoten seien Verbesserungen bei den Erfassungssystemen zu prüfen. **DK**

gerade die vielfältige Eigentümerstruktur häufig ein Problem für anspruchsvolle Lösungen.

Messestadt Riem

Zum Abschluss des Fachforums führten Natalie Neuhausen, Architektin für die Landeshauptstadt München, und Walter Wesinger vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung in zwei Gruppen durch die Messestadt Riem. Wesinger, der die Geschichte des Energiekonzepts der Messestadt vorstellte, verwies darauf, dass hier ein Inselwärmenetz durch tiefe Geothermie betrieben wird. Seit 2004 werde die Messestadt Riem aus einer Tiefe von über 3.000 Metern mit Energie aus hydrothermale Tiefenwasser versorgt.

Wagnis 3 und Solar2

Gruppe 2 besichtigte die beiden Wohnanlagen Wagnis 3 und Solar2. Mit letzterer wurde ein Ensemble mit 34 Wohneinheiten im Passivhausstandard geschaffen, deren Energiequelle die Sonne und eine Pelletanlage ist. Wagnis 3 wiederum setzt sich aus Wohnregeln im Niedrigenergiestandard zusammen, die sich selber mit 3 Grundwasser-Wärmepumpen versorgen. **DK**

Hygienische Bioabfallentsorgung

Unterflur-Sammelbehältersystem EUROPABio von H&G

Die H&G Entsorgungssysteme GmbH, führender Anbieter von Systemen und Komponenten der modernen Wertstoff- und Abfallentsorgung, löst mit ihrem neu entwickelten Unterflur-Sammelbehältersystem EUROPABio zwei der zentralen Anforderungen bei der Sammlung und Entsorgung von Nass- und Biomüll: größtmögliche Sauberkeit und Hygiene sowie geringstmögliche Geruchsbelastigung.

Da sich bei der Sammlung von organischem Abfall meist Flüssigkeiten bilden, die die Anlage unreinigen können, hat H&G mit EUROPABio einen unten geschlossenen Sammelbehälter entwickelt, der sämtliche Flüssigkeiten sicher auffängt. Zudem sorgt die spezielle Konstruktion des innovativen Systems für gute Luftzirkulation gegen mögliche Geruchsbelastigung. H&G präsentiert das neue Unterflur-Sammelbehältersystem vom 2. bis 5. Dezember auf der Pollutec 2014 in Lyon/Frankreich.

Die Menge der verwerteten Bioabfälle in Deutschland steigt seit Jahren kontinuierlich an, so hat das Statistische Bundesamt für 2012 ca. 13 Millionen Tonnen Biomüll errechnet, davon fast 5 Mio. Tonnen biogener Haushaltsmüll. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) müssen Bioabfälle spätestens ab dem 1. Januar 2015 – sofern sie nicht auf

kömmliche Sammelbehälter sind durch ihren Bodenklappenmechanismus für die Entleerung zwangsläufig nicht komplett dicht. Dadurch wird nicht nur der Sammelbehälter selbst, sondern auch der Fundamentbehälter durch austretende Flüssigkeiten schnell verunreinigt. Neben der Geruchsbelastigung kann es zu Befall mit Ungeziefer kommen – eine unhygienische Situation. Speziell für eine saubere und hygienische Entsorgung von Bioabfall hat H&G deshalb das Unterflur-Sammelbehältersystem EUROPABio entwickelt. Es zeichnet sich durch einen an der Unterseite komplett geschlossenen Sammelbehälter aus, der entstehende Flüssigkeiten zuverlässig auffängt. Zudem werden Flüssigkeiten von den festen Stoffen getrennt und können beim Entleerungsvorgang separat, kontrolliert und sauber über einen Hahn abgeführt werden. Das reduziert Gärungsprozesse und damit Gerüche was eine größtmögliche Sauberkeit und Hygiene bei geringster Geruchs- und Lärmbelastigung gewährleistet. Die spezielle Konstruktion des neuen Systems sorgt zudem für gute Luftzirkulation gegen Fäulnis und Geruchsbelastigung.

Erprobte Entsorgungslogistik

Um eine Belastigung der Anwohner beim Entleerungsvorgang möglichst zu vermeiden, hat H&G Entsorgungssysteme sein Unterflur-Sammelbehältersystem EUROPABio so konzipiert, dass Entsorger dieser Aufgabe leicht nachkommen können. Der von H&G entwickelte neuartige feuerverzinkte Stahl-Sammelbehälter mit integriertem Schnellwechselsystem ist mit allen gängigen Aufnahmesystemen, wie beispielsweise 2- und 3-Hakentechnik oder dem Kinshofer Pilzsystem kompatibel und kann in bestehende Fundamentbehälter integriert werden. Die Entleerung erfolgt so sicher und ohne zusätzlichen Zeit- und Kostenaufwand.

Um die Biosammelbehälter in bestimmten Abständen reinigen oder warten zu können, ist auch ein schneller und einfacher Austausch der Behälter aus dem Aufnahmesystem möglich. Dies kann per Schnellwechselsystem von einer Person mühelos erledigt werden. Das gesamte System bleibt so immer möglichst sauber und geruchsfrei. Die EUROPABio Sammelbehälter fassen je nach Modell zwischen drei und fünf Kubikmeter Biomüll. Das ersetzt bis zu 20 Standardtonnen à 240 Liter. Durch weniger Entsorgungsfahrten können so Kosten und CO₂-Emissionen eingespart werden. Große Einwurfschächte gewährleisten die gleichmäßige Befüllung. Fallbremsen sorgen dafür, dass Anwohner durch Einwurfgeräusche nicht gestört werden. Zusätzlich können die Sammelbehälter auf Wunsch auch durch eine lärm-dämmende Isolierschicht ausgekleidet werden.

Nicht nur in seiner Funktionalität überzeugt EUROPABio: durch ihren barrierefreien Zugang, extra große geräuschgedämpfte Einwurfschächte und eine optimale Einwurfschicht ist die Bedienung gerade auch für ältere Menschen, Rollstuhlfahrer oder Kinder problemlos möglich. Auch das Design der Einfüllschächte von H&G mit seinen elegant abgerundeten Formen ist stimmig. **□**



Unterflur-Sammelbehältersystem EUROPABio. **□**

dem eigenen Grundstück kompostiert werden – getrennt gesammelt und von Entsorgern abgeholt werden. Doch die Getrennsammlung von Biomüll ist wegen der aufwändigeren Einsammellogistik kostenintensiver. Längere Entleerungsintervalle tragen hier zur Wirtschaftlichkeit bei.

Allerdings stellt eine längerfristige Verwahrung von Bioabfall ein besonderes Problem dar. Zum einen sind höhere Aufnahmekapazitäten von Sammelbehältern erforderlich. Weil organische Stoffe bei unzureichender Belüftung Gärungs- und Fäulnisprozessen unterliegen, die neben Flüssigkeiten auch unangenehme Geruchsemissionen verursachen, erfordert dies zudem auch eine geeignete Belüftung. Gefragt sind also Sammelbehälter, die eine möglichst saubere und hygienische Sammlung ermöglichen und das Problem der Geruchsbelastigung reduzieren.

Unterflur-Sammelbehältersysteme werden heute als zukunftsorientierte und ästhetische Option der Wertstoffsammlung immer weiter verbreitet, denn so verschwinden störende Müllbehälter oder Wertstoff-Sammelstellen unter der Erde. Bereits seit 1993 entwickelt die H&G Entsorgungssysteme GmbH als europaweiter Vorreiter Unterflur-Sammelbehältersysteme, die für ihr zukunftsweisendes Abfallentsorgungskonzept ausgezeichnet und preisgekrönt wurden. Mit ihrem großen Auffangvolumen von 3 bis 5 m³ müssen sie auch seltener geleert werden und sparen so Kosten und CO₂-Emissionen durch weniger Entsorgungsfahrten.

Die unterirdische Sammlung, Lagerung und Entsorgung von biogenen Abfällen ist jedoch aus oben genannten Gründen eine Herausforderung. Denn her-

Fachseminar in München:

Klimaschutz in der Stadtplanung

Der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung kommt eine wichtige Rolle bei der Begrenzung des künftigen Energie- und Wärmebedarfs sowie beim Ausbau klimafreundlicher erneuerbarer Energien zu. Vor dem Hintergrund der neueren Entwicklungen des Bauplanungs- und des Energiefachrechts zeigte das Münchner Fachseminar „Klimaschutz in der Stadtplanung“, veranstaltet vom Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), anhand von Praxisbeispielen die vielfältigen Handlungsansätze für eine umfassende und integrierte Klimaschutzplanung in Städten und Gemeinden auf.

Nach den Worten von Dr. Klaus-Martin Groth von der Anwaltssozietät Gaßner, Groth, Siederer & Coll. stehen den Kommunen zur Umsetzung eines „klimagerechten“ Bauens verschiedene Instrumente zur Verfügung. Zu unterscheiden sei zwischen ordnenden Maßnahmen (Bauleitplanung, Satzung, Kontrolle) und konsensualem Vorgehen (städtebaulicher Vertrag, zivilrechtlicher Vertrag).

Problematische Paradigmenwechsel

Als problematisch wertete Groth die teilweise sehr schnellen Paradigmenwechsel im Energiefachrecht, die nicht vereinbar seien mit den notwendigerweise langfristigen Planungen in den Kommunen. Insgesamt aber eröffne das allgemeine und besondere Städtebaurecht sowie ihre Satzungsautonomie den Kommunen ein breites Spektrum an Möglichkeiten, um eine effektive Klimaschutzpolitik zu betreiben.

UBA-Praxishilfe

Stefan Frerichs vom Büro für Kommunal- und Regionalplanung in Aachen stellte seinerseits die UBA-Praxishilfe „Klimaschutz in der räumlichen Planung“ vor. Präsentiert wurden die fachlich-methodischen sowie rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten für den Klimaschutz in Raumordnungs- und Bauleitplänen: energieeffiziente und Verkehrsaufwand vermindern Raum- und Siedlungsstrukturen, Standort- und Trassenvorsorge für eine klimaverträgliche Versorgung mit erneuerbaren Energien, der Schutz und die Entwicklung von Kohlenstoffsenken sowie die strategische Umweltprüfung zur Entscheidungsfindung im Rahmen der planerischen Abwägung.

Positive Utopien entwickeln

Frerichs zufolge lassen sich aus der Praxishilfe auch Formulierungen ziehen, die für eigene Begründungszusammenhänge sinnvoll genutzt werden können. Nicht zuletzt sei es wichtig, nicht nur die Notwendigkeiten herauszustellen, sondern auch positive Utopien zu entwickeln, welche Menschen begeistern.

Philipp Königer vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie Martin Welter vom Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München berichteten von integrierten Energiekonzepten für Neubaugebiete am Beispiel Münchens. So wurde unter anderem das Projekt am Ackermannbogen beschrieben. Der Ausbau der Fernwärme durch die Stadtwerke und das Ziel einer vollen Deckung durch erneuerbare Energien bis 2040 ist in München ein wichtiges Thema.

Solare Nahwärme Ackermannbogen

Mit dem bisher in Europa einzigartigen Projekt „Solare Nahwärme Ackermannbogen“ wird in München eine Reihe von bundesweit bereits erfolgreich realisierten innovativen Anlagen fortgesetzt und weiterentwickelt. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Architektur und Freiraumgestaltung mit den besonderen Anforderungen des Modellprojekts „Solare Nahwärme“ zu verbinden. Dafür wurden große Geschosswohnungsbauten im Wechsel mit kleineren Stadthäusern errichtet.

Die solare Nahwärmeversorgung liefert das ganze Jahr über das Warmwasser und im Winter zusätzlich die Heizwärme für die Wohnungen. Um die Sonnenkraft auch zur Beheizung der Gebäude zu nutzen, muss die starke Einstrahlung im Sommer in die Winterzeit „transportiert“ werden. Am „Ackermannbogen“ geschieht dies mittels eines großen Wasserspeichers.

Hoher Wärmedämmstandard

Mit großflächigen Solarkollektoren, die die Dächer der Wohngebäude bedecken, wird im Sommer durch die Sonneneinstrahlung Wärme erzeugt. Diese wird über ein Leitungsnetz (Solar-Sammelnetz) in den großen Saisonspeicher gespeist, dessen Wasserinhalt sich bis zum Herbst auf zirka 90 Grad aufheizt. Im Winter wird dann umgekehrt die Wärme aus dem Speicher entnommen und über ein weiteres Leitungsnetz (Nahwärmenetz) in die Wohngebäude transportiert. Die Gebäude sind in einem hohen Wärmedämmstandard (Niedrig-

bvse-Jahrestagung 2014:

Fairer Wettbewerb in der Entsorgungswirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft im Licht von EU- und Wettbewerbspolitik stand im Zentrum der bvse-Jahrestagung 2014. Bei der öffentlichen Tagung unter Leitung des wiedergewählten bvse-Präsidenten Bernhard Reiling fanden sich gut 250 Vertreter der Recyclingbranche, angrenzender Wirtschaftsbereiche und der Politik zu Information, Austausch und Kontaktpflege in Aachen ein.

Europa prägt immer mehr die Politik und auch die Recycling- und Entsorgungsbranche. Die EU-Kommission hat ein Kreislaufwirtschafts-Paket beschlossen, mit dem die Europäer bis 2030 70 % der Siedlungsabfälle recyceln sollen. Dr. Karl Falkenberg, Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, berichtete, was durch die Ziele und Vorgaben

aus Brüssel auf die Branche zukommt.

„Das zukünftige Wachstum wird sich in Zukunft vor allem in den Entwicklungsländern vollziehen, also dort, wo bisher weniger konsumiert wurde als in den Industrienationen. Zwangsläufig wird das eine überproportionale Nachfrage nach Konsumgütern und damit auch nach Rohstoffen nach

sich ziehen“, lautete Falkenbergs Begründung dafür, weshalb die EU weg will vom Abbau von Primärrohstoffen und sich orientieren möchte in Richtung konsequente Gewinnung von Sekundärrohstoffen aus Abfällen.

Nach Falkenbergs Ansicht kann diese Strategie einen wichtigen Beitrag zur industriellen Wettbewerbsfähigkeit und damit zu mehr Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union leisten. Er bezog sich dabei vor allem auf das im Juli verabschiedete EU-Kreislaufwirtschaftspaket. In Zukunft müsse es darum gehen, die Deponierung zurückzudrängen, um so das Recycling zu fördern. So lange Abfälle unbehandelt deponiert würden, so lange könne sich auch das Recycling nicht wie gewünscht entwickeln, weil keine Investitionen in Abfallbehandlungs- und Recyclinganlagen getätigt würden.

Skepsis beim bvse

In diesem Punkt stießen seine Äußerungen jedoch beim bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. auf Skepsis. bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock erklärte, dass der Übergangszeitraum viel zu lang sei und zu viele Ausnahmen vorgesehen seien. Falkenberg räumte zwar ein, dass der Kommissionsvorschlag zurückhaltend formuliert worden sei. Er verwies jedoch darauf, dass innerhalb der Europäischen Union gegenwärtig noch mehr als die Hälfte der Ab-

fälle deponiert würden und deshalb auch die politische Durchsetzbarkeit nicht aus dem Auge verloren werden dürfe.

In diesem Zusammenhang stellte Falkenberg aber auch klar: „Europäische Mittel für Deponieanlagen gibt es für niemanden mehr. Denn wir wollen alle weg von der Deponierung. Da macht es keinen Sinn mehr, europäisches Geld zu beerdigen.“ Gleichzeitig zieht Brüssel auch für die Förderung neuer Müllverbrennungsanlagen Grenzen: „Wir kriegen jetzt auch Anträge über zusätzliche Verbrennungskapazitäten, und auch hier haben wir uns in Brüssel darauf geeinigt, dass wir solche Zuschüsse nur noch dann in Betracht ziehen, wenn uns das jeweilige Land einen umfassenden Abfallmanagementplan vorlegt hat, der genau umschreibt, welche Mengen von Abfall in der überschaubaren Zukunft denn anfallen sollen.“

Klarer Rahmen

Die ambitionierten Recyclingziele und damit auch die Recyclingquote von 70 Prozent bis zum Jahre 2030 böten den Unternehmen einen klaren Rahmen, der wirtschaftliches Engagement im Recyclingbereich interessant mache. Dazu gehöre neben einem künftigen Deponieverbot auch die getrennte Sammlung von Abfällen bei den privaten Haushalten, damit die Recyclingunternehmen auch einen gesicherten Zugriff auf die werthaltigen Abfälle erhalten.

Falkenberg erhofft sich von diesem Richtungswechsel nicht nur eine Stärkung des europäischen Wirtschaftsstandortes, sondern auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Er erläuterte, dass die EU-Kommission davon ausgehe, dass europaweit allein 400.000 Arbeitsplätze entstehen könnten, wenn nur

die derzeit geltenden Umwelt- und Abfallregelungen umgesetzt würden. Die neuen Vorschläge, die im EU-Kreislaufwirtschaftspaket zusammengefasst seien, könnten bis 2030 sogar zusätzlich 200.000 Arbeitsplätze schaffen.

Derzeit sieht sich die Entsorgungsbranche mehr denn je mit Rekommunalisierungs- und Konzentrationstendenzen konfrontiert. Das wirkt sich insbesondere auf die mittelständischen Unternehmen negativ aus. Wie das Bundeskartellamt die Wettbewerbssituation in der Abfallwirtschaft einschätzt, erläuterte Andreas Mundt, Präsident der obersten deutschen Wettbewerbsbehörde.

„Wettbewerb ist auch in der Entsorgungswirtschaft der beste Motor für effiziente Lösungen und Innovationen“, erklärte Mundt. In seinem Plädoyer für mehr Wettbewerb in der Entsorgungswirtschaft betonte der Kartellamtspräsident, dass es ohne diesen Wettbewerb beispielsweise nicht zu einer fast flächendeckenden Einführung der Altpapiertonne bei privaten Haushalten gekommen wäre.

Fragile Wirkung

Bei den gewerblichen Sammlungen hat das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz nach den Worten von Andreas Mundt den Wettbewerb nicht gefördert, sondern eine „fragile Wirkung“ auf die Branche gehabt. Er beklagte eine Vielzahl an „fragwürdigen Untersagungen“ gewerblicher Sammlungen, die zu einer „hohen Rechtsunsicherheit“ geführt hätten. Ein wesentliches Problem sieht der Präsident darin, dass kommunale Behörden, die für den Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zuständig seien, gleichzeitig auch wirtschaftliche Interessen in diesem Bereich verfolgten.

Wie Mundt erläuterte, „ist bei

den gewerblichen Sammlungen mitunter zu beobachten, dass eine Rekommunalisierung zu Lasten haushaltsfreundlicher Leistungen privater Unternehmen geht“. Dies belegten Beispiele, bei denen Kommunen versucht haben, private Wettbewerber durch hohe bürokratische Hürden aus dem Markt zu drängen.

Gegen Kommunalisierung der Verpackungsentsorgung

Mit Blick auf die Probleme der Verpackungsentsorgung in Deutschland beklagte Mundt, dass die Finanzierungsprobleme auf Seiten der Dualen Systeme instrumentalisiert würden, um mehr Kommunalisierung durchzusetzen. Der Kartellamtspräsident hält dies nicht für den richtigen Weg. Eine Kommunalisierung der bislang von den Dualen Systemen organisierten Verpackungsentsorgung hätte gleichzeitig eine Monopolisierung zur Folge und würde die Erfolge der Marktöffnung gefährden. Vorzugswürdig sei es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, wie dies zum Beispiel mit der jüngsten Novelle der Verpackungsverordnung geschehen sei.

Im Entsorgungsbereich habe der Wettbewerb durch private Unternehmen nach der Einschätzung des Bundeskartellamtes bisher segensreich gewirkt. Bei der Verpackungsentsorgung habe die Marktöffnung zu erheblichen Kosteneinsparungen geführt.

bvse-Hauptgeschäftsführer Rehbock meinte hierzu abschließend: „Uns ist ganz wichtig, dass im Wertstoffgesetz, richtige Spielregeln, richtige Rahmenbedingungen verankert werden. Wir wollen außerdem, dass der Mittelstand faire Wettbewerbsbedingungen hat, und dass wir Teil der Wertschöpfungskette sind.“ **DK**



Wechsel in der Geschäftsführung der Lech-Stahlwerke

Am 1. Dezember hat Dipl. Ing. Knut Rummeler die technische Geschäftsführung der Lech-Stahlwerke übernommen. Rummeler beschäftigt sich seit vielen Jahren in leitender Position mit der Optimierung der Elektroofentechnologie und kennt die Max Aicher Unternehmensgruppe sehr gut.

„LSW war mit Herrn Dr. Heußen, den ich als Mensch und Manager sehr schätze, in sehr guten Händen“, so Knut Rummeler. Er sehe die größte Herausforderung deshalb darin, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzuführen. Die Optimierung von Investitionen, eine weitere Steigerung der Produktqualitäten und die Erhöhung der Kapazität sind für ihn dabei vordringlich. „Wenn die Lech-Stahlwerke auch in Zukunft im Wettbewerb bestehen wollen, müssen wir diese drei Themen konstruktiv angehen“, gibt der neue Geschäftsführer zu bedenken. Dazu brauche es neben der unternehmerischen Entscheidung aber auch einen breiten gesellschaftlichen Konsens mit der Öffentlichkeit und deren Vertretern. Um diesen Konsens wolle er sich bemühen.

Unser Bild zeigt von links: Knut Rummeler, Max Aicher, Dr. Michael Heußen und Simon Zeilberger.

Abfallwirtschaft München:

Konsequenzen aus dem Hehlerei-Skandal

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) stellte dem Stadtrat seine Konsequenzen und Maßnahmen aus dem Hehlerei-Skandal vor. Wegen des Verdachts auf bandenmäßige Hehlerei war im April dieses Jahres fast jeder fünfte Mitarbeiter von Münchner Wertstoffhöfen von der Arbeit freigestellt. Vier der zwölf Standorte blieben deswegen geschlossen. Bei der Razzia im März hatten 180 Beamte neun der zwölf Wertstoffhöfe sowie Privatwohnungen von AWM-Mitarbeitern und rumänischen Hehlern durchsucht. Rund 55.000 Euro Bargeld wurden sichergestellt. Acht Männer wurden verhaftet.

Um zukünftig der Korruption und kriminellen Handlungen auf den Wertstoffhöfen besser vorzubeugen, veranlasste der AWM folgende Änderungen: Namensschilder für alle Wertstoffhofmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, verstärkte Arbeitsplatzrotation, elektronische Schließanlagen auf allen Wertstoffhöfen, Verstärkung der Führungsebene, Optimierung der Lager- und Transportlogistik sowie verdeckte Testanlieferungen.

Videoaufzeichnung

Der Beschluss wurde einstimmig angenommen, verlagt wurde der Punkt Videoaufzeichnung auf den Wertstoffhöfen. Verdeutlicht wurde, dass es sich hierbei nicht um eine generelle Überwachung handle, sondern um eine Aufzeichnung der Vorgänge auf dem Betriebsgelände, nicht innerhalb der Gebäude, die ausschließlich im Bedarfsfall ausgewertet wird.

Alle Aufzeichnungen werden nach drei Wochen gelöscht.

In diesem Zusammenhang wird der AWM sein Gebrauchtwarenkaufhaus, die Halle 2, das aufgrund des Skandals geschlossen wurde, nach Abschluss der derzeit laufenden Instandsetzungsmaßnahmen voraussichtlich am 20. Januar 2015 wieder eröffnen. Sie dient für maximal zwei Jahre als Interimslösung.

Das Sortiment der Halle 2 wird erweitert um das Angebot von Ersatzteilen wie beispielsweise Fahrradfelgen und Einlegeböden sowie Bau- und Bastelmaterial. Auch werden künftig saisonale Kundeninteressen wie beispielsweise für Weihnachtsschmuck oder Sportartikel besser bedient. Mittelfristig wird der AWM die Wiederverwendung guter erhaltener Gegenstände in einer neuen, zeitgemäßen Immobilie realisieren, die es innerhalb der nächsten zwei Jahre zu finden gilt.



Technikchamp.

Produktivität powered by SYNERGO.

IT-Leiter Herbert R. liebt privat wie beruflich ebenso leistungsfähige wie leichtgängige Produktsysteme, bei denen man nicht strampeln muss, sondern schnell und effizient nach vorne kommt.

Egal, wie Sie es mit Ihrer kommunalen IT halten: Mit der neuen AKDB-Generation kommunaler Fachverfahren auf SYNERGO-Basis kommen Sie immer schnell in die Gänge. Ob autonom bei Ihnen vor Ort oder als Hosting-Service durch das BSI-zertifizierte Rechenzentrum der AKDB – Sie behalten immer einen kühlen Kopf. Automatisierte Installations- und Updateroutinen sorgen genauso für einen produktiven Betrieb wie die fachverfahrenübergreifende Administration oder die zentralen Funktionen und Dienste. Für ein gehostetes SYNERGO-Fachverfahren genügt als Arbeitsplatz ein internetfähiger PC. An teure Servertechnologie, Datenbanklizenzen und ausgeklügelte Sicherheitskonzepte für Datensicherheit und Datenschutz müssen Sie keine Gedanken verschwenden. Das wirkt nicht nur ungeheuer befreiend, sondern schont auch Ihren Haushalt – bei maximalem Investitionsschutz und höchster Produktivität.

Neugierig? Dann überzeugen Sie sich, wie leichtfüßig und wirtschaftlich die neue Verfahrensgeneration SYNERGO ist.

www.akdb.de/synergo

NEU
Entdecken Sie jetzt die neuen Fachverfahren OK.GEWERBE, OK.JUS, OK.VERKEHR und viele weitere zukunftssichere Lösungen auf Basis SYNERGO.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Abfallvergärungstag in Freising:

Nützliche Informationen aus der Praxis

Erneut an Betreiber, Planer und Hersteller von Biogasanlagen, in denen biogene Reststoffe jeglicher Art eingesetzt werden, sowie an Lebensmittel- und Getränkeproduzenten, die sich über eine energetische und stoffliche Verwendung der anfallenden Reststoffe informieren wollen, richtete sich der Abfallvergärungstag 2014 in Freising. Mehr als 90 Teilnehmer waren der Einladung des Fachverbandes Biogas und des Clusters Ernährung gefolgt.

Im Kreise anerkannter Experten und langjähriger Betreiber von Bioabfallanlagen informierten und tauschten sich die Besucher beim Abfallvergärungstag aus. Tag 1 bot einen Überblick über den derzeitigen Stand der Bioabfallverwertung und bestehende Potenziale sowie über Finanzierungsmöglichkeiten bei Bau und Erweiterung von Abfallanlagen. Aus der Praxis informierten Betreiber über den langjährigen Betrieb ihrer Vergärungsanlagen. Zudem wurden die rechtlichen Voraussetzungen - insbesondere durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und den anlagenbezogenen Gewässerschutz - diskutiert. Anschließend wurden Erfahrungen mit dem Einsatz flüssiger und fester Gärprodukte dargestellt.

Führungen

Für den zweiten Tag standen Besichtigungen verschiedener Biogasanlagen auf dem Programm. Die Teilnehmer des Abfallvergärungstages konnten sich zwischen dem kommunalen Abfallverwerter Wurzer Umwelt GmbH und dem Entsorgungspark Freimann entscheiden. Im Anschluss traf man sich zu einer Führung bei Erdinger Weißbräu, mit der Möglichkeit, die anaerobe Kläranlage der Brauerei anzuschauen.

Optionen

Im Rahmen der Tagung wurde darauf hingewiesen, dass - nachdem im EEG 2014 der Bonus für den Einsatz von Energiepflanzen komplett gestrichen wurde - Abfallvergärungsanlagen neben Güllekleinanlagen die einzigen Optionen sind, bei denen sich ein Neubau aus ökonomischen Gesichtspunkten momentan noch lohnt. Die Vergütung für Biogasanlagen mit Einsatz kommunaler Abfälle (Biotonne, Garten- und Parkabfälle sowie Markt- und Industrieabfälle) liegt aktuell bei maximal 15,26 Cent je Kilowattstunde. David Wilken, Leiter des Referats Abfall, Düngung und

Hygiene im Fachverband Biogas e.V., berichtete, dass ein Großteil der möglichen Einsatzstoffe zwar schon in Biogasanlagen vergoren werde und das zur Verfügung stehende Potenzial begrenzt sei; jedoch erwarte er durch die ab dem 1.1.2015 geltende Pflicht zur Getrennterfassung kommunaler Abfälle einen gewissen Zuwachs an Inputstoffen für Abfallvergärungsanlagen.

EU-Projekt FABbiogas

Mit der Förderung und dem Ausbau dieser Wertschöpfungskette beschäftigt sich das EU-Projekt FABbiogas, einer der Kooperationspartner des Abfallvergärungstages. Ziel des von April 2013 bis September 2015 laufenden Projektes ist die „Förderung der Verwendung von Rückständen aus der Lebensmittel- und Getränkeindustrie (FAB Industrie) als eine neue und erneuerbare Energiequelle für die Biogasproduktion“. Hierfür werden Biogas-Projekte in Österreich, Tschechien, Frankreich, Deutschland, Italien und Polen unterstützt und ungenutzte Potenziale identifiziert.

Administrative Hürden

Dass so manches wohlge-meinte Projekt leider häufig an administrativen Hürden - Stichwort anlagebezogener Gewässerschutz - scheitert, verdeutlichte Gera Porsche vom Fachverband Biogas. Durch die breite Palette an Einsatzstoffen, die in jeweils unterschiedlichen Wassergefährdungsklassen kategorisiert werden, seien die Anforderungen an bauliche Maßnahmen wie etwa Doppelwandigkeit der Fermenter oder Umwallung der Anlage bei Abfallvergärungsanlagen in der Regel sehr hoch und kostenintensiv, erklärte Porsche. Auch Anlagen, die seit Jahren störungsfrei laufen, müssten nach einer Übergangsfrist die neuen Anforderungen erfüllen und für viel Geld nachgerüstet werden. **DK**



Grundlegendes Problem ist das Restprodukt nach der Verschwe-lung des Restmülls in der Pyrolyse. □

Landkreis Günzburg:

Stilllegung der Müllpyrolyseanlage Burgau zum Jahresende 2015

Die Müllpyrolyseanlage zur thermischen Behandlung von Siedlungsabfällen des Landkreises Günzburg wird zum 31. Dezember 2015 still gelegt. Dies hat der Kreistag so beschlossen. Bereits seit 2009 wurden die Zukunftsperspektiven der Müllpyrolyseanlage Burgau immer wieder im Werkausschuss des Landkreises Günzburg diskutiert. Auch im Kreisausschuss und im Kreistag beschäftigten sich die Fraktionen mit den verschiedenen Lösungsansätzen.

Der ausschlaggebende Punkt, der letztlich zur Stilllegung führte, sind die Kosten, die für Betrieb und Unterhalt der Anlage aufgewendet werden müssen. Diese Kosten werden vom Müllgebührenzahler getragen. In der Müllpyrolyseanlage (MPA) Burgau werden Haus- und Sperrmüll, aber auch hausmüllähnlicher Gewerbemüll sowie Klärschlamm über zwei parallel betriebene Schweltröhrn thermisch behandelt.

Ein weiteres Problem ist das Restprodukt nach der Verschwe-lung des Restmülls in der Pyrolyse, der sogenannte Schwelkoks. Der muss auf der direkt nebenan gelegenen Deponie abgelagert werden, aber das Volumen auf der Deponie ist knapp.

So wurden im Lauf der Zeit von Ansätzen eines Biomasseenergie-zentrums über eine separate Nachverbrennung des Schwelkokes bis hin zur Stilllegung der Anlage die verschiedensten Szenarien diskutiert. Sowohl die technischen als auch die wirtschaftlichen Faktoren wurden im

Detail geprüft. Schlussendlich war das einzig wirtschaftliche Ergebnis die Stilllegung der Müllpyrolyseanlage. Würde die Anlage weiter betrieben, ohne eine sinnvolle Alternative zur Deponierung für das Restmaterial Schwelkoks, so könnte der Deponieabschnitt IV maximal vier bis fünf Jahre weiterverfüllt werden. Somit wäre die Einstellung des Betriebes der landkreiseigenen Anlage lediglich hinaus gezögert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallentsorgungsanlagen Burgau haben mit dem Arbeitgeber Landkreis Günzburg einen verantwortungsvollen Partner, der die verschiedenen Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung überprüft und bereits einige Optionen bereit hält. Für einige wird es auch am gewohnten Standort beruflich weiter gehen, da mit der Stilllegung der Pyrolyseanlage Pläne einher gehen, das Wertstoffzentrum vor Ort auszubauen. Auch die Folgenutzung der Gesamtanlage ist noch nicht abschließend geklärt. **europaticker**

European Energy Award für bayerische Kommunen

Für einen erfolgreichen und konsequenten Klimaschutz arbeiten der Freistaat Bayern und seine Kommunen Hand in Hand. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Verleihung des European Energy Awards an sechs bayerische Kommunen.

Scharf: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Nur gemeinsam können wir das Ruder herumreißen und eine drohende Klimakatastrophe verhindern. Mit großem Willen und innovativen Projekten gehen die Kommunen im Freistaat jeden Tag mit gutem Beispiel voran.“

Unterstützt werden die Kommunen dabei vom Bayerischen Umweltministerium. Der Freistaat Bayern fördert beispielsweise die Teilnahme an Managementsystemen mit bis zu 30.000 Euro. Derzeit nehmen 20 bayerische Städte und Gemeinden sowie zwei Landkreise am Zertifizierungsverfahren des European Energy Awards teil. Bereits 14 Mal wurden Kommunen des Freistaats zertifiziert und ausgezeichnet. Das Qualitätsmanagementsystem erfasst, bewertet, steuert und überprüft regelmäßig die Umwelt- und Klimaschutzaktivitäten einer Kommune.

„Die Bayerische Staatsregierung hat ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz. Bis 2050 sollen die Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner und Jahr auf weniger als 2 Tonnen sinken. Dabei leisten die Kommunen einen entscheidenden Beitrag. Mit neuen und kreativen Ansätzen nutzen sie vorhandene Einsparpotenziale. Dieses Engagement verdient Respekt und Anerkennung“, so Scharf.

Die Gemeinde Wildpoldsried (Landkreis Oberallgäu) wurde in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal ausgezeichnet und erhielt als

zweite Gemeinde in Bayern den European Energy Award in Gold. Die Gemeinde erzeugt fünf Mal mehr Strom als in der Gemeinde verbraucht wird. Mit Forschungsprojekten werden intelligente Stromnetze in der Praxis getestet.

Ausgezeichnet wurden auch folgende Kommunen:

- Markt Bad Grönenbach (Landkreis Unterallgäu): Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen Solarstromanlagen. Bad Grönenbach wurde bereits sechs Mal Sieger der Allgäuer Solarmeisterschaft.

- Markt Buchenberg (Landkreis Oberallgäu): Es wurde ein konsequentes kommunales Energiemanagement in den eigenen Liegenschaften eingeführt. Die Verbrauchsdaten werden monatlich erfasst und ausgewertet.

- Stadt Donauwörth (Landkreis Donau-Ries): Die Stadt hat durch den Stadtbus ein ÖPNV-Angebot mit besonders günstigen Fahrpreisen für die Bürger eingerichtet.

- Gemeinde Pfronten (Landkreis Ostallgäu): Pfronten führt jährliche Energie-Bildungsprojekte in allen Schulen und Kindergärten durch. Dabei kommen Referenten direkt in die Kindergärten, um den Kindern das Thema Energie spielerisch nahe zu bringen.

- Stadt Sonthofen (Landkreis Oberallgäu): Das Gymnasium Sonthofen aus den 1970er Jahren wurde im Rahmen eines Pilotprojektes im laufenden Betrieb bis auf Passivhausstandard saniert. □

Münchner Landkreisbürger produzieren weniger Müll

Nach der Abfallbilanz des Landkreises München hat jeder Landkreisbürger im vergangenen Jahr durchschnittlich 490,16 kg Siedlungsabfall erzeugt. Diese Abfallmenge ist geringfügig niedriger als die des Vorjahres. Im Jahr 2013 lebten im Landkreis insgesamt 327.383 Einwohner.

Erlös aus Altpapier stabilisiert Abfallgebühren Insgesamt fielen im Landkreis München 160.471 Tonnen Siedlungsabfall an. Das sind in etwa 3.348 Tonnen weniger als 2012. Davon macht das Altpapier allein 30.287 Tonnen aus (2012: 30.465 Tonnen), was einer Sammelquote von 92,51 kg für jeden der 327.383 Bewohner des Landkreises München entspricht. Die Erlöse von ca. 2 Millionen Euro aus der Papierentsorgung haben im Jahr 2013 in etwa das Niveau des Jahres 2012 erreicht. Diese Einnahmen stellen einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Abfallgebühren der Landkreisgemeinden dar.

Der Anteil an Restmüll, der in der Müllverbrennungsanlage München-Nord verbrannt wird, betrug im Jahr 2013 für jeden Landkreisbürger 145,03 kg, was insgesamt 47.480 Tonnen entspricht (2012: 47.638 Tonnen). Hierfür fielen Kosten in Höhe von 5,765 Millionen Euro an.

Beim Bioabfall sank die Menge um 2.014 Tonnen auf 24.819 Tonnen, bei den Gartenabfällen um 2.688 Tonnen auf 17.347 Tonnen. Dies entspricht einer Sammelquote von 75,81 bzw. 52,99 kg pro Einwohner.

Die Abnahme der Mengen beim Bioabfall und bei den Gartenabfällen ist auf den lang anhaltenden Winter 2012/2013 zurückzuführen. Des Weiteren hat die Hochwassersituation im Sommer 2013 die Sammelmenge negativ beeinflusst. Der gesamte Bioabfall des Landkreises wird in der landkreiseigenen Bioabfallvergärungsanlage in Kirchstockach verwertet. Um die Energieeffizienz der Anla-

ge zu steigern, wurde 2013 der Methanreaktor saniert. Man erwartet dadurch eine deutliche Erhöhung der Gasproduktion.

Beim Altglas erhöhte sich die Sammelmenge von 9.493 Tonnen auf 11.419 Tonnen. Jeder Landkreisbürger warf somit im vergangenen Jahr durchschnittlich 34,8 kg Glas in die Container. 2.814 Tonnen im Jahr 2013 leicht gefallen. Die gesetzlich vorgeschriebene Sammelquote von 4 kg Altgeräten pro Einwohner im Jahr wurde mit 8,62 kg im Jahr 2013 wieder weit übertroffen.

Nach wie vor hohe Verwertungsquote

Die Verwertungsquote im Landkreis München entspricht im Jahr 2013 in etwa der des Vorjahres. Unter Einbeziehung der verwerteten Schlackemenge von 10.014 Tonnen ergibt sich eine Recyclingquote von 77,4 %. Im Vergleich dazu lag die bayernweite Verwertungsquote im Vorjahr bei 73,5 Prozent.

Die Durchführung überörtlicher Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und die Beratung sowohl von Landkreisbürgerinnen und -bürgern, als auch von gemeindlichen Umwelt- und Abfallberatern stellen einen wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit zur Abfallvermeidung dar. Hierzu gehören zum Beispiel die Organisation von Führungen durch die Bioabfallvergärungsanlage Kirchstockach, die Beratung zur Abfallvermeidung bei gemeindlichen Umwelttagen und in Biomärkten sowie die Abfallberatung in Kindergärten und Grundschulen. □

Royal Albert Hall, London?

Kloster Benediktbeuern!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde - sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.



Übergabe des ersten 2-Wege-Unimog für den Rangierdienst mit Euro VI-Motor (v. l.): Reinhard Ahrens (Land & Bau Kommunalgeräte GmbH), Uwe Schmitt (Sasol Germany GmbH), Holger Meyer (Sasol Germany GmbH) und Holger Doth (Daimler AG).

Mercedes-Benz Unimog:

Effizient und sauber im Rangierdienst

Erster „2-Wege“ Unimog der neuen Generation übergeben

Rangierarbeiten auf der Schiene mit umweltfreundlichen Lkw-Motoren und einer nochmals verbesserten Traktion – damit überzeugt der neue Unimog als 2-Wegefahrzeug (Straße/Schiene). Auf der Messe Innotrans in Berlin, der weltweiten Leitmesse für die Eisenbahnbranche, wurde das erste Exemplar der neuen Unimog-Generation an die Firma Sasol Germany GmbH in Brunsbüttel übergeben.

Das Unternehmen mit rund 600 Mitarbeitern wickelt einen Großteil seiner Logistik auf der Schiene ab. Der Unimog U 423 wird auf dem Betriebsgelände Kesselwagen rangieren und dabei den schon seit zehn Jahren von Sasol eingesetzten 2-Wege-

Unimog U 400 unterstützen.

Gute Umweltbilanz im Rangierbetrieb

Mit dieser Beschaffung setzt der Hersteller von Fettkohlen und deren Derivaten sowie hoch-

reiner Tonerden ein positives Signal. Denn der Unimog bringt die hohen Abgasstandards aus dem Straßenverkehr auf die Schiene. Das bedeutet: Die Euro VI-Motoren für Lkw reduzieren Dieselpartikel und Stickoxidemissionen um bis zu 90 Prozent gegenüber Euro V, im Vergleich zum Stand von 1990 haben sich die Emissionen aus Nutzfahrzeugen um Werte zwischen 88 Prozent und 98 Prozent verringert. Zudem verbessert sich die Umweltbilanz durch hohe Einsparpotenziale beim Kraftstoffverbrauch durch gesteigerte Effizienz der Motoren. Nicht zuletzt ist der Unimog für den Rangierdienst in der Anschaffung deutlich günstiger als eine Rangierlok und kann mit niedrigen Unterhaltskosten aufwarten. Der Motor des Unimog U 423 leistet 170 kW (231 PS). Die neue Generation der Unimog-Geräte-träger mit Euro VI-Motoren wurde 2013 vorgestellt.

Sichere Spurführung und leistungsstarke Bremsanlage

Der jetzt übergebene Unimog U 423 verfügt über die vom Aufbauhersteller Zagro neu entwickelte Schienenführung mit Can-Bus Sicherheitssteuerung. Sie sorgt für sichere Spurführung und entspricht den neuesten Sicherheitsanforderungen. Die Steuerung kommuniziert dabei auch mit dem Can-Bus des Basisfahrzeugs. Die Eisenbahnwagen-Bremsanlage des Rangierfahrzeugs wird über den Motornebenantrieb des Unimog angetrieben und sorgt mit einer Förderleistung von 1.750 l/min bei einem Luftvorratsvolumen von 425 l für schnelle Befüllung der



Neuer Unimog für den Bauhof Garching

Nachdem der alte Unimog 1000, Baujahr 1981, nicht mehr durch den TÜV kam und bisher „der“ Leistungsträger im Winterdienst für größere Straßenzüge in Garching war, war eine Ersatzbeschaffung dringend nötig. Der „Neue“ kann die bisherigen Aufgaben des alten Unimog im Winterdienst übernehmen und ist in den anderen Jahreszeiten flexibel einsetzbar. Der Bauhof freut sich über sein neues Fahrzeug.

angehängten Waggons. Der Unimog U 423 mit Radstand von 3.000 mm bringt es auf ein zGG von 13.000 kg. Ziehen kann ein Unimog im Rangierdienst eine Last von bis zu 1.000 t.

Enorme Zugkräfte

Seine enormen Zugkräfte bei vergleichsweise niedrigem Fahrzeuggewicht entwickelt der Unimog wegen des günstigen Reibbeiwertes von Gummi auf Stahl. Das kompakte Achsbaumaß sorgt dafür, dass der 2-Wege-Unimog ohne separaten Schienenfahran-

trieb auskommt. Die ab Werk lieferbare Wandlerschaltkupplung erhöht das Anfahr-Drehmoment des Motors und ermöglicht so ruckfreies Anziehen ohne Kupplungsverschleiß.

Schnelles Umsetzen zwischen Werksstraße und Schiene

Für die Einsatzzwecke von Sasol ist der Unimog auch deshalb das richtige Rangierfahrzeug, weil er als Straßenfahrzeug schnell und einfach zwischen Werksstraße und Schiene wechseln kann, so

dass das Umsetzen der Waggons besonders zügig abläuft.

Lkw-Komfort

Hohen Lkw-Standard verkörpert der 2-Wege-Unimog mit seiner bewährten und jetzt weiter optimierten „Freisichtkabine“. Sie bietet durch die große Panoramascheibe einen optimalen und sicheren Überblick und erleichtert den Arbeitsalltag ebenso wie das neue Multifunktionslenkrad, die verstellbare Lenksäule oder das leistungsstarke Heizungs- und Klimasystem. □

Winterdienst 2014/15:

Freie Fahrt in Würzburg

Für die bevorstehende Winterperiode ist der Würzburger Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ gut vorbereitet, um für freie Fahrt auf den Straßen in Würzburg zu sorgen. „Wenn Schneefall oder Glätte zu erwarten sind, sind rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rufbereitschaft, um die Straßen von Schnee und Eis zu befreien und arbeiten, wenn nötig im Dauereinsatz. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer hat dabei höchste Priorität“, sagte Werkleiter Wolfgang Kleiner. Insgesamt 4.500 Tonnen an Streusalz, 9.000 Liter an Sole und rund 1.000 Tonnen an Granulat und Granulat/Salzgemisch sind eingelagert, um den potenziellen Bedarf von Streumitteln abzudecken.

Bei Wintereinbruch werden pro Einsatz mit insgesamt 32 Groß- und Kleinfahrzeugen, darunter 11 Lastkraftwagen, 2 Unimogs und 19 Kleinstreufahrzeuge, rund 697 Kilometer Fahrbahnlänge von Schnee und Eis befreit. Werkleiter Wolfgang Kleiner: „In vielen Fällen leisten wir über das gesetzlich vorgeschriebene Maß Winterdienst. Bei starken und anhaltenden Schneefällen bitten wir jedoch um Verständnis, dass unsere Kapazitäten begrenzt sind und wir nicht überall sofort im Einsatz sein können.“ Der Winterdienst konzentriert sich dann gemäß der gesetzlich vorgeschriebenen

Reinigungs- und Verkehrssicherungspflicht auf Straßen und Bereiche mit der höchsten Priorität. Dazu zählen verkehrswichtige und gefährliche Straßenabschnitte, unter anderem Rettungswege und Hauptverkehrswege.

Überblick über geräumte Radrouten

Um den Radfahrern einen besseren Überblick über die durch den Winterdienst betreuten Radverkehrsrouten zu ermöglichen, veröffentlichten die Stadtreiniger auf ihrer Homepage die Winteradverkehrsrouten (via www.wuerzburg.de).

„Unterstützt werden wir dabei zum Beispiel durch Straßenwetterinformationen von Wetterdiensten und die moderne Fahrzeugtechnik, die uns bei der grammgenauen Ausbringung der Streumenge für die Winterdienstseinsätze eine große Hilfe ist“, macht Betriebsleiter Christian Strohm deutlich. „Aber auch die Bürgerinnen und Bürger müssen ihren Teil beitragen, um für sichere Straßen zu sorgen.“ Für das Räumen und Streuen der Gehwege mit einer Breite von 1,50 Meter bei Schnee und Glätte sind in der Stadt Würzburg gemäß der Straßenreinigungs- und -sicherungsverordnung die Anlieger beziehungsweise Grundstückseigentümer verantwortlich. Die Verkehrssicherheit muss an Wochentagen bis 7 Uhr morgens, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr hergestellt sein und tagsüber jeweils bis 20 Uhr aufrechterhalten werden. Nachts gibt es weder auf Straßen noch auf Gehwegen eine generelle Winterdienstpflicht.

Falschparker erschweren den Winterdienst

Für die anstehende Winterperiode ist auch erhöhte Vorsicht im Straßenverkehr notwendig, um die Unfallgefahr zu verringern. Bei winterlichen Straßenverhältnissen sollten Verkehrsteilnehmer möglichst nur die geräumten und gestreuten Straßen nutzen und auf wettertaugliche Reifen achten. Auch muss das schnelle Durchkommen der Winterdienstfahrzeuge jederzeit ermöglicht werden. Betriebsleiter Christian Strohm: „Falsch geparkte Fahrzeuge erschweren häufig die Winterdienstseinsätze, das kostet wertvolle Zeit! Nur wenn der Winterdienst und alle Verkehrsteilnehmer gut zusammenarbeiten, kann die Mobilität und Sicherheit im Straßenverkehr gewährleistet werden.“ □

3.500 Hektar für den Naturschutz

Die Zukunft des Biosphärenreservats Rhön ist gesichert, die Erweiterung ist seit Anfang November rechtsverbindlich. Darauf wies Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf hin.

„Das Biosphärenreservat Rhön ist ein Aushängeschild für den Naturschutz in Bayern. Viele vom Aussterben bedrohte Vogelarten wie Birkhuhn oder Schwarzstorch haben hier ihren Lebensraum. Auch Öko-Tourismus und Bildung für nachhaltige Entwicklung werden im Biosphärenreservat groß geschrieben. Ich freue mich, dass die Erweiterung des Biosphärenreservats jetzt abgeschlossen ist. Ich bin überzeugt, dass die Region dadurch weiter an Attraktivität gewinnt. Die Erweiterung ist eine großartige Gemeinschaftsleistung von Kommunen, Bund und Freistaat sowie den sehr engagierten Menschen vor Ort“, so Scharf.

Aufgrund der großen Bedeutung für die Region wurde der bayerische Teil des Biosphärenreservats Rhön in etwa auf die Grenzen des Naturparks Bayerische Rhön vergrößert: von vormals 72.800 ha auf nun 130.500 ha. Drei Prozent der Gesamtfläche wurden als nutzungs-freie Kernzone ausgewiesen. Hierfür wurden rund 3.500 ha zusätzliche Kernzonenflächen benötigt, die der Bund, der Freistaat Bayern sowie die betroffenen Kommunen gemeinsam aufgebracht haben – das entspricht der zehnfachen Fläche des Englischen Gartens in München. □

Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6.

Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Symbol für die deutsche Wiedervereinigung:

Ein Dreieck aus Bäumen

Als Symbol für die deutsche Wiedervereinigung haben der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt und der bayerische Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Josef Miller, jüngst in Cadolzburg (Landkreis Fürth) eine Kiefer, eine Buche und eine Eiche gepflanzt.

Die als Dreieck gesetzten Bäume sollen als „Einheitliches Wiedervereinigungsdenkmal“ an den Mauerfall vor 25 Jahren erinnern. Das Projekt brachte 2012 der Wunsiedler Bürger Werner Erhardt auf den Weg, als er Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt innerhalb des „Bürgerdialogs“ erstmals diesen Vorschlag unterbreitete. Seither unterstützt die Bundeskanzlerin die Aktion und hat mittlerweile die Schirmherrschaft übernommen und selbst einen Baum gepflanzt.

„Der 25. Jahrestag des Mauerfalls ist geradezu prädestiniert dafür, um zur Erinnerung an das historische Ereignis und die großartige Idee von Herrn Erhardt mit einer eigenen Pflanzaktion zu unterstützen. Die drei gepflanzten Bäume sollen ein wachsendes und langlebiges Symbol für die wiedergewonnene Einheit Deutschlands sein. So wie die Bäume wachsen sol-

len auch die neuen und alten Bundesländer weiter zusammenwachsen.

Bürgerproteste gegen Mauer

Die Bürgerproteste haben die Mauer letztlich zum Einsturz gebracht. Ganz Europa hat sich seither verändert. Darüber hinaus setzen wir als Verband eine schöne Tradition fort, zu Jahrestagen langjährige Bäume zu pflanzen und verknüpfen die Hoffnung, dass mit diesem Denkmal auch der Baum an sich ins Bewusstsein der Menschen rückt.“ sagt der bayerische SDW-Vorsitzende Miller.

Zugleich machte der frühere Bayerische Landwirtschaftsminister (1998 - 2008) auf die Symbolik der Bäume aufmerksam: „Die häufig im Osten vorkommende Kiefer symbolisiert die neuen Bundesländer. Die



Von links: Harry Scheuenstuhl, MdL, Matthias Pilz, 1. Bürgermeister Bernd Obst (Cadolzburg), 1. Bürgermeister Josef Mend (Iphofen), Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, MdB, Josef Miller, 1. Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und Hans Herold, MdL.

Buche ist sprichwörtlich der deutsche Baum Nummer 1. Dass die Traubeneiche der Baum des Jahres 2014 ist und zu allen Zeiten Eichenlaub unsere Münzen, Urkunden und Auszeichnungen zierte, passt ins Bild“, so der aus Memmingen stammende Miller. Die einfache Gestaltung des Denkmals sei ökologisch sinnvoll und biete die Möglichkeit der individuellen Gestaltung des Innenraums des Dreiecks. Miller: „Das wachsende Denkmal hat erhebliches Potential, um den Gedanken der deutschen Einheit zu fördern und zu erhalten.“

Vor 65 Jahren hat sich die SDW dem Erhalt und Schutz von Wäldern und Bäumen verschrieben. Seither versorgt der

Verband Schulen und andere Einrichtungen mit Informationen und fachlichem Know-how rund um das Thema Wald. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ist die älteste Waldschutzinitiative in Deutschland.

An der symbolischen Pflanzaktion in Cadolzburg wirkten u.a. auch die Landtagsabgeordneten Hans Herold, Manuel Westphal und Markus Ganserer, Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer, der 1. Vizepräsident des Bayer. Gemeindetags, Josef Mend, mit. Die Bäume wurden von der Firma Fielmann gestiftet.

Bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald können kostenlos Bäume angefordert werden unter sdwbayern@t-online.de und unter www.sdw-bayern.de

Landesgartenschauen:

Natur in die Stadt bringen

Donaugartenschau in Deggendorf: Positive Bilanz
Nächste Landesgartenschau 2016 in Bayreuth

Die Landesgartenschau in Deggendorf war ein voller Erfolg. Dies unterstrich Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Abschlussveranstaltung der 17. Bayerischen Landesgartenschau.

„Die Donaugartenschau war ein Fest der Sinne und ein wahrer Publikumsmagnet in der Region. 17 Hektar Naturerlebnis und rund 4.000 Veranstaltungen haben über 750.000 Besucher angelockt. Über drei Viertel der Besucher sind der Meinung, dass sich die Stadt durch die Landesgartenschau positiv verändert hat“, so Scharf.

Über 450 Bäume

Für die Landesgartenschau wurde das Gebiet zwischen der Deggendorfer Altstadt und der Donau vernetzt. Dazu wurden über 450 Bäume gepflanzt, Deichgärten auf einer Länge von 1,7 Kilometern angelegt und eine der längsten Geh- und Radwegbrücken Europas über die Donau gebaut. Als einer der Hauptziehungspunkte erwies sich der neue Donaupark. Scharf: „Gartenschauen bringen die Natur zu den Menschen. Die Städte profitieren davon dauerhaft: Über 90 Prozent der Gesamtfläche bleiben in Deggendorf dauerhaft als Erholungs- und Lebensräume für Mensch und Natur erhalten.“

Das Umweltministerium stell-

te für die Landesgartenschau insgesamt 3,6 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kamen Fördermittel der EU in Höhe von etwa 1,9 Millionen Euro.

Neuer Park

Die nächste Bayerische Landesgartenschau findet 2016 in Bayreuth statt. Scharf: „Die Arbeiten in Bayreuth sind bereits in vollem Gange. Entlang des Roten Mains entsteht ein neuer Park mit einem 950 Meter langen Radweg, der eine Brücke zwischen historischer Innenstadt, Hofgarten und Eremitage schlagen wird.“ Insgesamt entstehen für die Landesgartenschau 45 Hektar neue Grünflächen – das entspricht knapp 65 Fußballfeldern. Die Landesgartenschau Bayreuth öffnet ihre Tore am 22. April 2016. Auch diese Gartenschau wird durch das Umweltministerium mit 3,6 Millionen Euro unterstützt. Durch Gartenschauen sind in Bayerns Städten bislang über 400 Hektar Grün- und Erholungsflächen entstanden. Das ist mehr als die Fläche des Englischen Gartens in München.

Weitere Infos unter: <http://q.bayern.de/landesgartenschauen>

Abrollkipper von Velsycon:

Neuer Combilift auch für Euro-6 Lkw

Der neue Abrollkipper Combilift von der Velsycon GmbH ist nun auch ohne Einschränkungen für Lkw nach EURO 6 geeignet. Das komplette Gerät wird oberhalb des Lkw-Chassis aufgebaut. Der Kippwinkel konnte dadurch von 94° auf 98° erhöht werden.

Die seitlich Abstützweite der Telezylinder wurde optimiert und die gesamte Montage deutlich erleichtert. Trotz der beiden neuen Hilfszylinder sind die Abrollkipper der Typen CL 26.72 und CL 35.72 nicht schwerer als ihre Vorgänger.

Transport und Abstellung

Der Combilift fährt natürlich auch DIN Wechselcontainer wie jeder andere Hakenabroll-Lkw. Er ist in Ausführungen für 2- bis 4-Achs-Lkw verfügbar. Schwerpunkt seines Einsatzspektrums sind aber der Transport und die Abstellung aller am Markt gängigen Wechselsilos. Die Anhängerbelaugung ist eingeschlossen.

Der in Wildeshausen ansässige Hersteller hat auch Filtersilos aus Edelstahl und beschichtetem Schwarzstahl mit Anschlüssen

nach Kundenwunsch im Programm. Diese Silos werden in der Chemischen- und Entsorgungsin- dustrie eingesetzt. Aktivkohlefilter-Silos beispielsweise werden nach deren Sättigung im Austausch bedient und vom Anwenderunternehmen zum Aufbereitungs- spezialisten transportiert. Bei größeren Silogewichten ab 20 t bis 25 t kommt der Sattelsilolift zum Einsatz. Die Logistik dieser Systeme ist vielfach europaweit.

Dank der hohen Fertigungstiefe mit eigenem Stahlbau und Hydraulikzylinderherstellung innerhalb der Unternehmensgruppe sowie dem Einsatz bewährter Komponenten sind auch Sonderlösungen nach Kundenwunsch realisierbar. Durch eine Vertriebsgemeinschaft mit Hüffermann Transportsysteme GmbH besteht Zugriff auf passende Anhänger für jeden Einsatzzweck.



Der Combilift kann seinen Aufnahmehaken horizontal über die gesamte Gerätelänge teleskopieren und bietet damit mehr Möglichkeiten als jeder andere Abrollkipper am Markt.

Bild: velsycon GmbH/Wildeshausen/D

Tagesseminar Forum Friedhof:

Friedhöfe im Wandel

Reichlich Erfahrung vermittelte das „Forum Friedhof“ den über 70 Teilnehmern aus den Landkreisen Dillingen, Günzburg und Neu-Ulm. Eingeladen von den Kreisverbänden für Gartenbau und Landschaftspflege sowie den Fachberatern an den dortigen Landratsämtern referierten ein Theologe, Historiker und der Landessinnungsmeister der Steinmetze über ihre tägliche Arbeit.

Mit bewusster Provokation sollte eine Diskussion ausgelöst werden. „Wir stehen vor großen Veränderungen in unserer Gesellschaft, auch in der Friedhofskultur“, darauf wies Landrat Hubert Hafner in seinem Grußwort hin. Er sah die Friedhöfe nicht nur als Oase der Ruhe sondern auch als Lebensraum für Flora und Fauna. Insbesondere sollte aber den Verstorbenen ein Andenken bewahrt werden. Denn unsere Gesellschaft wird auch danach bewertet, wie sie mit ihren Toten umgeht.

Bei Besichtigungen von beispielhaften Anlagen sollte immer gefragt werden, „wer war an der Planung beteiligt?“. Umgestaltungen von Friedhofsanlagen müssen immer mit der Bevölkerung geschehen und stets an die Folgen gedacht werden. Darüber konnten zum Abschluss der Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Günzburg Helmut Stammer und Stadtarchivar Walter Grabert von der Großen Kreisstadt Günzburg auf dem städtischen Friedhof von reichlicher Erfahrung und Beispielen berichten.

Individualisierung

Provokant begann Dekan Stefan Blumtritt, Pfarrer der Gemeinde Gersthofen. Im evangelischen Dekanat Augsburg übt er im Vergleich zur katholischen Kirche das Amt eines „Weihbischöfes“ aus. Der Tod käme früher oder später, deshalb auch der Gedanke „wo ist mein Liegeplatz?“. Die Wünsche nach Individualisierung nehmen zu. Doch oft geht es auch um „Entsorgung“. Ein gut gestalteter Friedhof gehört für Pfarrer Blumtritt zu einer intakten Gemeinde. Bestatungen müssen für ihn in einem öffentlichen Raum stattfinden.

Eine Trauerfeier sei aber auch keine Hitparade von der CD oder vom MP3-Player. Auch wenn die Sangeskürungen der Anwesenden nachgelassen habe, sollte sich jede Gemeinde eine musikalische Begleitung für wenige tausend Euro leisten können.

Friedhof als Ort der Lebenden

Für Bezirksheimatpfleger Peter Fassel ist der Friedhof ein Ort der Lebenden, er zeigt das Verhältnis der Lebenden zu den Toten. Das Sprechen über den Tod ist auch ein Sprechen über das Leben. Der Tod hat nichts von seinem Schrecken verloren. Jeder braucht einen Ort der Trauer. Die Trauerformen sind Individuen. Die Friedhofsentwicklung entscheidet jedes Dorf selbst. Wenn zwischenzeitlich jeder bauen darf wie er will, möchte er so auch beerdigt werden. Fassel sieht aber in der Anonymisierung der Bestattung als Wegschieben des Todes. Die Individualisierung wird fortschreiten. Doch sieht er den Friedhof als Erinnerungsort mit besonderer Qualität und der Ortsgeschichte. So sollte auch eine Aufenthaltsqualität mit einer Bank zum Hinsetzen geschaffen werden. Der Friedhof ist ein Ort der Trauer und des Dankens, der Geborgenheit um die zu Schönheit genießen, die Natürlichkeit zu erleben, denn Natur tröstet. Zum Ort der Hoffnung gehört die Erinnerung an Kindheit und Freunde, Familie und Gemeinschaft.

Steinmetz Hermann Rudolph aus Obergünzburg stellt ebenfalls die Bestandsaufnahme und das Mitnehmen der Bevölkerung in den Vordergrund: „Schaut auf die Friedhöfe und ihr wisst, wer die Menschen des Ortes sind und ob



Stadtarchivar Walter Grabert und Ordnungsamtsleiter Helmut Stammer zeigten den Tagungsteilnehmern positive Entwicklungen und negative Erfahrungen auf dem städtischen Friedhof in Günzburg.

es sich dort auch zu leben lohnt“, mahnte der Landessinnungsmeister und stellvertretende Bundesvorsitzende. Der Friedhof ist immer als Gesamtes zu sehen. Bei den Veränderungen in der Gestaltung, bleibt für ihn die Frage „Wo bleibt die Natur? Oft tröstlos und kein Trost, dort kann ich nicht trauern!“ Es kommt zu Freiflächen infolge von vermehrten Grabaufösungen. Er erkennt ein Sehnen nach pflegeleichten Lösungen durch mangelnde Identifikation mit dem Kulturraum Friedhof! Das Abwandern in alternative Bestattungen z.B. in Friedwälder führte bei Kommu-

nen und Friedhofsverwaltungen zwischenzeitlich zu neuen Überlegungen. Doch mit den Urnenwänden kamen die Probleme: „Jeder stellt was ab, keiner räumt es weg!“ Hermann Rudolph brachte eine Reihe von Beispielen für bedarfsgerechte Grabstätten und Grabfelder wie integrierte Urnengräber, wie freie Flächen wieder belegt werden können, der Pflegeaufwand für Friedhofsträger wie auch die Angehörigen geringer werden kann und auf jedem Friedhof sofort umsetzbar ist. 32 Prozent Überhangflächen auf deutschen Friedhöfen sind des Nachdenkens wert. **hj**

Holzvollerntemaschine im Privatwald

Ein Harvesterinsatz im Wald kann mit Zeitersparnis, Sicherheit und aus finanzieller Sicht punkten. Die Unfallstatistik der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau spricht eine eindeutige Sprache: Nur 0,2 Prozent der Waldunfälle ereignen sich mit dieser Technik, aber 99,8 Prozent bei der manuellen Aufarbeitung – einige sogar tödlich.

Das Gerät hat mächtige Abmessungen, wiegt je nach Größe knapp 15 Tonnen und kann trotzdem zentimetergenau arbeiten: Baum in die Zange nehmen, Stamm von der Wurzel trennen, in Fixlängen teilen, entasten und ablegen. Der zeitliche Aufwand dafür, vom ersten bis zum letzten „Handgriff“ – es vergeht keine ganze Minute. Eine normale Durchforstung, auch für Besitzer von Kleinwäldern, kann sich schon ab 50 Festmeter aufwärts lohnen. Pro Tag füllt ein Harvester 3 LKW, ohne Anstrengung. Das sind das Dreifache eines Holzfallers und eine immense Arbeitserleichterung. Wer Angst vor Schäden am Waldboden hat, kann gelassen sein, da nur die angelegten Rückegassen im Abstand von 30 Metern befahren werden. Dabei wird Reisig vor der Maschine abgelegt und drüber gefahren. Die dicke grüne Matte hat eine Schutzfunktion. **□**

Kongress „Grün für die Gesellschaft – die Gesellschaft für Grün“:

Gesellschaftlicher Wandel zu urbanem Grün

Bad Honnef. Welche Chancen und Herausforderungen bietet der rasante gesellschaftliche Wandel für urbanes Grün und die grüne Branche? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Kongresses „Grün für die Gesellschaft – die Gesellschaft für Grün“ im Allianz Forum, Berlin. Über 450 Teilnehmer – Repräsentanten aus Politik, Verbänden, Wissenschaft, Kultur, Fachöffentlichkeit sowie Vertreter der grünen Branche – traten dabei in einen angeregten und intensiven interdisziplinären Dialog. Zu den Referenten zählten unter anderem Kanzleramtsminister Peter Altmaier, der Philosoph Richard David Precht und Dr. Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Die Veranstaltung fand anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Bundesverbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) statt.

Nach der Begrüßung durch BGL-Präsident August Forster zeigte der niederländische Zukunfts- und Trendforscher Rob Creemers eindringlich auf, wie die fortschreitende Digitalisierung und der rasche technologische Wandel in dramatischer Weise die künftige Arbeitswelt, unser Leben und unser Freizeitverhalten verändern werden. Mit Blick auf die Herausforderungen des weltweiten Klimawandels werde urbanes Grün eine immer wichtigere Rolle für die nachhaltige Entwicklung unserer Städte spielen, so Creemers. Die Gesundheitswissenschaftlerin Prof. Claudia Hornberg von der Universität Bielefeld verwies in ihrem Vortrag auf die immer noch unterschätzte positive Wirkung von Stadtgrün als Gesundheitsressource, insbesondere für Kinder. „Grüne Räume steigern die körperliche Aktivität, beugen Übergewicht vor, verbessern die motorischen Fähigkeiten und erhöhen die soziale Interaktion.“ Deshalb gelte es, so Hornberg, die Grün- und Spielräume bedarfsgerecht zu planen und instandzuhalten. Dr. Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), machte anschließend deutlich, welchen Beitrag der Sport zu mehr Lebensqualität in unseren Städten leistet: „Dieses hohe Potenzial muss systematischer und konsequenter als bisher für eine nachhaltige Stadtentwicklung genutzt und in die Handlungsstrategien der Kommunen einbezogen werden.“ So könnten die potenziellen Bewerbungen von Berlin oder Hamburg um die Olympischen Spiele 2024 bzw. 2028 neue Akzente für das erfolgreiche Zusammenwirken von Natur und Grün, Sport und Stadtentwicklung setzen, so Vesper.

Im Interview mit der Moderatorin der Veranstaltung, Andrea Ballschuh, erläuterte Joshua David, Präsident der Friends of the High Line aus New York, welche Faktoren für den Erfolg des weltweit beachteten Grünprojekts auf einer ehemaligen Hochbahntrasse in Manhattan ausschlaggebend waren – und vor welchen großen Herausforderungen „New York's Park in the Sky“ mit Blick auf die künftige Finanzierung und den Erhalt des Areals steht.

Im zweiten Teil der Veranstaltung erläuterte die Journalistin und Autorin Katja Kullmann das aktuelle Phänomen Urban Gardening und beschrieb, was dieser Trend mit bürgerlichem Widerstand zu tun hat. Ursprünglich als Gegenbewegung zur Kommerzialisierung des öffentlichen Raums entstanden, sei die Idee inzwischen im gesellschaftlichen Mainstream angekommen. Holger Robrecht, Deputy Regional Manager der internationalen Nachhaltigkeitsinitiative ICLEI, wies in seinem Vortrag auf die zentrale Funktion von Städten bzw. grüner Infrastrukturen für eine nachhaltige Entwicklung hin, insbesondere für das Erreichen der Klimaschutzziele. Der Philosoph Richard David Precht veranschaulichte anschließend, wie

engagierte Bürger – bisweilen gegen den Widerstand der Stadt – in eigen initiierten Projekten vor Ort für mehr Lebensqualität in ihren Quartieren sorgen. Wenn es um die Finanzierung und Realisierung eines grünen Lebens- und Wohnumfeldes gehe, könne man sich nicht mehr allein auf die Kommunen verlassen. „Auch die klassische Planung „von oben“ ist überholt“, sagte Precht: „Künftig kommt es darauf an, Bürger frühzeitig in Grünprojekte einzubinden und fair zu beteiligen.“ Alte „Feindlinien“ zwischen Amateuren und Profis gelten bei der Ge-

staltung öffentlicher Grünräume nicht mehr. „Der Amateur startet ein Projekt, braucht aber den Profi, damit es gelingt“, so Precht. „Das Bedürfnis nach Grün wächst – und die grüne Branche kann ein Profiteur dieses Wandels sein.“

Precht nahm – ebenfalls wie Katja Kullmann und Rob Creemers – an der Podiumsdiskussion zum Thema „Lebendiges Grün – Privileg oder Grundrecht?“ teil. Komplettiert wurde die Gesprächsrunde durch Uwe Lübking, Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, sowie BGL Vizepräsident Eiko Leitsch. „Grün ist den Menschen wichtig und muss daher als Teil der Daseinsvorsorge anerkannt werden“, forderte Leitsch und verwies auf eine aktuelle forsa-Umfrage in zwölf deutschen Großstädten. Danach seien vier von fünf Befragten dafür, Parks und Grünflächen von Einsparungen in den öffentlichen Haushalten auszunehmen. Uwe Lübking wies in seiner Antwort auf die angespannte Haushaltslage in vielen

Kommunen hin: „Über die Erfüllung von Rechtsansprüchen, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Kindergartenplätzen, hinaus ist vielfach kein finanzieller Spielraum vorhanden.“ Um mehr Leistungen zu ermöglichen, sei mehr Bürgerengagement gefragt. Richard David Precht konkretisierte, mit Bürgerengagement allein sei es nicht getan: „Wir brauchen ein neues Denken und eine bürgerfreundlichere Mentalität in den Verwaltungen.“ Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer, dass es letztlich auf ein konstruktives und kreatives Zusammenspiel aller Akteure (Politik, Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Experten) ankomme, um den Weg für mehr bzw. bedürfnisorientierte Grünprojekte freizumachen.

In seinem Vortrag stellte Peter Altmaier, Chef des Bundeskanzleramtes, die Position der Bundesregierung zu naturnaher Stadtbegrünung vor: „Städte zukunfts-gerecht aufzustellen ist eine komplexe Aufgabe – die grüne Branche leistet dazu einen wertvollen Beitrag.“ Altmaier versprach, die Kommunen von Seiten des Bundes künftig weiter zu entlasten – unter anderem um mehr finanzielle Freiräume für Grünprojekte zu schaffen. Gleichwohl gelte es, so Altmaier, verstärkt auch über innovative Finanzierungsmodelle, unter anderem Public-Private-Partnerships, nachzudenken. □

Weichenstellung für grüne Stadtentwicklung

Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf nimmt Charta „Zukunft Stadt und Grün“ entgegen

In einer feierlichen Zeremonie hat Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf im Münchner Presseclub die Charta „Zukunft Stadt und Grün“ entgegengenommen. Diese Charta setzt sich für mehr Lebensqualität durch urbanes Grün in Bayerns Innenstädten ein. „Die lebenswerte Stadt der Zukunft setzt auf grüne Oasen. Vielfältige Ökosysteme in der Stadt sind der Schlüssel für eine hohe Lebensqualität. Natur in der Stadt steigert das Wohlbefinden, bietet wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen und ist in Zeiten des Klimawandels wertvoller denn je. Die Charta „Zukunft Stadt und Grün“ unterstreicht diese Bedeutung. Bayern hat im Sommer ein Biodiversitätsprogramm beschlossen. Ziel ist es, diesen Masterplan für den Erhalt der Artenvielfalt in Bayern auch in unseren Städten umzusetzen“, sagte Scharf bei der Übergabe.

Bundesweit haben sich mehr als 30 Verbände und Organisationen als Unterstützer der Charta eingetragen. Der Anstoß dazu kam vom Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL) e.V. und der Stiftung DIE GRÜNE STADT. Zu den 21 Erstunterzeichnern gehören unter anderem der NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V., der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA), der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) und IKEA Deutschland.

Wichtiges Bindeglied

In Bayern wird diese Charta unterstützt vom Landesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau. Für Präsident Ulrich Schäfer ist lebendiges Grün das wichtigste Bindeglied zwischen allen Funktionen der Stadt: „Ob Dächer, Fassaden oder Parks und Gärten – Grün wirkt sich positiv auf ökonomische wie auf ökologische und soziale Erfolgsfaktoren in unseren Städten aus“, so Schäfer. Nicht nur Standorte und Immobilien werden nach Ansicht des Präsidenten aufgewertet, urbanes Grün verbessert sogar das Image einer Stadt: „Es ist anerkanntermaßen das stärkste Instrument in der Stadtklimatologie, zudem Schadstoff- und Lärmfilter, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen, sozialer Treffpunkt und als Naturerfahrungsraum insbesondere für Kinder unersetzlich. Die Charta dient unserer Ansicht nach als Basis für eine zielführende und glaubwürdige Argumentation für mehr und besseres Grün“, so Schäfer.

Kritik in Richtung Politik gab es

zialer Funktionen, Steigerung der Standortqualität, Schutz des Bodens, des Wassers und der Luft, Erhalt des Artenreichtums, Förderung von bau- und vegetations-technischer Forschung und schließlich die Schaffung gesetzlicher und fiskalischer Anreize.

Nutzungskonflikte um Flächen

Für den Vorstand der Stiftung DIE GRÜNE STADT, Peter Menke, ist grüne Stadtentwicklung das Leitbild für die Zukunft. Grünräume spielen seiner Ansicht nach dabei zusammen mit Wasserflächen eine zentrale Rolle: „Tatsache ist, dass Städte, obwohl sie nur drei Prozent der Erdoberfläche bedecken, mehr als 80 Prozent aller Ressourcen verbrauchen. Nutzungskonflikte um Flächen sind vorprogrammiert: Ein zusammenhängendes System von Grünflächen verbessert das Klima in der Stadt und fördert Wohlbefinden und Gesundheit ihrer Bürger.“ Diese Tatsachen seien bisher ebenso unterschätzt worden, wie die Wirkung von Grün auf das Image einer Stadt und dessen Potenzial für Wirtschaft und Tourismus“, so Menke. □

Mercedes-Benz S 500 Plug-In Hybrid erhält Umweltzertifikat

Bis zu 33 Kilometer lokal emissionsfrei, im Lebenszyklus mit bis zu 56 Prozent weniger CO₂-Emissionen: Der S 500 Plug-In Hybrid setzt neue Maßstäbe in der Luxusklasse.

Die hohe Umweltverträglichkeit bestätigten jetzt auch die neutralen Prüfer des TÜV Süd: Der erste Plug-In Hybrid von Mercedes-Benz erhielt das Umweltzertifikat nach ISO-Richtlinie TR 14062. Die Auszeichnung basiert auf einer umfassenden Öko-Bilanz des S 500 Plug-In Hybrid, bei der jedes umweltrelevante Detail dokumentiert wird.

Damit verfügen alle drei Hybridmodelle der S-Klasse über ein Umweltzertifikat. Darin wird die Umweltbilanz der Modelle von der Entwicklung bis zum Recycling über den gesamten Lifecycle hinweg ausführlich dokumentiert und von unabhängigen Gutachtern nach international anerkannten Normen zertifiziert. □

Volkswagen e-load up!:

Elektrischer Kleinstlieferwagen für die Stadt

Der Volkswagen load up! ist ein neuer kleiner Stadtlieferwagen, der Nachhaltigkeit zugleich besonders groß schreibt: Denn gerade mit e-Antrieb ermöglicht er den Zugang zu den „zero emission zones“ der Großstädte und eine sparsame Fahrzeugflotte.

Ab sofort ist der neue Volkswagen e-load up! bestellbar. Als kleines Nutzfahrzeug mit hoher Alltagstauglichkeit eignet er sich besonders für den Einsatz im städtischen Nahverkehr: Null Emissionen stehen einer Nutzlast von 285 Kilogramm und einem Laderaumvolumen von 990 Litern zwischen Heckklappe und Trenngitter gegenüber. Damit ist der wendige elektrische Kleinlieferwagen von 3,54 Metern Außenlänge vor allem für Servicetechniker, Kurier- oder Bringdienste, aber auch für viele kommunale Dienstleister oder für Sozialdienste interessant.

Lautloser Antrieb

Sein Antrieb erfolgt nahezu lautlos. Ein 60 kW / 82 PS starker Elektromotor beschleunigt den Transport-Floh in nur 12,4 Sekunden von 0 auf 100 km/h und stoppt den Vortrieb erst bei einer Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h. Ausreichend Performance, um im dichten Stadtverkehr agil unterwegs zu sein. Dafür sorgt vor allem auch das Drehmoment von maximal 210 Newtonmetern. Die im Unterboden integrierte Lithium-Ionen-Batterie hat eine Speicherkapazität von 18,7 kWh. Mit einer Ladung können durch das geringe Fahrzeuggewicht bis zu 160 Kilometer (nach NEFZ) zurückgelegt werden.

Ladestandard

Die Schnittstelle zum Aufladen der Batterie verbirgt sich auch im e-load up! hinter dem „Tankdeckel“. Dabei kommt optional das von Volkswagen und weiteren Herstellern standardisierte Ladesystem CCS (Combined Charging System) zum Einsatz.

Es unterstützt Gleich- und Wechselstromladung gleichermaßen, sodass an den meisten Ladestationen unabhängig von Stromquelle und angebotener Ladegeschwindigkeit die Fahrzeugbatterie geladen werden kann. Bereits nach 30 Minuten hat der e-load up! so bis zu 80 Prozent seiner Speicherkapazität wieder erlangt.

Nutzfahrzeug-Zulassung

Der als Nutzfahrzeug zugelassene e-load up! basiert auf dem viertürigen e-up! und unterscheidet sich durch klassische Nutzfahrzeug-Elemente im Innenraum hinter den beiden Vordersitzen: der Laderaum mit ebener Boden mit vier Verzurrösen kann sowohl durch die Heckklappe wie auch durch die beiden Seitentüren beladen werden. Die stabile Gittertrennwand sorgt dafür, dass die Ladung sicher an ihrem Ort bleibt, robuste Seitenverkleidungen sorgen für eine hohe Alltagstauglichkeit beim Transport unterschiedlichster Gegenstände.

Ladekanten-Schutzfolie

Von außen ist der kleine Lastenträger nur durch die abgedunkelten hinteren Seitenscheiben, Schriftzüge seitlich sowie am Heck und die Ladekanten-Schutzfolie auf dem hinteren Stoßfänger zu erkennen. Der kleine viertürige elektrische Stadtlieferwagen ist ab 23.046,22 Euro (ohne MwSt) erhältlich.

Der viertürige load up! ist auch als Benziner mit 44 kW (60 PS) sowie als eco load up! mit 50 kW (68 PS) und CNG-Antrieb mit einer maximalen Nutzlast von bis zu 363 Kilogramm bestellbar. Die Preise beginnen bei 9.222,69 Euro bzw. 11.722,69 Euro, jeweils zzgl. Mehrwertsteuer. □



Service für Ölabscheider
Kostensparende Entleerung, Reinigung und Generalinspektion nach Plan.

Entsorgung von Emulsionen

Verwertung von Altöl und Emulsionen aus der Metallverarbeitung in eigener chemisch-physikalischer Aufbereitungsanlage.

Sicherheit durch eANV

Wir bieten unseren Kunden Rechtssicherheit durch das elektronische Abfallnachweisverfahren.

Für mehr Informationen wählen Sie bitte
Service-Telefon: 09923/8419-0
E-Mail: info@restoil.de



Generalinspektion für kommunale Regiebetriebe

Der Waschplatz am Bauhof und die Waschküche für die Feuerwehrfahrzeuge – natürlich sind sie mit einem Ölabscheider (Koaleszenzabscheider) ausgestattet. Der unterliegt aber nicht nur der Eigenkontrolle, sondern auch halbjährlicher Wartung. Ferner ist der Abscheider vor der Inbetriebnahme und dann alle 5 Jahre wieder einer umfassenden Generalinspektion zu unterziehen. Wer diese Pflicht

hat, hat auch das Recht, die Kosten dafür zu senken, ohne an der Rechtssicherheit zu sparen. Hilfe bietet die zur Kuchler Service-Unternehmensgruppe gehörende Firma RESTOIL. Sie erledigt die periodische Leerung und Reinigung, ebenso wie die Generalinspektion mit Prüfung der Dichtigkeit. Die Entsorgung der separierten Leichtflüssigkeiten erfolgt – ganz sicher nur mit eANV – in der chemisch-physikalischen Aufbereitungsanlage in Geiersthal. Die neue, nach BImSchG genehmigte Anlage der Firma RESTOIL ist eine der modernsten in Europa.

Deutschland-Tag des Nahverkehrs:

Alarmstufe Rot

Der ÖPNV in Deutschland steuert auf gewaltige Probleme zu: Darauf machten der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und die Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ mit einem erneuten Deutschland-Tag des Nahverkehrs aufmerksam. Im Mittelpunkt stand die Übergabe einer Resolution an Parlamentarier vor dem Berliner Reichstag. Darin wird die Bundespolitik aufgefordert, nach Jahren des Stillstands verlässliche Anschlussregelungen für die ÖPNV-Finanzierung zu schaffen.

Verkehrsunternehmen aus ganz Deutschland beteiligten sich mit 62 Linienbussen am Aktionstag, darunter auch die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg. Wie VAG-Vorstandsvorsitzender Josef Hasler feststellte, „investiert der Staat viel zu wenig in den Erhalt und den Ausbau der lebenswichtigen Infrastruktur. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in den Städten und der auch unabhängig davon steigenden Nachfrage sind Investitionen dringend notwendig, um das Nahverkehrsnetz in seinem Bestand funktionsfähig zu erhalten“.

Fokus auf Anlagen und Fahrzeuge

Gerade die Sanierung, Modernisierung und Erneuerung der bestehenden Infrastruktur sei bisher nicht im erforderlichen Maß wahrgenommen worden, so Hasler. Klar müsse auch in den weiteren Ausbau des ÖPNV investiert werden, aber die bestehenden Anlagen und Fahrzeuge dürften nicht vernachlässigt werden. Die VAG sorgt mit 435 Fahrzeugen auf 92 Linien dafür, dass jährlich rund 183 Millionen Fahrgäste im Städtedreieck sicher an ihr Ziel kommen.

Damit das auch weiterhin so bleibt, seien Investitionen und Unterhaltmaßnahmen für Fahrzeuge, Anlagen und Technik notwendig. Allein um das bestehende Angebot zu erhalten, müsse die VAG bis 2030 rund 1,2 Milliarden Euro investieren sowie für den Unterhalt aufbringen. Das sind pro Jahr durch-

schnittlich etwas mehr als 67 Millionen Euro. Hinzu kommen Mittel, die die Stadt Nürnberg in ihrem Haushalt für die Verkehrsinfrastruktur vorsieht.

„Dank vorausschauender und regelmäßiger Instandhaltung sind unsere Fahrzeuge und Anlagen gut in Schuss und der ÖPNV ist absolut leistungsfähig“, betonte Hasler. „Doch auch bei uns wird der Erneuerungsbedarf in allen Bereichen deutlich steigen. Die Anlagen und Fahrzeuge altern.“

Substanz erhalten

Am Beispiel der Tunnelbauwerke und Gleisanlagen der U-Bahn machte er deutlich, dass in den nächsten Jahren erhebliche Mittel investiert werden müssen. Hier gehe es rein um den Erhalt der Substanz, die Funktionalität bleibe gleich. Hasler: „Für die Zukunft brauchen wir eine verlässliche und bessere Finanzierungsbasis für den ÖPNV. Bisher wird die Instandhaltung überhaupt nicht und Erneuerungsinvestitionen nur, wenn es eine erhebliche qualitative Verbesserung gibt, bezuschusst. Aber nicht immer gibt es diese.“

Die Maßnahmen könnten Städte wie Verkehrsunternehmen nicht mehr alleine schultern, bemerkte der Vorstand. Auch Erhaltungsinvestitionen seien förderwürdig, da den Verkehrsbetrieben sonst nichts anderes übrig bleibe, als weiter an der Substanz zu kratzen, was nur anfangs gut gehe. Auch sei es keine Lösung, den Fahrgä-

sten die Kosten aufzubürden.

Neben Instandhaltungs- und Reinvestitionen seien weitere Angebotsverbesserungen notwendig, vor allem ins Verkehrsnetz, wie im Fall der Straßenbahnverlängerung von Thon nach Am Wegfeld. Zudem sollen Maßnahmen aus dem Nahverkehrsentwicklungsplan (NVEP) umgesetzt werden, zum Beispiel die Verlängerung der Stadt-Umland-Bahn nach Erlangen (StUB), die Straßenbahn in die Brunecker Straße oder die Altstadtquerung. Für Investitionen in diese Projekte wären bis 2030 zusätzliche Mittel in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro notwendig. Das wären durchschnittlich rund 78 Millionen Euro pro Jahr.

Auf dem Prüfstand

„Wir befördern jedes Jahr mehr Fahrgäste und alle Experten sind sich einig, dass der Verkehr in Großstädten und Ballungsräumen ohne einen leistungsstarken ÖPNV völlig zum Erliegen käme. Die öffentlichen Fördermittel dagegen sind seit Jahren rückläufig und wesentliche ÖPNV-Finanzierungssäulen wie die Regionalisierungsmittel oder das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz stehen aktuell auf dem Prüfstand, Ausgang ungewiss. Das kann nicht mehr lange gut gehen“, beklagte auch VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Die Fahrgastzahlen seien in den vergangenen zehn Jahren um 7,4 Prozent angestiegen, so dass mittlerweile täglich 27 Millionen Menschen den ÖPNV in Deutschland nutzen. Die öffentlichen Zuschüsse dagegen sanken im selben Zeitraum um fast 250 Millionen Euro – ein Minus von 6,4 Prozent. Bisher hätten die Verkehrsunternehmen die fehlenden Mittel durch Einsparungen und vertretbare

Fahrpreiserhöhungen zu kompensieren versucht. Diese Sparbemühungen und Mehreinnahmen reichten jedoch bei weitem nicht aus, um den Sanierungsstau von inzwischen rund vier Milliarden Euro bei der ÖPNV-Infrastruktur zu beseitigen.

„Die Erneuerung unsere technischen Anlagen, Tunnel und Gleise können wir als Branche nicht aus eigenen Mitteln bezahlen. Und die Städte und Kommunen können das ebenso wenig, deshalb ist eine ausreichende finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder zwingend erforderlich“, so Fenske. Eine schnelle Anschlussregelung bei den Regionalisierungsmitteln und beim GVFG sei für die Verkehrsunternehmen gerade angesichts langer Planungsvorläufe bei der Realisierung von Verkehrsprojekten das zentrale Thema der Branche.

GVFG-Mittel anpassen

Wie dringend eine Anhebung der Finanzmittel ist, zeigt folgende einfache Rechnung: Während die GVFG-Mittel seit 1997 konstant bei jährlich rund 330 Millionen Euro liegen, sind die Baukosten in Deutschland seitdem kontinuierlich gestiegen, so dass jeder Euro aus dem GVFG im Jahr 2014 real nur noch 66 Cent wert ist. „Für dieselbe Bauleistung wie 1997 müssen wir heute nur aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen ein Drittel mehr bezahlen. Die GVFG-Mittel sind aber seit 17 Jahren nicht angepasst worden“, erläuterte der VDV-Präsident.

Insbesondere bei den Straßen- und U-Bahnnetzen in den Ballungsräumen bestehe dadurch erheblicher Investitionsbedarf. Die Systeme seien vielerorts in die Jahre gekommen. Allein in München müssten im nächsten Jahrzehnt mindestens 1,6 Milliarden Euro für Erhalt und Ausbau aufgebracht werden, nötige Ausgaben für die ab 2022 gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit noch nicht eingerechnet. DK

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund:

Mandantenfähiges Integrationssystem

IVU Traffic Technologies AG liefert Hintergrundsoftware für MVV-Regionalbusverkehr

Mobilität im Münchner Umland ist weiß-blau-grün. Die Regionalbusse im MVV (Münchner Verkehrs- und Tarifverbund) erschließen die Landkreise und verbinden sie untereinander sowie mit der bayerischen Landeshauptstadt. Auf über 200 Linien mit mehr als 3.600 Haltestellen und einer Streckenlänge von 4.300 km stellen rund 40 eigenständige Verkehrsunternehmen mit fast 600 Fahrzeugen einen flächendeckenden Nahverkehr sicher. Um die Fahrgäste in der Region ab Dezember 2015 mit Echtzeitdaten versorgen zu können, hat die MVV GmbH bei der IVU Traffic Technologies AG im Anschluss an eine europaweite Ausschreibung das Projekt ISE (Integrationssystem für Echtzeitdaten) in Auftrag gegeben.

Die MVV GmbH ist im Auftrag der acht Verbundlandkreise für die Planung, Organisation und Vergabe von Verkehrsleistungen im MVV-Regionalbusverkehr zuständig. Mit der Einführung des ISE verfolgt die MVV GmbH das Ziel, den Fahrgästen aktuelle Informationen zum Betriebsablauf anzubieten, die Anschlusssicherung zwischen dem MVV-Regionalbusverkehr und weiteren Verkehrsmitteln wie der S-Bahn und U-Bahn zu verbessern und den Verkehrsunternehmen eine technische Unterstützung für die Disposition zur Verfügung zu stellen.

Der Aufbau des ISE erfolgt im Rahmen der Telematikinitiative DEFAS (Durchgängiges elektronisches Fahrgastinformations- und Anschlusssicherungssystem) des Freistaats Bayern und wird durch die Regierung von Oberbayern gefördert. Der MVV-Regionalbusverkehr wird vor allem von kleinen und mittelständischen Verkehrsunternehmen erbracht. Daher haben die Verbundlandkreise die Verbundgesellschaft beauftragt, ein zentrales, mandantenfähiges System unter der Hoheit der MVV GmbH aufzubauen und den Verkehrsunternehmen zur Verfügung zu stellen.

Besonderen Wert legt die MVV GmbH dabei auf die Mandantenfähigkeit der diskriminierungsfreien Lösung. Nach wie vor ist jedes Verkehrsunternehmen selbst für den Betriebsablauf auf den von ihm bedienten Linien verantwortlich. Mit dem Integrationssystem kommt die Möglichkeit hinzu, Ist-Daten der MVV-Regionalbusunternehmen zu generieren und an zentraler Stelle zusammenzuführen. Es dient dabei insbesondere den MVV-Regionalbusunternehmen, die über kein eigenes RBL/ITCS verfügen.

Die Berliner IVU Traffic Technologies AG liefert mit den Produkten IVU.fleet und IVU.fare die

Hauptkomponenten für das integrierte Echtzeitdatenerfassungssystem samt elektronischem Fahrgeldmanagement. Im Verlauf des Projektes haben sich darüber hinaus mehrere Verkehrsunternehmen entschlossen, IVU-Bordrechner für ihre Fahrzeuge anzuschaffen. Für den Betrieb des Flottenmanagementsystems ist das jedoch nicht zwingend, denn offene Schnittstellen versetzen IVU.fleet in die Lage, Bordrechner von Fremdanbietern nahtlos einzubinden.

Ab Januar 2015 startet der Probebetrieb mit dem kombinierten Bordrechner und Fahrschein-druker IVU.ticket.box in 50 Regionalbussen. Alle Geräte sind bereits für E-Ticketing vorbereitet und damit zukunftssicher. Zum Jahresende 2015 gehen dann mindestens 120 Fahrzeuge mit den Systemen in den Regelbetrieb. Dann liefern diese Busse kontinuierlich Echtzeitdaten an die Integrationsplattform des MVV. Dessen Fahrgäste profitieren dadurch von durchgängig aktuellen Informationen für viele Anschlüsse – dann auch außerhalb des Münchner Stadtgebietes und über Unternehmensgrenzen hinweg.

„Das IVU-System hat uns durch seine Flexibilität und seinen standardisierten Aufbau überzeugt“, erklärt Alexander Freitag, MVV-Geschäftsführer. „Dank der Integration unterschiedlicher Datenquellen mehrerer Unternehmen und die kurze Implementierungsdauer können wir den Service und Komfort für unsere Fahrgäste schon bald spürbar verbessern.“ Dr. Helmut Bergstein, Vorstand der IVU Traffic Technologies AG ergänzt: „Regionen brauchen attraktive und verlässliche Angebote im Nahverkehr, wie eine einheitliche Tarifstruktur und eine durchgängige Fahrgastinformation. Das ermöglicht unser mandantenfähiges System.“ □

Schwarzfahren:

Anhebung des erhöhten Beförderungsentgeltes

Der Bundesrat hat einstimmig eine bayerische Bundesratsinitiative zur Anhebung des erhöhten Beförderungsentgeltes beim Schwarzfahren im öffentlichen Personenverkehr beschlossen. Der Bundesverkehrsminister muss nun zeitnah die Rechtsänderung bestätigen. Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann hatte diesen Vorschlag auf den Weg gebracht.

„Mit der kräftigen Anhebung von 40 auf 60 Euro wollen wir die steigende Zahl an Schwarzfahrer besser abschrecken“, erklärte Herrmann. „Die Botschaft ist klar: Schwarzfahren darf sich nicht lohnen. Denn die Zeche für die Einnahmeverluste der Verkehrsunternehmen zahlen vor allem die ehrlichen Kunden.“ Die Anhebung soll bereits 2015 bundesweit in Kraft treten.

Die letzte Anhebung des erhöhten Beförderungsentgeltes erfolgte Anfang 2003 von 30 auf 40 Euro. Zwischenzeitlich hat sich die Zahl der sogenannten Beförderungser-schleichungen in Bayern von 10.087 (2004) auf 18.181 Fälle (2013) fast verdoppelt. Das Dunkel-feld der nicht entdeckten oder angezeigten Schwarzfahrten dürf-

te erheblich höher liegen. „Höchste Zeit also, den Schwarzfahren empfindlich auf die Füße zu treten“, forderte Herrmann. Nach einer Schätzung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen entgehen den Verkehrsunternehmen deutschlandweit rund 250 Millionen Euro pro Jahr. Diese Einnahmefälle werden letztlich durch die Fahrpreise und die staatlichen Bestelltentgelte ausgeglichen.

Dazu kommt, dass sich seit der letzten Anhebung auch Beförderungsentgelte, Löhne und Gehälter deutlich erhöht haben. „Mit dieser angemessenen Anhebung stellen wir die mittlerweile gestörte Relation zwischen den Fahrpreisen und dem aktuell geltenden erhöhten Beförderungsentgelt wieder her“, erläuterte der Minister. □

Großes Interesse an „Bahn Backstage Bayern“

Rund 130 Teilnehmer bei Aktionstagen von DB Regio Bayern

Die Menschen in Bayern haben das Angebot von DB Regio Bayern und der Südostbayernbahn (SOB) zum exklusiven Blick hinter die Kulissen der Bahn rege angenommen: Mehrere hundert Interessenten hatten sich an Verlosungen in Zeitungen und Radiosendern sowie im Internet unter www.bahn.de/backstage-bayern beteiligt und für die zwölf Backstage-Veranstaltungen beworben. Für rund 130 glückliche Gewinner öffnete DB Regio Bayern schließlich die Türen in Werkstätten, Ansagezentren oder die Transportleitung.

Dort erfuhren die Teilnehmer unter anderem, warum eine Zugwerkstatt niemals schläft, dass auch Züge unter die Dusche dürfen und welche skurrilen Ausreden Zugbegleiter bisweilen von Schwarzfahrern zu hören bekommen. Die Veranstaltungen fanden im Oktober und November statt. Streikbedingt mussten vier Termine verlegt werden.

Einblicke in die tägliche Arbeit

„Wir freuen uns über das große Interesse an unserer Arbeit. Die Veranstaltungen waren nicht nur für die Teilnehmer, sondern auch für uns als Eisenbahnbetrieb eine außergewöhnliche Erfahrung. Mit unseren Fahrgästen über die Zugfahrt hinaus in Kontakt zu treten, ihnen einen Einblick in unsere tägliche Arbeit zu geben, hat uns sehr viel Spaß gemacht“, so Hansrüdiger Fritz, Vorsitzender der Regionalleitung DB Regio Bayern.

In zwölf Veranstaltungen an sechs Standorten in ganz Bayern gewährten DB Regio Bayern und die SOB spannende Einblicke hinter die Kulissen des Bahnbetriebs. Für Kinder fanden in den Herbstferien eigene Veranstaltungen statt, von der Fahrt durch die Waschanlage für Regionalzüge in München über eine Halloween-Fahrt von Mühldorf nach München und wieder zurück bis hin zur Übernachtung in der Regio-Werkstatt in Hof.

Bei der S-Bahn München durften mehrere Kinder die Zugansagen machen, die in den nächsten Wochen auf der Stammstrecke zu hören sein werden. Beim Erwachsenen-Programm konnten die Teilnehmer zum Beispiel in Kempten sehen, wie Züge gewartet und repariert werden. Wie es sich anfühlt, während der Fahrt beim Lokführer im Führerstand zu sitzen, erlebten die Teilnehmer der Aktion in Würzburg. □

Stimmungsvoll durchs vorweihnachtliche Nürnberg

Glühweinfahrten in historischen Straßenbahnen

Wenn der Duft von Lebkuchen und Glühwein durchs Abteil zieht und ein Schaffner Wissenswertes und Interessantes zur Nürnberger Stadtgeschichte erzählt, ist das keine gewöhnliche Fahrt mit der Straßenbahn. Pünktlich zur Eröffnung des Christkindlesmarktes rücken die weihnachtlich geschmückten Oldtimer-Straßenbahnen wieder zu den beliebten Glühweinfahrten aus, organisiert von der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg und dem Verein Freunde der Nürnberg-Fürther Straßenbahn e. V.

Stimmungsvoller kann man in Nürnberg die Adventszeit kaum erleben als bei einer der Glühweinfahrten, die bis Sonntag, 21. Dezember, jeweils von Mittwoch bis Sonntag stattfinden. Die Weihnachtsboten auf Schienen starten unter der Woche jeweils um 15.00, 16.00 und 17.00 Uhr am Nürnberger Hauptbahnhof, an den Wochenenden von 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr sogar alle 30 Minuten.

Die rund 45-minütigen Glühweinfahrten mit Fahrzeugen aus den Jahren 1952 bis 1960 kosten 16 Euro – inklusive stadtgeschichtlicher Erläuterungen, Glühwein oder Kinderpunsch in einer limitierten Sammeltasse und einem handwerklich gefertigten Eisenlebkuchen. Nach dem Start am Hauptbahnhof geht es Richtung Rennweg, durch die Pirckheimerstraße zum Plärrer und schließlich durch die Altstadt zurück zum Hauptbahnhof.

Unterwegs können auch regelmäßige Teilnehmer immer wieder Neues erfahren. Denn jeder Schaffner setzt während der Fahrt andere Schwerpunkte. So wird das Mitfahren nie langweilig und es gibt viele treue Kunden, die jedes Jahr aufs Neue an den Glühweinfahrten teilnehmen.

Die Glühweinfahrten werden

von der VAG und den Freunden der Nürnberg-Fürther Straßenbahn seit dem Jahr 2000 angeboten. Nachdem die Rundfahrten mit der historischen Burgringlinie in der Adventszeit immer besonders ausgelastet waren, fahren die Straßenbahnen aus Großmutterns Zeiten Sonderschichten im Advent. Hierfür werden sie alle Jahre wieder weihnachtlich geschmückt. Die Glühwein-Straßenbahnen können auch für private Feste und Weihnachtsfeiern gemietet werden. Auskünfte hierzu gibt es unter der Telefonnummer 0911/283-4654.

Flair der Jahrhundertwende

Ein ganz besonderes Erlebnis für Liebhaber historischer Straßenbahnen bieten die Glühweinfahrten mit der Jugendstil- Straßenbahn. Jeden Adventssamstag, jeweils um 17.15 sowie 18.15 Uhr, vermittelt Nürnbergs ältester Straßenbahnwagen aus dem Jahr 1904 das Flair der Jahrhundertwende. Im Preis von 31 Euro ist neben Glühwein oder Kinderpunsch, Lebkuchen und Sammeltasse ein Spenden-Baustein in Höhe von 15 Euro enthalten. Mit der Spende unterstützen die Fahrgäste den Erhalt und die Restaurierung der historischen Fahrzeugflotte. □

„60 Jahre Bezirk Oberbayern“ in Freising:

Gestärkter Partner auf Augenhöhe

Am 28. November 1954 wurden in Bayern erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Bezirkstage gewählt. Dieses historische Datum wurde zum Anlass genommen, im Europäischen Künstlerhaus Schafhof in Freising „60 Jahre Bezirk Oberbayern“ mit 200 geladenen Gästen zu feiern. Der Bezirk Oberbayern beschäftigt mit seinen Tochterunternehmen über 6.000 Mitarbeiter und verfügt über einen Etat von ca. 1,5 Mrd. Euro (ohne die Wirtschaftspläne seiner Krankenhäuser).

„Wenn auch der Bezirk für viele Bürger nach wie vor ein unbekanntes Wesen ist – seine Bedeutung für das bayerische Sozialwesen ist nicht von der Hand zu weisen“, bekannte in seiner Begrüßungsrede Bezirkspräsident Josef Mederer. Hier arbeite im Stillen eine Großbehörde, die für so wichtige Bereiche wie die psychiatrische Versorgung der oberbayerischen Bevölkerung, die Hilfe für Menschen mit Behinderungen und die Hilfe zur Pflege zuständig ist.

Mederer: „Der Bezirk Oberbayern ist in der Öffentlichkeit zwar unscheinbar geblieben, aber er ist zu einem entscheidenden Faktor geworden, der aus dem politischen Leben und der Verwaltungsstruktur des Freistaats nicht mehr wegzudenken ist. Das wurde ja letztlich auch offenbar, als im Jahr 2000 im Landtag über die Abschaffung der Bezirke diskutiert wurde – mit dem Ergebnis, dass die Bezirke gestärkt aus diesem Prozess hervorgingen.“

443 Bezirksräte hatten im Verlauf der vergangenen 60 Jahre einen Platz im Bezirkstag inne. „Manch einer mag sich vielleicht darüber wundern, wie gut das demokratische Zusammenspiel im oberbayerischen Bezirkstag funktioniert und welche ungewöhnlichen Koalitionen sich bei manchen Beschlüssen bilden. Ich sage dazu nur: Hier agieren Menschen, die durch ihr langjähriges Wirken in der Kommunalpolitik geerdet sind und die sich gerade auch im Bezirkstag frei fühlen, nicht allein nach dem Parteibuch zu entscheiden. Und das gibt diesem Gremium einen ganz eigenständigen Charakter“, hob Mederer hervor.

Dieser werde auch in den kommenden Jahren benötigt, werden doch die Aufgaben nicht leichter, so der Bezirkspräsident: „Gerade im Bereich der sozialen Hilfen und im Gesundheitswesen kommen große Anforderungen auf uns zu. Zum einen hängen diese natürlich mit dem sozialen Wandel zusammen, den unsere Gesellschaft aktuell erlebt. Zum anderen sehen wir uns in der Pflicht, für unsere schwächeren und hilfebedürftigen Bürger Verantwortung zu übernehmen und ihnen Chancengleichheit zu ermöglichen. Und das ist eine Aufgabe, die nicht nur finanziell aufwändig, sondern auch von der Umsetzung her anspruchsvoll ist.“

Es liege auf der Hand, dass die Bezirke exakt im sozialen Bereich die meisten Wünsche an Bund und Freistaat haben, betonte Mederer. So erhoffe er sich, dass das anvisierte Bundesteilhabegesetz auch wirklich so umgesetzt wird, wie es gedacht ist. Dieser große Schritt müsse sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für die Kommunen eine deutliche Verbesserung bedeuten. Auch wünsche er sich, dass Inklusion und Barrierefreiheit nicht zu reinen Schlagworten verkommen. „Die Kommunen erwarten hier, dass der Staat zu seinen Verpflichtungen steht.“

In punkto Pflege hofften die Bezirke sehr, dass die Leistungen der Pflegeversicherung erweitert werden, damit Betroffene und Angehörige endlich die Versorgung bekommen, die sie

brauchen. Und mit Blick auf die Entwicklung innerhalb der Psychiatrie meinte Mederer: „Aufgrund der Tatsache, dass die Kliniken ihre Behandlung auf Fallpauschalen aufbauen müssen, riskieren wir, die Gesundheit unserer Patienten zu gefährden.“

„Wir werden die politischen Ziele, die uns am Herzen liegen, auch in den kommenden Jahrzehnten weiterhin mit Nachdruck verfolgen“, machte Mederer deutlich. „Und wir werden weiter daran arbeiten, Oberbayern in seiner Identität zu erhalten und seine Eigenart zu bewahren. Denn hierin liegt eine Stärke, die von vielen unterschätzt wird.“

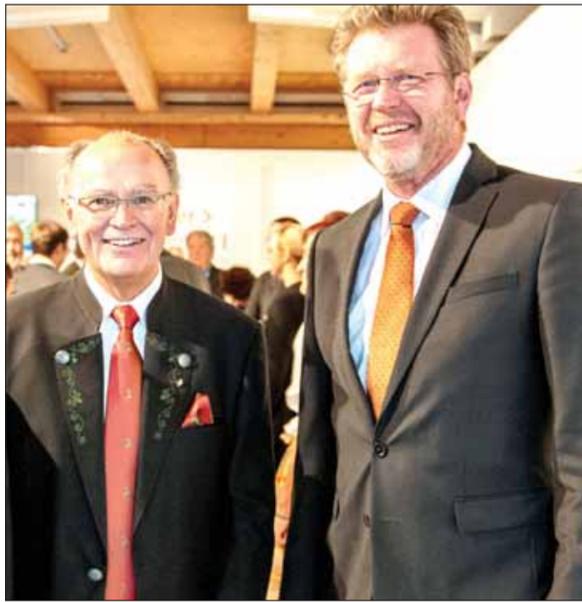
Einmalig in Deutschland

Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber bezeichnete die Bezirke in seinem Grußwort als „einmalig in Deutschland“. Im Freistaat Bayern handle es sich dabei um den wichtigsten Sozialhilfeträger. Vielfältig seien die von den Bezirken geleisteten Aufgaben, so Huber. Als Beispiel nannte er die psychiatrische und neurologische Versorgung.

Menschen mit Behinderung müssten aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgeholt werden; zudem sei ihnen mehr selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen, erläuterte Huber. Dazu sei es erforderlich, gemeinsam ein Bundesteilhabegesetz voranzubringen. Gleichzeitig sollten die Kommunen finanzielle Unterstützung erhalten, damit sie die Eingliederungshilfe auch in Zukunft schultern können.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist vereinbart, dass die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes soll mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr begonnen werden.

Nachdem Prof. Dr. Ferdinand Kramer in einem Zeitraffer herausragende oberbayerische Orte des Zeitgeschehens beleuchtet und dabei auf Traditionsstränge wichtiger demokratischer Prinzipien aufmerksam gemacht hatte, stellte der oberbayerische Bezirksheimatpfleger Norbert Göttler das aktuell im Volk Verlag München erschienene Buch „Vielfalt zwischen Donau und Alpen – jenseits des Klischees“ vor. Die Publikation bietet fundierte Kenntnisse zur Region und bürtet zugleich humorvoll die Klischees vom Bilderbuch-Oberbayern gegen den Strich. Göttler hat das Buch im Auftrag des Bezirks Oberbayern herausgegeben und namhafte Autoren für die Mitarbeiter gewinnen können.



Der oberbayerische Bezirkspräsident Josef Mederer (links) gemeinsam mit Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber beim Festakt im Europäischen Künstlerhaus Schafhof in Freising.

und Landschaften an der Donau.

Ein besonderes Augenmerk legt Herausgeber Göttler auch auf die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land, bilden die Metropole München und die Region Oberbayern doch seit Jahrzehnten eine Symbiose, in der kulturelle Kreativität wachsen und gedeihen kann. Historiker, Publizisten und Kulturschaf-

fende aus Oberbayern haben in ihren Beiträgen historischen Spaziergänge entworfen, beschäftigen sich mit Kunst und Kultur und ebenso mit der Geistlichkeit in Oberbayern. Ein Buch, das mit thematischer Vielfalt und spannenden Bildmotiven viele Einstiegsmöglichkeiten bietet, Oberbayern ganz neu kennenzulernen. **DK**

Landkreis Dillingen a.d. Donau:

Hervorragend aufgestellt

Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft

Hervorragend aufgestellt sieht Landrat Leo Schrell die Wirtschaft im Landkreis Dillingen. Schrell nutzte ein Gespräch mit Vertretern der Wirtschaftsverbände sowie Behörden im Landkreis, den Unternehmen aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung für eine herausragende Leistung in den zurückliegenden Jahren zu danken. Zu dem Gespräch hatte die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen eingeladen.

Nach Aussage des Landrats wurden in den Jahren 2010 bis 2013 im Landkreis 3.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies entspricht einer Steigerung von 10,5 Prozent. Angesichts der anhaltend niedrigen Arbeitslosenquote herrsche im dritten Jahr in Folge Vollbeschäftigung. „Die Stärke unserer Wirtschaftsunternehmen ist neben der konjunkturellen Lage vor allem auch auf die hohe Ausbildungsquote zurückzuführen“, betonte Schrell in Bezug auf den Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik im Landkreis. Beide Seiten seien nachhaltig bemüht, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die dringend benötigten Fachkräfte auf Dauer ausbilden und sichern zu können.

Bildung schafft Zukunft

Auch aus diesem Grund handle der Landkreis seit Jahren nach der Prämisse „Bildung schafft Zukunft!“ und investiert seit 2009 insbesondere in die Modernisierung der Bildungseinrichtungen. Bis 2018 wird der Landkreis dafür rund 85 Mio. Euro ausgeben. Das Gymnasium in Wertingen, das in den zurückliegenden neun Jahren generalsaniert wurde, und den Neubau der Berufsschule in Lauingen nannte der Landrat in diesem Zusammenhang als Leuchtturmprojekte der Bildungsregion Landkreis Dillingen.

Weitere Themen des Gesprächs waren die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Auch hier sieht der Landrat die Region gut aufgestellt. Vor allem biete die Anerkennung der Kreisklinik St. Elisabeth als akademisches Lehrkrankenhaus der TU München sowie die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten die reelle Chance, ärztlichen Nachwuch-

für die Region zu gewinnen und vor allem zu begeistern. Erste Erfolge seien bereits erkennbar.

Leistungsfähige Infrastruktur

Ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort wird nach Meinung des Landrats wesentlich von einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur geprägt. Schrell freute sich deshalb über die großen Fortschritte beim Neubau der B 16 Umfahrung Dillingen-Steinheim.

Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer, betonte, dass das Kreditinstitut auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der Unternehmen der Wirtschaft sein und gleichzeitig das herausragende soziale und gemeinnützige Engagement im Landkreis wertschätzen und unterstützen werde. **DK**

Benefizaktion zugunsten Garchinger Asylbewerber

Der Vorschlag des SPD-Ortsvereins Garching, eine überparteiliche Benefizaktion auf dem Weihnachtsmarkt zu veranstalten, wurde von allen Garchinger Parteien - SPD, CSU, Grüne, Bürger für Garching, FDP und Unabhängige Garchinger - sehr begrüßt.

Die Vorsitzenden organisierten sofort Unterstützung in den eigenen Reihen und entsprechend der personellen Verfügbarkeiten bildeten sich bereits Teams, die an der Zubereitung und dem Verkauf einer selbstgemachten Kartoffelsuppe beteiligt sind.

Die Parteien freuen sich auf viele Besucher, die sich bei einer Schale Suppe auf dem Garchinger Weihnachtsmarkt aufwärmen und für die neuen Nachbarn spenden.

Die Stadt Garching stellt dem Bündnis am 6. Dezember einen Stand auf dem Garchinger Weihnachtsmarkt zur Verfügung und hat folgendes Spendenkonto bei der Kreissparkasse eingerichtet: DE 59702501500027898709. **DK**

Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis:

Dr. Seelbinder bleibt Präsidentin

Im Mittelpunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern im Landratsamt Tirschenreuth stand die Neuwahl des Präsidiums. Einstimmig für die Amtszeit bis 2017 bestätigt wurde Dr. Birgit Seelbinder, frühere Oberbürgermeisterin der Stadt Marktredwitz.

Zum neuen ersten stellvertretenden Präsidenten wurde Landrat Wolfgang Lippert (Tirschenreuth) gewählt, zweiter stellvertretender Präsident bleibt Landrat Klaus Peter Söllner aus Kulmbach. Neu ins Präsidium gewählt wurden Landrat Thomas Ebeling (Schwandorf), Oberbürgermeister Kurt Seggewiß (Weiden i. d. Opf.), Landrat Andreas Meier (Neustadt a. d. Waldnaab) sowie Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (Hof).

Als Präsidiumsmitglieder bestätigt wurden die Landräte Dr. Karl Döhler (Wunsiedel) und Hermann Hübner (Bayreuth), Prof. Dr. Erich Bauer von der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden, Wolfgang Eck von der IHK Regensburg/Weiden sowie Thomas Koller von der Handwerkskammer für Oberfranken.

Ehrenmitgliedschaft

Für seine Verdienste um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde Landrat a. D. Simon Wittmann aus Neustadt a. d. Waldnaab mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet. Mit einem Geschenk verabschiedet wurden auch die bisherigen Präsidiumsmitglieder Volker Liedtke (Landrat des Landkreises Schwandorf a. D.), Bernd Hering (Landrat des Landkreises Hof a. D.) und Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer (Stadt Amberg). Ministerialrat Matthias Herderich vom Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie informierte über den aktuellen Planungsstand des neuen INTERREG-Programms „Ziel ETZ Bayern-Tschechien 2014-2020“.

In ihrem Bilanzbericht wartete Euregio Egrensis-Präsidentin Dr. Birgit Seelbinder mit Blick auf die neue EU-Förderperiode 2014-2020 mit der entscheidenden Botschaft auf, „dass es auch im neuen Finanzzeitraum bis 2020 wieder europäische Fördermittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geben wird, auch für unsere Grenzregion“. Bei allen Sparbemühungen und Kürzungen in der EU werde man wohl die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ – so der künftige Fachbegriff für das frühere INTERREG-Programm – insgesamt eher sogar stärken, prognostizierte Seelbinder.

Nachdem in diesem Jahr zunächst die Fachöffentlichkeit und im Sommer dann auch die breite Öffentlichkeit über das Internet zu dem Entwurf für das neuen Förderprogramm Stellung nehmen konnten, wurde das Pro-

grammdokument laut Seelbinder Ende September schließlich durch die zuständigen Stellen bei der Europäischen Kommission in Brüssel eingereicht. Die Euregio sei im bisherigen Prozess der Programmstehung an verschiedenen Etappen immer wieder beteiligt gewesen und habe sich mit Stellungnahmen oder Hinweisen eingebracht.

Eingehender befasste sich die Präsidentin mit dem Dispositionsfonds der Euregio für die Kleinprojektförderung. Nach der Behandlung von über 600 grenzüberschreitenden Kleinprojekten beendete der bayerisch-tschechische Vergabeausschuss der Euregio Egrensis im Mai bei seiner letzten Sitzung in Ostrov die EU-Förderperiode 2007-2013 des Ziel-3-Programms Freistaat Bayern-Tschechische Republik. Insgesamt wurden auf beiden Seiten 542 Projekte eingeplant. Allein auf bayerischer Seite flossen damit EU-Mittel in Höhe von fast 1,8 Mio. Euro in das bayerische Euregio-Gebiet. Im Berichtszeitraum Oktober 2013 bis November 2014 hat der Vergabeausschuss bei vier Sitzungen 44 bayerische und 24 tschechische Projekte beschlossen.

Vier Millionen Euro Fördermittel seit 2008

In der Summe wurden seit 2008 aus dem Fonds, der im bayerischen und im tschechischen Teil der Euregio zur Verfügung stand, rund vier Millionen Euro Fördermittel für kleinere und mittlere Partnerprojekte von Kommunen, Vereinen, Organisationen, Schulen und Kindergärten in Oberfranken, der nördlichen Oberpfalz sowie in den Bezirken Karlsbad und Pilsen eingesetzt. Viele dieser Maßnahmen dienten in erster Linie dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Aufbau grenzüberschreitender Partnerschaften.

Wie Seelbinder konstatierte, „gestaltete sich während des gesamten Förderzeitraums die Zusammenarbeit zwischen der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern, die beim Dispositionsfonds als Lead-Partner auftrat, und der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Böhmen stets ausgesprochen vertrauensvoll und konstruktiv. Wir müssen das Verfahren nun bis 2015 endgültig rechnerisch abschließen.“

Zur Veranschaulichung, welche Projekte im abgelaufenen Förderzeitraum unterstützt wurden, stellte die Euregio Egrensis im September eine Bilanzbrochure vor. Auf 30 Seiten wurden ausgewählte Beispiele von geförderten Maßnahmen aus den Bereichen Bildung und Jugend, Bürgerbegegnungen, Umwelt und Natur, Kultur, Tourismus sowie grenzüberschreitender Katastrophenschutz präsentiert. Das durchschnittliche Volumen pro Vorhaben lag bei knapp 10.000 Euro, der Fördersatz bei 63 Prozent. Auch einige anschauliche Beispiele für Großprojekte im Euregio-Gebiet werden erläutert.

Nach Seelbinders Worten hat das als INTERREG bekannte EU-Programm damit wieder „einen großen Beitrag zum weiteren Zusammenwachsen der Grenzregion und vor allem zum besseren Kennenlernen der Menschen geleistet“. Es sei allen beteiligten Stellen und Projektträgern gelungen, die europäische Idee in der Region mit Leben zu füllen und die Integration voran zu treiben. **DK**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Metropolregion Nürnberg und Bezirk Karlsbad unterzeichnen Memorandum

Vertreter der Metropolregion Nürnberg und des Bezirks Karlsbad haben im Stadthaus Hersbruck ein Memorandum unterzeichnet, das eine internationale Arbeitsgemeinschaft begründet. Damit ist erstmals ein Gremium gefunden, das kontinuierlich ausleuchtet, welche Themen und gemeinsamen Projekte auf den Weg gebracht werden können. In dem Gremium werden vertreten sein: der Bezirk Karlovy Vary/Karlsbad, die Stadt Cheb/Eger, die Metropolregion Nürnberg, die Euregio Egreensis sowie Vertreter der Wirtschaft unter Begleitung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren haben sich die grenznahen Gebiete auf beiden Seiten der ehemaligen Demarkationslinie aufeinander zubewegt. Rund ein Sechstel der 811 km langen Grenze zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik verläuft zwischen der Metropolregion Nürnberg und Böhmen. Die Organisation Euregio Egreensis hat hier auf beiden Seiten der Grenze erfolgreich teils räumliche Kooperationen geschmiedet.

Metropolregion Nürnberg und Westböhmen sind zum Teil heute schon eng in Kontakt: 22 Städte und Gemeinden aus der Metropolregion unterhalten Partnerschaften

mit Kommunen aus Tschechien. Einige Beispiele: Amberg-Weißenohe, Forchheim-Broumov, Hof-Cheb, Neustadt/Aisch-Ilz-Kulmbach, Nürnberg-Prag, Roth-Opava, Tirschenreuth-Planá. Kommunen aus Tschechien – besonders die Stadt Cheb/Eger – haben Interesse an einer inhaltlichen Zusammenarbeit mit der Metropolregion Nürnberg.

Die Metropolregion Nürnberg hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um weitere Aspekte, Potenziale und Handlungsfelder für eine großräumige grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufzudecken. Die wesentlichen Ergebnisse der Studie wurden auf der Abschlussver-



Die Unterzeichner des Memorandums (v. l.): Dr. Pavel Vanoušek (Altoberbürgermeister der Stadt Cheb), Dr. Birgit Seelbinder (Präsidentin Euregio Egreensis Bayern), Lubomir Kovár (Euregio Egreensis Böhmen), Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst (Wirtschaftsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg), Armin Kroder (Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg) und Edmund Janisch (Vertreter des Bezirks Karlsbad).

staltung in Hersbruck vorgestellt. Die Studie steht unter www.metropolregionnuernberg.de/dokumentation/publikationen.html zum Download bereit.

Eine formelle Mitgliedschaft tschechischer Kommunen in der Metropolregion Nürnberg steht dabei nicht im Vordergrund. Vielmehr geht es darum, in einen qualifizierten Austausch zu treten und gemeinsame Anliegen voranzutreiben. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen dabei

den Handlungsrahmen bilden.

Eine erste gemeinsame Aktivität stellt die Mitgestaltung der Bayerisch-tschechischen Landesausstellung 2016/2017 dar, die unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst organisiert wird. Die Unterzeichner des Memorandums setzen sich dafür ein, dass die Ausstellung möglichst viele Orte in der Metropolregion und in Westböhmen einbezieht.

Schwabmünchen auf Daten-Überholspur

LEW TelNet und smart-DSL setzen Breitbandprojekt im Stadtgebiet um

Rund 1.500 weitere Haushalte, Unternehmen und Gewerbetreibende im Stadtgebiet Schwabmüchens verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Geschwindigkeiten von 30 Mbit/s und mehr. Bürgermeister Lorenz Müller, Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet und smart-DSL Geschäftsführer Martin Naber unterzeichnen jüngst den Kooperationsvertrag für Bau und Betrieb eines Hochleistungs-Breitbandnetzes in Teilen des Stadtgebietes von Schwabmünchen.

Die Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, und smart-DSL setzen das Projekt gemeinsam um. Der Breitbandausbau in Schwabmünchen wird über das aktuelle bayerische Breitbandförderprogramm finanziert. An den Investitionen für den Aufbau des neuen Breitbandnetzes beteiligen sich zusätzlich die Stadt sowie smart-DSL und LEW TelNet.

Für Schwabmünchen ist der Anschluss ans Hochgeschwindigkeits-Internet ein wichtiger Schritt nach vorne: „Bisher kamen viele unserer Unternehmen, Gewerbetreibenden und Privathaushalte nur mit geringem Tempo ins Internet – das wird sich nun ändern“, sagte Lorenz Müller, Erster Bürgermeister von Schwabmünchen. „Mit dem Aufbau des Glasfasernetzes verfügen wir nun über eine zukunftssichere und weiter ausbaufähige Infrastruktur. Sie ist mit entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg der bei uns ansässigen Unternehmen und sie macht Schwabmünchen als Wohnort in Zukunft noch attraktiver ...“

„Eine leistungsfähige Internetanbindung ist insbesondere für Unternehmen, aber auch für Privathaushalte heute genauso wichtig wie der Anschluss ans Stromnetz oder die Verkehrsanbindung“, sagt Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG. „Wir wollen die Breitbandversorgung der Region insgesamt voran bringen. LEW TelNet setzt dafür zahlreiche Breitbandprojekte in der gesamten Region um – sowohl im Rahmen der Breitbandförderprogramme des Freistaats Bayern als auch rein privatwirtschaftlich finanziert.“

Das Ausbauprojekt in Schwabmünchen umfasst drei Erschließungsgebiete im Westen, Osten und Süden des Stadtgebietes. Als Basis für die neue Breitbandinfrastruktur verlegt LEW TelNet in den drei Erschließungsgebieten insgesamt rund sechs Kilometer neue Glasfaserkabel. Sie werden künftig zwanzig Kabelverzweiger des bestehenden Telefonnetzes in den Stadtgebieten direkt mit dem Hochgeschwindigkeits-Datenetz verbinden, das LEW TelNet in Bayerisch Schwaben, Allgäu und Teilen Oberbayerns betreibt.

smart-DSL übernimmt den Aufbau und den Betrieb der aktiven Technik zur Realisierung der leistungsfähigen VDSL-Technologie. Nach Abschluss der Arbeiten kann smart-DSL dann im gesamten Ausbaubereich eine Geschwindigkeit von mindestens 30 Mbit/s oder mehr garantieren.

Rund zwei Dutzend Unternehmen haben bereits einen Bandbreitenbedarf von mindestens 50 Mbit/s angemeldet, dem ebenfalls nachgekommen wird.

LEW TelNet setzt in Bayerisch Schwaben und Teilen Oberbayerns zahlreiche Breitbandprojekte um. Derzeit bringt der Spezialist für Datenkommunikation rund 40.000 Privathaushalte sowie etwa 5.000 Gewerbetreibende und Unternehmen mit höchsten Bandbreiten ins Internet. Damit stärkt LEW TelNet die wirtschaftliche Basis der Region und legt den Grundstein für einen weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur.

Weitere Informationen unter: www.lew-telnet.de

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gibt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bevor die Botschaften verwittern

Landjudentum in Unterfranken: Kooperationsprojekt soll 2015 fortgeführt werden

Würzburg. Wie und wann kamen die ersten Juden im Mittelalter in die ländlichen Gebiete Unterfrankens? Welche Spuren finden sich heute noch von ihnen? Diesen Fragen geht seit 2011 das Projekt „Landjudentum in Unterfranken“ nach. Getragen wurde es bisher vom Landkreis Würzburg. Nun laufen die Fördermittel aus. Doch die Initiative soll weitergehen, denn noch sind viele Fragen offen. Nun zeichnet sich ab, dass das Projekt über das LEADER-Programm der EU fortgeführt werden könnte.

In jeder LEADER-Region erarbeiten so genannte Lokale Aktionsgruppen (LAGs) vor Ort regionale Entwicklungskonzepte. Auch in Unterfranken sind mehrere solcher Gruppen aktiv. Sie möchten sich nun zusammenschließen, um ab dem kommenden Jahr das Kooperationsprojekt „Landjudentum in Unterfranken“ gemeinsam zu finanzieren.

Getragen wird das Projekt künftig wahrscheinlich von der im Landkreis Würzburg aktiven LAG Wein Wald Wasser. Die setzte sich bisher schon stark für ein Netzwerk „Jüdisches Erbe in Unterfranken“ ein. Außerdem soll, wie bisher, mit dem „Arbeitskreis Landjudentum Unterfranken“ zusammengearbeitet werden.

Rund 70 Menschen aus der gesamten Region engagieren sich hier freiwillig für den Erhalt des jüdischen Erbes. Ziel der Aktivitäten ist es unter anderem, Themenwege auszuarbeiten, durch die jüdische Geschichte „begehrbar“ wird und jüdische Schätze in der Region wie etwa die Synagoge in Laudenbach bei Karlstadt entdeckt werden können. Bei der Realisierung will der Arbeitskreis künftig mit dem Archäologischen Spessartprojekt aus Aschaffenburg kooperieren. Das hat, wie Projektleiter Gerrit Himmelsbach bestätigt, viel Erfahrung darin, Menschen auf versteckte Kulturschätze aufmerksam zu machen.

Die Akteure des Spessartprojekts befassen sich mit früheren Formen der Waldnutzung, rücken klischeehafte Vorstellungen vom Spessart zurecht und fokussieren Besonderheiten, die der Spessart aufzuweisen hat. Immer wieder gibt es Berührungspunkte zum Thema „Juden“. Ein Beispiel ist der vom Spessartprojekt kreierte Kulturweg Oberrain. Die dritte Station dieses Wegs liegt am „Judenfad“ der vom Maintal zum Judenfriedhof führt. Ihn nutzen einst jüdische Viehhändler, die für

die Wirtschaft des Spessarts wichtig waren. Oberrain war eines von mehreren unterfränkischen Dörfern, in denen sich Juden ansiedeln und ihren Handel organisieren durften.

Ihre Hinterbliebenen beerdigten die Oberrainer Juden seit dem 18. Jahrhundert auf dem jüdischen Bezirksfriedhof am Erbighang. In den 584 Gräbern sind nicht nur städtische Juden, sondern auch jüdische Bürger aus den umliegenden Gemeinden beigesetzt. Die Inschriften der Steine allerdings sind oft verwittert oder beschädigt. Ein Problem, das nicht nur den Oberrainer Friedhof betrifft.

Überall verwittern die Schriftzeichen auf den Steinen unterfränkischer Friedhöfe. Zu den wichtigsten Zukunftsmaßnahmen des Projekts „Landjudentum in Unterfranken“ gehört es denn auch, für eine Inventarisierung der jüdischen Friedhöfe in Unterfranken zu sorgen. Hierzu wurde bereits eine Petition an das Landesdenkmalamt auf den Weg gebracht, so Projektleiterin Dr. Rotraud Ries vom Würzburger Johanna-Stahl-Zentrum für jüdische Geschichte. Es soll ein Treffen zwischen Vertretern des Denkmalamts und Vertretern des Landesverbands der israelitischen Kultusgemeinden geben, um die Inventarisierung auf den Weg zu bringen.

Im 19. Jahrhundert begannen viele jüdischen Gemeinden in der Region, eigene Friedhöfe anzulegen. Zuvor gab es große Verbandsfriedhöfe wie den Friedhof in Allersheim im Landkreis Würzburg. Heute sind noch nahezu 100 jüdische Friedhöfe in ganz Franken erhalten. Einige wenige wurden in den vergangenen Jahrzehnten dokumentiert – etwa der im 15. Jahrhundert angelegte Friedhof in Kleinsteinach (Landkreis Haßberge). Nur durch hochwertige Dokumentationen können die Botschaften der Grabsteine erhalten werden. Pat Christ



In Synagogen wie jener in Laudenbach bei Karlstadt gibt es zahlreiche spannende Details zu entdecken.

Bayernwerk erhält renommierten „Queb-Award“

Mitarbeiterprojekt zur Intensivierung der Kundenbeziehung ausgezeichnet

Regensburg. Das Bayernwerk ist in Bonn mit dem renommierten Queb-Award des gleichnamigen Berufsverbandes ausgezeichnet worden. Mit Auszeichnung würdigt der Verband Unternehmen, die in besonderer Weise die Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen fördern. Neben dem Bayernwerk wurde die Robert Bosch GmbH prämiert.

Die Auszeichnung erhielt der Netzbetreiber für ein Projekt, das einer weiteren Intensivierung der Kundenbeziehung dient. „Als größter Netzbetreiber in Bayern haben wir eine vielfältige Kundenbeziehung. Dazu zählen rund fünf Millionen Menschen in Bayern, denen wir eine sichere Versorgung bieten, rund 1.200 bayerische Kommunen oder 250.000 Betreiber dezentraler Erzeugungsanlagen“, erklärte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, der die Auszeichnung in Bonn persönlich entgegen nahm.

„Aufgrund dieser weitreichenden Kundenlandschaft arbeiten wir gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern daran, die Beziehung zu unseren Kunden weiter zu vertiefen“, so Gotzel. Dazu habe man ein Konzept mit zahlreichen Workshops entwickelt, das mehrere hundert Mitarbeiter einbinde und persönliche Erfahrungen der Mitarbeiter aufgreife. Gotzel: „Die Besonderheit unseres Mitarbeiterprojekts liegt darin, dass wir viele Ideen und Anregungen der Mitarbeiter direkt in Arbeitsprojekte überführen und umsetzen.“ Laut Queb-Jury hat das Bay-

ernwerk in seinem Konzept „einen äußerst beeindruckenden ganzheitlichen Ansatz gewählt. Insgesamt hat ein regionales Unternehmen ohne große globale Konsumentenmarke eine vorbildliche Differenzierung gegenüber anderen Arbeitgebermarken geschaffen – durch den Fokus auf seine regionale Identität. Es ist toll zu sehen, dass die eigenen Mitarbeiter Dreh- und Angelpunkt des Gesamtkonzeptes sind.“



Von rechts: Reimund Gotzel (Vorstandsvorsitzender Bayernwerk), Sigrid Nagl und Dr. Alexander Fenzl (beide Bayernwerk) sowie Dr. Markus Zinnbauer (Vivaldi Partner).

Integrationspreis der Regierung von Oberfranken:

Ausgezeichnete Aktivitäten

Mit dem Integrationspreis der Regierung von Oberfranken hat Regierungspräsident Wilhelm Wenning in Bayreuth kürzlich drei Initiativen ausgezeichnet, die sich erfolgreich dafür einsetzen, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Region Fuß fassen und Einheimische mit fremden Kulturen vertraut gemacht werden. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Landtag über das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration zur Verfügung gestellt.

Die mit dem Integrationspreis ausgezeichnete Initiative „Die Evangelische Familien-Bildungsstätte plus Mehrgenerationenhaus Bayreuth“ führt seit April 2011 Sprachkurse unter dem Motto „Mama lernt besser Deutsch“ durch. Es handelt sich hier um ein niederschwelliges Bildungs- und Qualifizierungsangebot für Mütter mit Migrationshintergrund, die ihre Deutschkenntnisse nachhaltig verbessern wollen. Die Kurse laufen an insgesamt drei Standorten

eine Musik- und Theatergruppe.

Abgerundet wird das Angebot durch einen Kontaktclub für russlanddeutsche Mitbürger. Praktische Hilfe für den Alltag leisten die durchgeführten Computerkurse. Auch die Verbesserung der deutschen Sprache ist ein wichtiges Anliegen. Hierzu tragen das regelmäßige Lesen von Büchern und das Hören von Musik bei. Die Frauen werden außerdem bei Behördengängen und bei Stadt- und

gleitung. Da die Schüler ein hohes Maß an Hilfestellung benötigen, sind die Plätze auf acht Kinder beschränkt. Der offene Treff des Löwenzahns wird von durchschnittlich 15 Kindern besucht. Durch viele gemeinsame Aktivitäten wie z. B. Basteln, Theater spielen, Kochen und Backen werden Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen. Abgerundet wird diese Art der sinnvollen Freizeitgestaltung durch die in Kooperation mit den Bamberger Lesefreunden abgehaltenen Leseschichten. Einmal wöchentlich findet auch ein Frühstückstreff für Frauen mit Migrationshintergrund statt.

In den zwei Jahren seines Bestehens kann der Familientreff „Löwenzahn“ bereits auf viele Höhepunkte zurückblicken. Das erste Fest war die Halloweenparty im Jahr 2012. Am gemeinsamen Sommerfest des Stadtteilmanagements und des Jugendtreffs Bamberg im Juni 2013 beteiligte man sich mit Tänzern, Gesang und einer Zaubershow für Erwachsene und Kinder. Auch bei der Pädagogikmesse an der Universität, der Freiwilligenmesse der Caritas und der Integrationsmesse der Stadt Bamberg war man vertreten.

„Neue Bürger in Weismain“

Ausgezeichnet wurden schließlich auch die „Aktiven Bürger Lichtenfels“. Im Jahre 2012 wurde die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Weismain eröffnet. Dort hat sich unter der Regie der Aktionsgruppe „Aktive Bürger“ schnell ein privater Helferkreis gebildet, der die Neuankommlinge begleitet und unterstützt hat, damit sich diese in der neuen Umgebung möglichst rasch zurechtfinden.

Das Projekt „Neue Bürger in Weismain“ wird jetzt an allen vier Standorten im Landkreis Lichtenfels, an denen Asylbewerber untergebracht sind praktiziert. So werden in Lichtenfels viermal wöchentlich und in Weismain, Reudorf und Michelau jeweils zweimal wöchentlich Deutschkurse durch ehrenamtliche Helfer abgehalten.

Für Grundschüler wird auch mehrmals wöchentlich ein individueller Nachhilfeunterricht erteilt. Unter dem Motto „Ich zeige Dir meine Stadt“ werden für Neuankommlinge regelmäßig Stadtführungen organisiert, bei denen sie mit den wichtigsten Einrichtungen wie Banken, Rathaus, Ämtern, Ärzten, und Freizeitmöglichkeiten vertraut gemacht werden. Im Rahmen dieser Orientierungshilfe erhalten sie auch Unterstützung bei der Einrichtung von Bankkonten. Zum Angebot der ehrenamtlich Tätigen zählt auch die sog. Einkaufshilfe. Die Asylbewerber werden bei ihrem ersten Einkauf begleitet, um sie darüber in Kenntnis zu setzen, wo sie welche Lebensmittel erwerben können und um sie auf die Möglichkeit eines kostengünstigen Einkaufs hinzuweisen. **DK**

Modulen. Im ersten Schritt werden der Aufbau einer Ladeinfrastruktur und der Erwerb eines Elektrofahrzeuges in jeder Gemeinde angestrebt. In einem zweiten Schritt werden Nutzungskonzepte für die E-Mobilität in ländlichen Räumen entwickelt, beispielsweise Bürgerautos, Fahrdienstangebote oder die touristische Nutzung des Elektrofahrzeuges. Beide Module werden vom Amt für Ländliche Entwicklung bis zu 75 Prozent gefördert.

Um die Umsetzung der Maßnahmen aus dem gemeinsamen Energiekonzept weiter zu verfolgen, wurde in der Sitzung außerdem die Machbarkeit zur Prüfung eines gemeinsamen Energieversorgungsunternehmens beschlossen und in Auftrag gegeben. **DK**



Regierungspräsident Wilhelm Wenning (2. v. l.) gemeinsam mit den ausgezeichneten Aktiven Bürgern Lichtenfels.

in Bayreuth. Vor allem an russischsprachige Mitbürger wendet sich der Familientreff „Schatzkiste“, der im Jahre 2007 eröffnet wurde. Hier treffen sich regelmäßig 10 bis 15 Kinder mit Migrationshintergrund zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung.

Mit einer kindgerechten Einrichtung und pädagogischem Spielzeug können sich die Jüngsten alleine oder betreut beschäftigen. So gibt es die „Werkstatt Ratzfatz“, die Kinder-Kochclubangebote „LeckerSchmecker“ sowie

tung von Reisen gehören zum Programm.

Mit einem weiteren Preis wurde das Diakonische Werk Bamberg-Forchheim e.V. bedacht. Mit dem Projekt „Löwenzahn“, das im Jahre 2012 ins Leben gerufen worden ist, soll im Stadtteil Bamberg-Ost ein attraktiver Treffpunkt geschaffen werden, in dem sich Menschen begegnen, sich gegenseitig unterstützen und Hilfe finden.

Zu den wichtigsten Aktivitäten zählt die dreimal wöchentlich stattfindende Hausaufgabenbe-

Nachhaltigkeitspreis für Achenal

Der Ökomodell Achenal e.V. ist für sein „Bündnis für Nachhaltigkeit“ im bundesweiten Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ als Preisträger geehrt worden. Zum Thema „Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht“ liefert das Projekt in der Kategorie Umwelt eine Antwort auf die Frage, wie mehrere Gemeinden gemeinsam die nachhaltige Entwicklung ihrer ländlichen Region vorantreiben können.

Wiesen, Moore, unverbaute Berghänge: Schon früh erkannten die Menschen im bayerischen Achenal das Kapital ihrer Region, die intakte Natur. Diese touristisch und landwirtschaftlich zu nutzen, ohne sie zu zerstören – das war die Vision von neun Gemeinden, die vor 15 Jahren den Verein Ökomodell Achenal gründeten. Ob kohlendioxidneutrale Wärmeversorgung durch ein gemeinsam genutztes Holzkraftwerk, Streuobstwiesen zur Bio-Most- und Marmeladenproduktion oder zusammen entwickelte touristische Angebote – das Tal setzt strikt auf Nachhaltigkeit und sichert so Natur und Arbeitsplätze gleichermaßen.

Die Auszeichnung nahm Josef Loferer, Erster Vorsitzender des Vereins, von Martin Huber, Deutsche Bank, entgegen. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Mitgliederversammlung und des 15-jährigen Vereinsjubiläums des Ökomodell Achenal e.V. in Staudach-Egerndach statt.

Im Rahmen der Sitzung wurde unter anderem der Beschluss gefasst, dass sich die Mitglieds-

gemeinden gemeinsam für die Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ bewerben. Ziel des Programms ist die Sicherung und Stärkung der örtlichen Infrastruktur, als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden, die von Abwanderung bedroht oder vom demografischen Wandel betroffen sind.

Werbung für Pilotprojekt

In einem weiteren Tagesordnungspunkt warb Geschäftsführer Wolfgang Wimmer für das Pilotprojekt Elektromobilität im Achenal und Umgebung, in Kooperation mit dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern (ALE). Gemeinsam mit acht weiteren vom ALE betreuten Gemeinden in den angrenzenden Landkreisen soll eine flächendeckende Infrastruktur an Ladesäulen für Elektroautos in einem Umkreis von ca. 75 Kilometern erstellt werden.

Das Projekt besteht aus zwei

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Na, liebe Sabrina, was halten Sie von UVP?“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah mich verschmitzt an, weil er natürlich genau wusste, dass ich zwar eine richtige Antwort geben würde, aber sicherlich nicht die, auf die er hinaus wollte.

Als erklärte Genuss- und zeitweilige Frust-Shopperin sind mir diese drei Buchstaben als „Unverbindliche Preisempfehlung“ vertraut. Der Chef meinte aber ein neues Arbeitszeitmodell, das gerade aus (woher sonst) USA zu uns herüberschwappt. Dann heißt es „Unlimited Vacation Policy“ und bedeutet, dass der Arbeitgeber es in die Entscheidungsfreiheit des Arbeitnehmers legt, wann, wie oft und wie viel Urlaub er machen will – also eine Art Zeitautonomie am Arbeitsplatz. Die Idee dahinter ist bestechend, nämlich dass die Produktivität oder von mir aus auch Kreativität

laubsanspruch ist und wer zu bestimmen hat, wann wir frei nehmen dürfen. Wir Deutsche sind so stark an solche Regulierungen gewöhnt, dass nach einer repräsentativen Umfrage nur knapp über ein Drittel der Arbeitnehmer es gut fände, selbst den Urlaubsanspruch zu bestimmen. Faustregel: Je jünger, desto eher wären die Befragten bereit, das Experiment einzugehen.

Ein Zeichen der Verkrustung unserer Arbeitswelt und des Denkens? Vielleicht aber auch nur instinktiverer Selbstschutz vor Übervorteilung. Denn amerikanische Arbeitgeber sind ja keine Philanthropen. Sie kalkulieren knallhart mit dem Hang zur Selbstausbeutung und mit dem scharfen Schwert des Gruppenzwangs. „Was, Du kannst schon wieder Urlaub machen, hat Deine Abteilung keine Aufträge mehr?“ So oder so ähnlich würde offen oder verdeckt geflüstert, wenn jemand zu oft oder zu lange den faulen Lenz macht.

Das ist doch bei uns schon schlimm genug für Teilzeitbeschäftigte, wenn sie miterleben, dass wichtige Besprechungen dann angesetzt werden, wenn sie eigentlich weg müssen oder sie sich anhören dürfen, dass auch nach 15 Uhr noch Bürger anrufen und leider keine kompetente Auskunft erhielten, weil die Sachbearbeiterin in Teilzeit sei. Solche informellen Steuerungsmechanismen sind wirkmächtiger als jedes Direktionsrecht des Arbeitgebers, weil sie das Selbstwertgefühl der Betroffenen verletzen und sie daran hindern, ohne schlechtes Gewissen ihren Job und ihre privaten Verpflichtungen unter einen Hut zu bekommen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ja immer für Experimente offen, aber nicht da, wo es um die berechtigten Anliegen der Menschen geht. Und regelmäßiger Urlaub ist genauso wichtig wie ein freier Sonntag oder mal ein paar Feiertage am Stück: Ein Quell der Erholung und Erbauung. Deshalb wird es in der städtischen Verwaltung weiter so bleiben, wie es der amerikanische Humorist Evan Esar einmal beschrieben hat: „Ein Mann hat keine Urlaubsprobleme. Sein Boss sagt ihm, wann er Urlaub machen kann und seine Frau sagt ihm, wo.“

Zeitautonomie am Arbeitsplatz?

eines Arbeitnehmers mehr zählt als seine physische Anwesenheit am Arbeitsplatz. Stimmen also die Arbeitsergebnisse, kann man getrost mal ein paar Tage in den Sack hauen, ohne sich Gedanken machen zu müssen, ob man noch Urlaub gut hat.

Klar, diese UVP findet natürlich irgendwo ihre Grenzen, wenn es um Teamleistungen geht oder feste Servicezeiten angeboten werden. Sicherlich ist es schwierig zu organisieren, wenn im Bürgerbüro die Sprechzeiten werktags von 7 bis 12 Uhr angegeben sind und die Mannschaft einfach beschließt, in der 44. KW mal dichtzumachen. Andererseits gibt es von der Kämmererei über das Umwelt- oder Kulturamt genug Bereiche, bei denen sich kein Mensch dafür interessiert, wann die Arbeit gemacht wird; Hauptsache, die gewünschten oder benötigten Ergebnisse liegen pünktlich vor. Warum sollte also der Kämmerer nicht selbst entscheiden, ob er vier, sechs oder acht Wochen Urlaub macht und wann er den Schreibtisch gegen den Liegestuhl eintauscht?

Freilich, in unserer überregulierten Arbeitswelt mit allen möglichen gesetzlichen und tarifvertraglichen Festlegungen käme es fast einer Form der produktiven Anarchie gleich, wenn nicht mehr klar geregelt wäre, wie hoch der Ur-

the Sabrina

Kinder stürmen Sitzung

Erster Kindermitbringtag im Landratsamt Donau-Ries stößt auf große Resonanz

Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, das ist nicht immer einfach. Vor allem dann, wenn ein schulfreier Tag – wie der Buß- und Betttag – außerhalb der Ferien liegt. Deshalb gab es in diesem Jahr den ersten Kindermitbringtag im Landratsamt Donau-Ries. 31 Mädchen und Buben kamen, um am Buß- und Betttag den Arbeitsplatz von Mama und Papa kennenzulernen. Das Organisationsteam um den Familienbeauftragten des Landkreises, Günter Katheder-Göllner hatte ein buntes Programm zusammengestellt, das keine Langeweile aufkommen ließ.

Statt wie geplant den Chef des Landratsamtes, Stefan Röbke, in seinem Büro zu besuchen, stürmten die Kinder die kurzfristig vorverlegte Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Schule, Sport und Kultur. Die anfängliche Neugierde der Kinder wich allerdings zusehends, war doch das Thema, das gerade behandelt wurde, reichlich komplex.

„Politik ist wichtig und nicht immer so trocken“, gaben Landrat Stefan Röbke und die Kreisräte den jungen Zuhörerinnen und Zuhörern unisono mit auf den Weg, bevor diese sichtbar erleichtert weiterzogen zur nächsten Station. Dort hatte Barbara Rembold, Jugendpflegerin des Landkreises, eine Palette kurzweiliger Kennenlernspiele vorbereitet.

Drei Kilometer Akten unterm Dach

Nach der anschließenden Frühstückspause ging es gestärkt mit Butterbrezen und Bananen für den Rest des Vormittags auf Tour durch das Land-

ratsamt. Jede Menge Spaß erlebten die Kinder beim Bobbycar-Rennen, das Petra Reiner von der Führerscheinstelle organisiert hatte. „Das fand ich total lustig“, kommentierte einer der kleinen Gäste diesen Programmpunkt. Im Sitzungssaal erklärte Personalratsvorsitzender Alexander Im die moderne Technik; in der Registratur staunten die Mädchen und Buben über drei Kilometer Akten, die dort unter dem Dach gelagert werden. „Die wurden alle von Eueren Mamas und Papis produziert“, erläuterte mit einem Augenzwinkern Registrarturchef Norbert Lechner.

Land der Zauberei

Viel zu schnell vergingen die ersten Stunden. „Bitte, bitte darf ich noch länger bleiben!“, bekamen deshalb einige Eltern zu hören, die ihr Kind schon nach der Mittagspause abholen wollten. So ließen sich dann fast alle Kinder am Nachmittag noch von Carola Neumeier ins Land der Zauberei entführen. Mit Hilfe der Kinder begannen Klobür-

sten zu schweben, lösten sich bunte Tücher in Luft auf, kurze Seile waren plötzlich lang und lange Seile wurden wieder kurz. Kurzum: „Die war echt klasse“, brachte es der elfjährige Pascal hinterher beeindruckt auf den Punkt.

Fortsetzung im nächsten Jahr

Erschöpft aber zufrieden war am Ende Claudia Wernhard von der Fachstelle Kindertagesbetreuung: „Es war zwar anstrengend, aber es hat Riesenspaß gemacht!“

Auch die Auszubildenden Carina Färber, Benedikt Lebschi, Christof Simon und Sebastian Röbke trugen zum reibungslosen Ablauf dieses Tages bei und versprachen: „Beim nächsten Kindermitbringtag helfen wir gerne wieder mit!“

„Ich war sofort begeistert von der Idee“, kommentierte abschließend Landkreischef Stefan Röbke dieses Angebot. „Der Kindermitbringtag stellt einen weiteren Baustein dar, damit unsere Beschäftigten Familie und Beruf gut vereinbaren können.“ Dass dieser Tag aber nicht nur für die Mamas und Papis eine schöne Sache war, das erfuhr Landkreischef Röbke dann noch aus erster Hand. Auch seine Tochter Maike war dabei und beteuerte: „Im nächsten Jahr werde ich auf alle Fälle wieder dabei sein!“

„Hellwach - ich weiß doch Bescheid!“

Jugendherberge Wunsiedel initiierte länderübergreifende Projektwoche zur Suchtprävention

Zum Thema Sucht und Suchtprävention fand in der Jugendherberge Wunsiedel eine länderübergreifende Projektwoche statt. Unter dem Motto „Hellwach – ich weiß doch Bescheid!“ trafen sich 124 Schüler aus Tschechien und Deutschland im Haus am Katharinenberg, um sich gemeinsam auf jugendgerechte Weise mit Ursachen, Folgen und Vermeidung von Sucht auseinanderzusetzen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hatte die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen.

Drogensucht stellt nicht nur Deutschland vor stetig wachsende Herausforderungen. Auch Tschechien hat mit der Suchtproblematik zu kämpfen. Insbesondere die Droge „Crystal“ hält die Menschen im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet derzeit in Atem. Gemeinsam suchen die Länder nach geeigneten Möglichkeiten, dieser gesellschaftlichen Entwicklung entgegenzutreten.

Aus diesem Anlass hatte Gisela Dittrich, Leiterin der Jugendherberge Wunsiedel, die länderübergreifende Projektwoche ins Leben gerufen und gemeinsam mit Kriminalkommissar Thomas Schmalfuß von der Kriminalpolizeiinspektion Hof ein jugendgerechtes Programm zum Thema Suchtprävention entwickelt. Fünf Schulklassen aus Bayern und Tschechien setzten sich mit dem Thema auseinander.

Die 14- bis 16-jährigen Schüle-

rinnen und Schüler der teilnehmenden Klassen aus Ostrov und Pernink sowie aus Marktredwitz, Hof und Gefrees erwartete eine informative und abwechslungsreiche Woche, die genau auf die Zielgruppe zugeschnitten war. So standen unter anderem Arbeitsgruppen zu verschiedenen Suchtthemen sowie ein Besuch in der Therapiestation für Suchtkranke in der Bezirksklinik Rehau auf dem Programm.

Besonderheit war ein Mitmach-Parcours der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BgGA), bei dem die Jugendlichen über die Wirkungen und Suchtpotenziale der legalen Suchtmittel Tabak und Alkohol informiert wurden. Das Angebot unterstützte Jugendliche dabei, die Risiken von Alkohol- und Zigarettenkonsum klarer zu sehen und verantwortungsbewusster zu handeln.

Durch die interaktive Auseinan-

dersetzung mit dem Thema Sucht und Suchtprävention erhielten die Jugendlichen sachliche Informationen und erlernten gemeinsam die Bedeutung und die Vermeidung von gefährlichen Suchtmitteln. Auch Vorurteile und Sprachprobleme wurden durch die Projektwoche abgebaut.

Etwa ein Jahr hatte Herbergsleiterin Gisela Dittrich in die Vorbereitung der Projektwoche investiert, die Kriminalpolizeiinspektion Hof als Kooperationspartner gewonnen, Förderer und Unterstützer akquiriert und mit ihnen gemeinsam ein jugendgerechtes Programm rund um das Thema Sucht entwickelt.

Dass jetzt sogar der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen hatte, sieht Gisela Dittrich als Bestätigung ihrer Arbeit: „Das zeigt mir, dass wir mit diesem Thema einen Nerv getroffen haben und uns auf dem richtigen Weg befinden. Gerade bei Jugendlichen muss das Thema Sucht noch viel intensiver ins Blickfeld gerückt werden. Das Deutsche Jugendherbergswerk hat sich die Bildung und Förderung junger Menschen auf die Fahnen geschrieben. Gerade für Schulklassen sind Jugendherbergen mit ihrem pädagogischen Angebot ein idealer Lernort außerhalb der Schule. Wenn wir darüber hinaus auch aktuelle Themen mit den und für die Schulen aufbereiten können, ist das umso schöner. Das große Interesse der Schulen zeigt, dass der Wunsch nach solchen Projekten besteht“, erzählte Dittrich.

Gefördert wurde die Präventionswoche vom deutsch-tschechischen Zukunftsfonds, der Oberfrankenstiftung, den Suchtarbeitskreisen Hof und Wunsiedel, der Stadt und dem Landkreis Wunsiedel sowie der Bezirksklinik Rehau.

Bürgersozialpreis 2014:

Ausgemusterte Technik bringt 1.000 Euro

„Die Engagementlandschaft in Würzburg ist vielfältig, aktiv und attraktiv oder auch einfach nur fantastisch“: Oberbürgermeister Christian Schuchardt war es bei der Verleihung des Bürgersozialpreises ein Anliegen, nicht nur die zwei Preisträger des Abends herauszustellen.

Insbesondere eine Herausforderung, die derzeit die Verwaltung wie auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in Atem hält, mache dieses fantastische Engagement besonders deutlich: das Thema „Flucht und Asyl“. Hier könne sich Würzburg glücklich schätzen, auf ein gutes Netzwerk in der Zivilgesellschaft zurückgreifen zu können. Schuchardt dankte für die geleistete Hilfe. Mit Preisen wurden jedoch eine Institution und eine Einzelperson bedacht, die jeweils ein anderes soziales Themenfeld beackern.

Für den Verein Angestöpselt e.V. hielt „Noch-Sozialreferent“ Robert Scheller die Laudatio. „In einer digitalisierten Welt bedeutet der Zugang zu Technik und Internet Teilhabe in nie gekannter Form. Was ist aber mit Menschen und Familien, die sich die dafür notwendige Technik schlicht nicht leisten können? Was ist mit denjenigen denen das Wissen über den Umgang damit fehlt? Schnell kann aus Teilhabe Ausgrenzung werden!“

Genau hier setzt der Verein mit 34 Mitgliedern seit drei Jahren an. Man sammelt ausgemusterte

Technik ein, macht diese funktionsstüchtig und verschenkt diese an Bedürftige. Darüber hinaus bietet der Verein Fortbildungen zum Thema an. Die anwesenden Vorstände konnten sich nicht nur über die vielen lobenden Worte freuen, gerne nahmen sie einen Scheck über das Preisgeld von 1.000 Euro entgegen. Das Preisgeld wurde vom Lions-Club Würzburg West zur Verfügung gestellt und mit einem symbolischen Scheck überreicht.

Uneitles Engagement

Ebenfalls Preisträger des Bürgersozialpreises kann sich ab jetzt der 75-jährige Horst Schraut aus Versbach nennen. Er stehe für ein „anhaltendes, unauffälliges und uneitles Engagement“, so OB Schuchardt. Schraut trage durch seine Singstunde im Pflegeheim Versbacher Sonnenhof zu mehr Freude und zur Steigerung der Lebensqualität im Alltag der Senioren bei. Im Glanz in den Augen und einen etwas aufrechteren Gang sehe er seinen einzigen Lohn für seine wöchentliche Singstunde. Schuchardt betonte, dass mit dieser Ehrung

stellvertretend besonders alle Ehrenamtlichen in Pflegeheimen geehrt werden sollen.

Im Anschluss an die Preisverleihungen lauschten die Festgäste dem Festvortrag von Bud A. Willim. Der gebürtige Wiener ist bei der Stadt München für Fundraising zuständig, er pflegt den Kontakt zwischen Unternehmen und der Stadtverwaltung. Er gab viele Tipps, wie sich diese unterschiedlichen Welten im sozialen Engagement treffen können. Wer auf dem Nonprofit-Markt erfolgreich sein möchte, müsse sich zuerst ehrlich die richtigen Fragen stellen. Zum Beispiel auch die nach den jeweiligen Kernkompetenzen und genauen Zielgruppen.

Willim nannte als mahnendes Beispiel eine unsinnige Kooperation, die er selbst miterleben durfte: „Es bringt nichts, wenn ich IT-Experten, die sich einbringen wollen, Räume streichen lasse. Am Ende mussten da sogar noch einmal unsere Hausmeister drüber. Sie sollten lieber ihrer Kernkompetenz entsprechend EDV-Kurse für Senioren anbieten oder projektbezogen beim Programmieren helfen.“ Wichtig sei zudem aus Unternehmenssicht eine klar verständliche Ansprache (ohne soziologisches Fachvokabular) und der passende Ansprechpartner in der Verwaltung.

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 18. Dezember 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- EDV · IT · Organisation
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

Bestens ausgestattet

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Friedhofsausstattung

Friedhofssysteme
Telefon (0 21 61) 9 30 - 3
www.paul-wolff.com
PAUL WOLFF

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energiemultiplikator

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

GSWT®-Technologie

Multifunktionale Wärme-/Kälterückgewinnung für alle Lüftungsanlagen

hocheffizient + auf Jahrzehnte rentabel

geeignet für:

- Neubauten
- Nachrüstungen
- Sanierungen im Bestand
- Direktbezug möglich

Fordern Sie unsere Werksberatung an:
Tel.: 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Präsente

www.bayern-laden.de

Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.

Tel.: 08766 - 93 98 86
Email: upenner@t-online.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

6. Nov. 2014

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
Loisachhalle
Wolftrathshausen
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtslauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Little Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

LfA magazin

Ausgabe 2 | Dezember 2014



DIGITALISIERUNG IM MITTELSTAND

Fit für die Zukunft

Die **Weckmer Licht und Mediensysteme**
sowie **EAS Systems** zeigen,
welche Chancen die Digitalisierung bietet

Seite 4



4 Bayerische Unternehmen als Vorreiter der Digitalisierung: Wir stellen zwei Firmen vor, die in neue Technologien investiert haben.

12

Die Sicherheit von Daten und Netzwerken ist für Unternehmer ein zentrales Thema. Fabnder Günter Seibold erklärt, wo die Gefahren lauern.



SCHWERPUNKT DIGITALISIERUNG



8 Die Gemeinde Roggenburg will den Anschluss an moderne Zeiten nicht verpassen: Bürgermeister Matbias Stölzle hat den Breitbandausbau vorangetrieben.

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Christiane Liebl-Horras, Michael Moser **Internet** www.lfa.de
Verlag Süddeutscher Verlag onpact GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München **Leiter der Verlagsredaktion** Hartmut Rättsch **Redaktion** Christina Warta, Mirko Besch **Gestaltung** Amalie von Spreiti **Druck** Vogel Druck und Medienservice GmbH, Höchberg

3 STANDPUNKT

4 MITTELSTAND

Die Digitalisierung ist für kleine und mittlere Unternehmen Herausforderung und Chance zugleich. Die LfA unterstützt sie dabei.

8 PORTRÄT

Schon bald werden alle Ortsteile in Roggenburg über schnelles Internet verfügen.

11 MELDUNGEN

12 IM GESPRÄCH

IT-Experte Günter Seibold über die Gefahren des World Wide Web.

14 FÖRDERMÖGLICHKEITEN

Mit vielen Angeboten unterstützt die LfA Betriebe und Kommunen.

15 PERSONEN

Gesichter der LfA

Bayern bietet beste Voraussetzungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bayern ist Erster. Was im Fußball besonders häufig der Fall ist, gilt laut einer aktuellen Studie der Europäischen Kommission auch für die Informations- und Kommunikationstechnologie, kurz IKT. Die bayerische Landeshauptstadt liegt in der Rangliste der europäischen IKT-Standorte auf Platz eins.

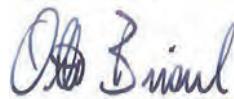
Und der Vorsprung vor London und Paris soll weiter ausgebaut werden. Mit ihrer Digitalisierungsoffensive „Bayern Digital“ stellt die bayerische Staatsregierung sicher, dass der gesamte Freistaat für Unternehmen und Bürger beste Voraussetzungen bietet. Bayern ist Leitregion für den digitalen Aufbruch.

Für die bayerische Wirtschaft, insbesondere auch für den Mittelstand, stellt die Digitalisierung eine große Chance dar – zum Beispiel, wenn es um die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch vernetzte Produktionsprozesse geht. Bei den dafür notwendigen Investitionen steht Ihnen die LfA Förderbank Bayern als starker Partner zur Seite. Wir unterstützen zukunftsorientierte Unternehmer mit den passenden Förderangeboten.

Die Herausforderung Digitalisierung betrifft übrigens nicht nur unsere Kunden, sondern auch uns als LfA Förderbank Bayern. Wir sind dabei, unsere internen Prozesse noch schneller, einfacher und kostengünstiger zu gestalten – und das kommt wiederum Ihnen zugute: den Unternehmen, die wir unterstützen.

Die aktuelle Ausgabe des LfA magazins beschäftigt sich mit verschiedenen Facetten der Digitalisierung. Lesen Sie, wie sich Bayerns Unternehmer mithilfe der LfA fit für die Zukunft gemacht haben. Verfolgen Sie die Anstrengungen der schwäbischen Gemeinde Roggenburg beim Breitbandausbau und erfahren Sie von Experten alles zum Thema Datensicherheit im Mittelstand.

Viel Vergnügen bei der Lektüre.



Dr. Otto Beierl



Dr. Otto Beierl,
Vorstandsvorsitzender
der LfA Förderbank
Bayern

»Wir unterstützen zukunftsorientierte Unternehmer mit den passenden Förderangeboten«

Chancen des digitalen Zeitalters nutzen

Der Freistaat und die LfA Förderbank Bayern unterstützen kleine und mittlere Firmen dabei, die Digitalisierung in Bayern voranzutreiben.

Text: Christina Warta und Monika Hofmann

Matthias Schmidt ist kein Mann fürs Grobe. Im Gegenteil: Wenn seine Firma engagiert wird, sehen er und sein Team genau hin. Wie Sherlock Holmes nehmen sie akribisch selbst das kleinste Detail der Produktionsprozesse eines Unternehmens unter die Lupe, analysieren die Abläufe und bewerten sie. Kein überflüssiger Arbeitsgang, kein heimlicher Energiefresser bleiben unentdeckt. „Wir finden heraus, wo in einem Verarbeitungsprozess noch gespart werden kann“, sagt Schmidt, Geschäftsführer der EAS Systems GmbH in Neustadt an der Waldnaab. Die Firma gehört in Sachen „Industrie 4.0“, der Hightech-Strategie der Bundesregierung, zu den Vorreitern in Bayern. Gebäudesystemtechnik, Elektronikentwicklung und Automatisierungstechnik sind die Bereiche, in denen sie arbeitet. Digitalisierung ist hier wie überall das Zauberwort der Stunde: Unternehmer, die wie Schmidt zu den Vorreitern zählen wollen, müssen daher stets in modernste Technologien investieren.

Kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum profitieren

„Die Digitalisierung bietet großartige Chancen für bayerische Unternehmen, enorme Produktivitätssprünge und herausragende Innovationen“, ist Ilse Aigner überzeugt. Die bayerische Wirtschaftsministerin weiß, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum davon profitieren: „Räumliche Distanzen verlieren an Bedeutung.“ Die Umstellung auf eine digitalisierte Produktion und das Thema IT-Sicherheit seien zwei der vielfältigen Herausforderungen, die mit der Digitalisierung auf die Firmen zukommen.

Matthias Schmidt unterscheidet genau zwischen den Begriffen Digitalisierung und Automatisierung: „Digitalisierung ist das

Umstellen bereits existierender analoger Prozesse auf digitale Prozesse.“ Die Automatisierung geht darüber hinaus: Abläufe werden den Anforderungen entsprechend computergesteuert – und zwar so effizient, wie dies kaum ein Mensch tun könnte. Ein Beispiel: Für einen seiner Kunden analysierte er den bis dahin sehr energieintensiven Verarbeitungsprozess von Lebensmitteln und strukturierte ihn neu. „Die Mühle, die vorher viermal am Tag je 15 Minuten gelaufen ist, läuft jetzt nur noch einmal am Tag, dafür eine Stunde lang“, erklärt der Diplom-Ingenieur. Jetzt steuern Computer die Prozesse. Allein beim Energieverbrauch ließen sich so 20 Prozent einsparen.

Zahl der IT-Experten in Firmen wächst

Um automatisierte und digitalisierte Prozesse zu planen und umzusetzen, braucht es Fachleute. In vielen Firmen wächst die Zahl der IT-Experten. Bei EAS Systems etwa sind acht der zwölf Mitarbeiter Informationstechniker. Sie übersetzen die Anforderungen der Kunden in die entsprechende Software. „Die IT spielt für uns eine sehr große Rolle“, bestätigt Schmidt. Gerade weil das Unternehmen florierte, stieß es vor einiger Zeit an seine Grenzen. „Wir fingen

Die lichttechnische Gesamtlösung der 2012 in Betrieb genommenen Haltestelle „HafenCity Universität“ der Hamburger Hochbahn wurde von der Alexander Licht und Mediensysteme GmbH umgesetzt.

Für die Kaiserburg in Nürnberg entwickelte die EAS Systems GmbH ein komplexes Szenen-Management, das die Burg in neuem Licht erstrahlen lässt.



»Ich sehe es als eine meiner Kernaufgaben, die bayerischen Unternehmen auf dem Weg hin zur Digitalisierung zu unterstützen«

Bayerns Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner will, dass Bayern die Leitregion des digitalen Aufbruchs wird.



als Dienstleister an, mittlerweile übernehmen wir zunehmend auch die Planung und die Komponenten.“ Die Auftragsvolumina wuchsen, die Vorfinanzierung von Aufträgen wurde damit zunehmend schwierig. „Wir brachten zusätzliches Kapital.“ EAS Systems löste das Problem mithilfe der LfA: Die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG), eine Tochter der LfA Förderbank, wurde stiller Teilhaber. „Wir verfügen nun über ein wesentlich höheres Eigenkapital“, freut sich der Mittelständler. Das ermöglichte ihm, größere Aufträge zu übernehmen und neue Mitarbeiter einzustellen.

Ausgezeichnetes Lichtkonzept

Die Chancen der Digitalisierung nutzt auch Alexander Weckmer auf innovative Art. Der Geschäftsführer der Alexander Weckmer Licht und Mediensysteme GmbH und seine zehn Mitarbeiter bieten LED-Leuchten und Mediensysteme an, zudem Steuerungs- und Controllingsysteme. Auf der Internetseite der Königsbrunner Firma können Kunden und Interessenten via Videos, die auch auf Youtube zu sehen sind, erleben, was das Besondere ihres Angebots ist: „Unsere Lichtsysteme verknüpfen Architektur und Entertainment, wir inszenieren gemeinsam mit den Planern die Architektur“, skizziert der Geschäftsführer seine Schwerpunkte. Beispielsweise setzte das Unternehmen ein Leuchten- und Mediensystem für den Hamburger U-Bahnhof HafenCity als schlüsselfertiges Projekt um. „Neben den Sonderleuchten und der Steuerungslösung übernahmen wir Montage, Installation und Programmierung aller Komponenten“, erzählt Weckmer. Was ihn freut: Dieses Lichtkonzept, das Innovation und Hafenatemosphäre kreativ verbindet, wurde mit dem Radiance Award for Excellence in Lighting Design ausgezeichnet.



Gerade bei den LED-Leuchten gewinnt die Entwicklung neuer Technologien immer stärker an Fahrt, zugleich spielt es für den Mittelständler eine wichtige Rolle, eine Vorreiterposition einzunehmen. Um diese Position auszubauen, investiert Weckmer kräftig in Forschung und Entwicklung. Das Internet nutzt er als Plattform, um die eigenen innovativen Projekte und Produkte zu präsentieren – vor allem in Form von Videos und Fotos. „Bilder überzeugen oft eindrücklicher als Worte.“ Aber auch detaillierte, technische Informationen zu den Leuchten, Systemen und Projekten stellt Weckmer auf die Homepage. „Das Internet erlaubt uns dabei, unsere Datenblätter, Informationen und Broschüren ständig auf dem neuesten Stand zu halten.“

Die Finanzierung von größeren Projekten kann sich für Mittelständler wie Weckmer allerdings als echte Herausforderung erweisen. Um ein aktuelles Großprojekt vorzufinanzieren, nutzt der Geschäftsführer derzeit die Auftragsgarantie der LfA. „Auf diese Idee hat uns die Hausbank, die Augsburger Stadtparkasse, gebracht, die uns lösungsorientiert beriet“, erzählt er. Zuvor hatte Weckmer bereits gute Erfahrungen mit LfA-Angeboten gemacht: Er setzte vor einiger Zeit den Technokredit der LfA als Finanzierungsinstrument ein. „Das erlaubte uns, die Produktion weiter auszubauen.“

Bayern fördert den Mittelstand

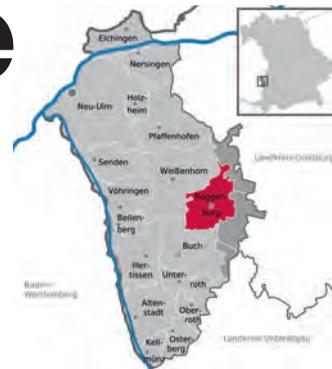
Vor vergleichbaren Problemen stehen viele Inhaber kleiner und mittlerer Firmen. Wer wegweisende Ideen umsetzen will, braucht oft Unterstützung. „Deren Innovationskraft darf nicht am Geld scheitern“, sagt Aigner. Auch der Freistaat unterstützt den Mittelstand – vor allem mit der Strategie „Bayern Digital“. Rund zwei Milliarden Euro fließen in den Aufbau des Hochgeschwindigkeitsinternets und in die technologische Unterstützung von Firmen. „Größere Unternehmen können sich zinsgünstig am Kapitalmarkt refinanzieren, kleineren Unternehmen steht

dieser Finanzierungsweg nicht zur Verfügung“, beschreibt die Wirtschaftsministerin die Probleme. „Die LfA Förderbank

Bayern hilft mit zinsgünstigen Krediten, den großen Bedarf an Investitionen und Betriebsmitteln des Mittelstands zu finanzieren.“ Zusätzlich soll der „Wachstumsfonds Bayern“ mit einem Zielvolumen von 250 Millionen Euro Start-ups Eigenkapital zur Verfügung stellen, ebenso wie ein neuer Venture Capital Fonds der Landshuter LfA-Tochter Bayern Kapital, der mit 85 Millionen Euro ausgestattet ist. Abgerundet wird das Eigenkapitalangebot der LfA-Gruppe durch zwei Dachfonds für Mezzanine- beziehungsweise Wagniskapital, welche die LfA gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds aufgelegt hat. Aigners Ziel: „Bayerische Firmen sollen die Chance haben, sich mit ihren Technologien zu Global Playern zu entwickeln.“ ■

Breitbandausbau zeigt Erfolge

Als eine der ersten Kommunen hat die schwäbische Gemeinde Roggenburg den Zuschuss nach der neuen bayerischen Breitbandrichtlinie beantragt. Schon in wenigen Monaten können Bürger und Firmen vom besonders schnellen Internet profitieren.



Text: Monika Hofmann Fotos: Bethel Fath



Baustellen für das Highspeed-Internet in Roggenburg.

Zwei Bäche, die Biber und der Osterbach, schlängeln sich durch das Gebiet der Gemeinde Roggenburg, deren sieben Ortsteile sich sanft in die hügelige Wald- und Bachlandschaft einschmiegen. In den Biotopen leben streng geschützte Biber. Spaziergänger können sie beim Bauen beobachten, auf Lehrpfaden zum Thema Wald Neues lernen oder bei der Lauschtour, einer Wanderung mit Hörstationen, erfahren, warum der Biber früher das Lieblingstier im Kloster Roggenburg war. Dazu lassen sich Wanderkarten und Hörstücke per App aufs Smartphone laden. Das ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie die Gemeinde Roggenburg ihre Naturverbundenheit mit den neuen technischen Möglichkeiten zu kombinieren weiß.

Langfristig attraktiv bleiben

Die Kommune gilt als Vorreiterin, was den Umgang mit der digitalen Welt angeht. Die Idee des virtuellen Rathauses hat man bereits verwirklicht. Die 2.679 Einwohner und 250 hier ansässigen Voll- und Nebenerwerbsbetriebe können ihre Formulare von der übersichtlichen Homepage

der Gemeinde herunterladen, im Internet Behördengänge erledigen und sich zu Themen wie Breitbandausbau, aber auch über Wanderwege informieren. „Schon immer haben wir uns als innovative Gemeinde verstanden, die wichtige Trends schnell aufgreift und sinnvoll umsetzt“, betont Bürgermeister Mathias Stölzle. „Um für Bürger und Firmen langfristig attraktiv zu bleiben, wollen wir für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen sorgen.“ Dazu gehört neben einer serviceorientierten Verwaltung vor allem auch eins: das schnelle Internet.

Fast in allen Bereichen wartet Roggenburg bereits mit guten Standortfaktoren auf. Das beginnt bei Bau- und Gewerbegebieten mit günstiger Verkehrsanbindung und reicht über ein umfassendes Kindergarten- und Schulangebot bis zum ausgeprägten kulturellen Leben. Mit dem Kloster Roggenburg, dem Landkreis Neu-Ulm und dem Bezirk Schwaben trägt die Gemeinde das Bildungszentrum, das ebenso wie der Roggenburger Sommer, ein musikalisches Highlight, jedes Jahr Tausende von Gästen lockt. Ein solider, mittelständisch geprägter Branchenmix hat sich hier etabliert. „Er reicht von Turmuhr-

**»Schon immer
haben wir uns als
innovative Gemeinde
verstanden.«**

Bürgermeister Matthias Stölzle



herstellern über kleine Brauereien, Gastwirtschaften und eine Biokäserei bis hin zu Photovoltaikanbietern und Internetfirmen“, skizziert Stölzle. Nur in einem Bereich konnte die Gemeinde bislang nicht punkten: „Schnelle Internetverbindungen gibt es bislang nur im Ortsteil Roggenburg.“

Schnelle Verbindungen für alle

Das ändert sich wohl ab Frühjahr 2015. Bis dahin sollen die Ortsteile Biberach, Ingstetten, Meßhofen, Schießen, Schleebuch und Untereggen mit Breitbandverbindungen ausgestattet sein, die rasches Übertragen großer Datenmengen erlauben. Dafür verlegt die smart-DSL GmbH derzeit Glasfaserkabel auf einer Länge von 22 Kilometern. Damit soll die derzeit niedrige Übertragungsrate von durchschnittlich zwei Megabits pro Sekunde (Mbit/s) auf durchschnittlich 40 Mbit/s steigen. „Künftig lassen sich alle angeschlossenen Haushalte und Firmen mit schnellen Verbindungen versorgen“, resümiert Stölzle. Bereits jetzt zeigen sich erste Erfolge: Eine Büroservicefirma sagte bereits zu, dann wieder ihre Räume in die Gemeinde zu verlagern – sie war zwischenzeitlich

wegen der langsamen Verbindungen umgezogen. Aber auch für die Bürger ist dieser Ausbau wichtig: „Das schnelle Internet gehört heute zum Standard, den Wohnungen und Bauplätze bieten müssen.“

Eine besondere Herausforderung war für den Bürgermeister die Finanzierung. Rund 660.000 Euro kostet das Projekt. „Allein hätten wir das kaum stemmen können“, räumt der Bürgermeister ein. Für die Finanzierung fand er zwei Förderpartner: 80 Prozent der Investitionen bezuschusst das bayerische Finanzministerium entsprechend der neuen Breitbandrichtlinie. Für den Rest nahm die Gemeinde einen Infrakredit Breitband bei der LfA Förderbank Bayern auf. „Mit einer Laufzeit von zehn Jahren und sehr niedrigen Zinsen verschafft er uns genau die Planungssicherheit, die wir brauchen.“ Der Antrag für den LfA-Kredit ging einfach und schnell über die Bühne. Andere Aufgaben auf dem Weg zum schnellen Internet waren dagegen deutlich schwieriger zu bewältigen. „Für eine kleine Gemeinde wie uns ist so ein Breitbandprojekt insgesamt eine komplexe Angelegenheit, zumal viele, zum Teil sehr formale Aspekte berücksich- ➤

Breitbandausbau in Roggenburg

- 22 Kilometer Glasfaserkabel in sieben Ortsteilen
- 409 Anschlüsse mit einer Übertragungsrate von bis zu 30 Mbit/s
- Zwei Anschlüsse mit bis zu 50 Mbit/s
- Schnelle Anschlüsse für 1.000 Haushalte und 50 Firmen

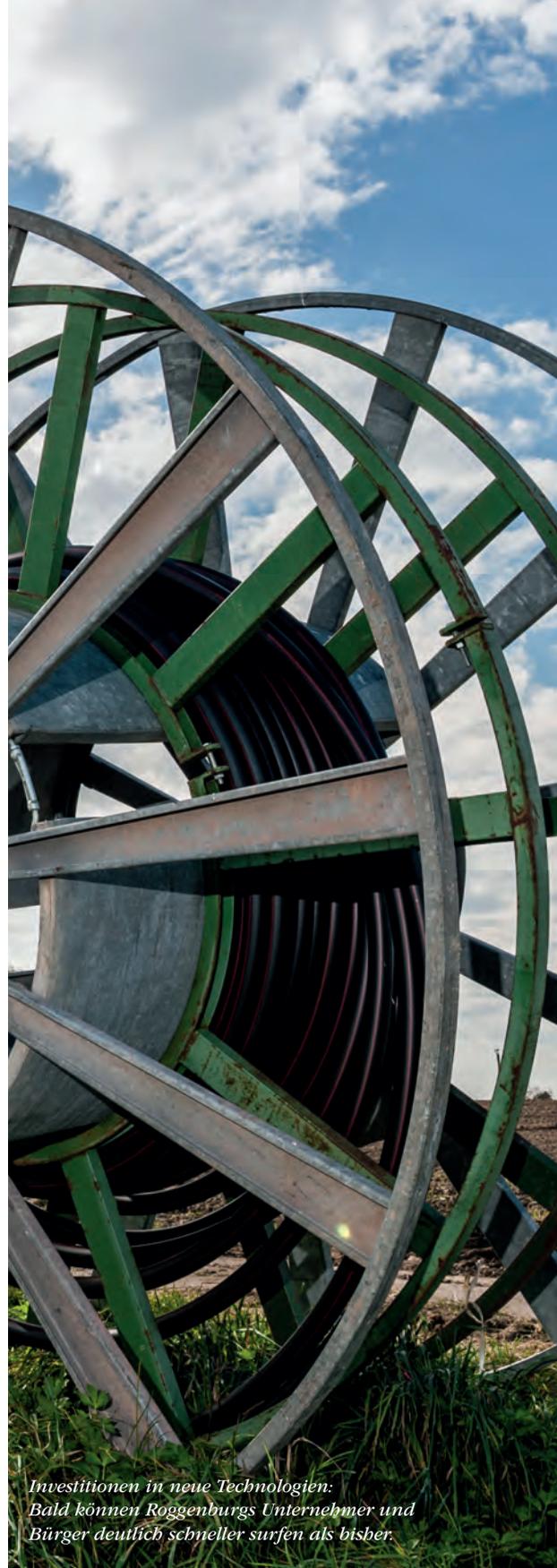
tigt werden müssen.“ Worüber sich Stölzle besonders freut: „Wir beantragten als eine der ersten Gemeinden die bayerische Breitbandförderung und wir schließen das Projekt wohl auch als eine der Ersten ab.“

Schon nach fünf Tagen kommt die Zusage

Über die gute Resonanz freut sich auch Werner Steininger, Leiter des Teams Infrastrukturfinanzierung bei der LfA Förderbank Bayern: „In den Gemeinden kommt unser neues Angebot gut an.“ Mit dem Infrakredit Breitband flankiert die LfA das Zuschussprogramm des bayerischen Finanzministeriums, erläutert er. Der Kredit ist als ergänzendes Förderangebot konstruiert: Sobald Kommunen, Gemeindeverbände oder kommunale Zusammenschlüsse eine Zusage des Freistaates erhalten, können sie auch eine Förderung aus dem Infrakredit Breitband bekommen. Dieser Kredit erlaubt ihnen, den Anteil der Wirtschaftlichkeitslücke, also der förderfähigen Aufwendungen, den sie selbst tragen müssen, zu günstigen Konditionen zu finanzieren. „Nach Vorliegen des Zuschussbescheides erhalten die Kommunen innerhalb von fünf Arbeitstagen unsere Kreditentscheidung“, verspricht Steininger.

Der Infrakredit Breitband lässt sich sehr flexibel gestalten. Kommunen können eine Laufzeit von 10, 20 oder 30 Jahren zu unterschiedlichen, niedrigen Zinssätzen wählen. „Das ermöglicht den Gemeinden, den Kredit genau auf ihren Bedarf zuzuschneiden“, so der LfA-Experte. Er rechnet damit, dass in den kommenden Monaten die Nachfrage weiter zunehmen wird, zumal über die Hälfte der bayerischen Kommunen sich im Antragsverfahren für den Zuschuss befindet. Und das ist gut so, resümiert er. „Denn für den Standort Bayern spielen Breitbandanschlüsse eine strategisch wichtige Rolle.“ ■

INFO www.schnelles-internet-in-bayern.de



*Investitionen in neue Technologien:
Bald können Roggenburgs Unternehmer und
Bürger deutlich schneller surfen als bisher.*

BUSINESSPLAN WETTBEWERBE

Bayerns beste Gründer

Die LfA unterstützt die beiden bayerischen Businessplan Wettbewerbe *Businessplan Wettbewerb Nordbayern* und *Münchener Businessplan Wettbewerb* als Trainer bei Finanzierungsseminaren, als Juror in den Wettbewerben und als Ausrichter von Prämierungsveranstaltungen. Am diesjährigen Münchener Businessplan Wettbewerb haben 240 Unternehmen aus dem südbayerischen Raum teilgenommen. Platz eins belegte die Firma Magazino, die innovative Lager- und Kommissionierautomaten entwickelt. Zweiter wurde medineering mit robotischen Assistenzsystemen für minimal-invasive Kopfchirurgie, Rang drei ging an die Biotech-Firma Precision Proteomics. ■



INFO www.mbpw.de

EFFIZIENTES WIRTSCHAFTEN

Nachhaltigkeit finanzieren und leben

„Nachhaltigkeit ist Teil unserer Unternehmensziele – das zahlt sich aus: Zum Beispiel haben wir die Förderangebote für Energie- und Umweltprojekte verbessert, dadurch das Fördervolumen in diesem Bereich verdreifacht und so zu mehr Energieeffizienz im Mittelstand beigetragen“, sagt LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl. Neben dem operativen Geschäft mit nachhaltigen Förderprogrammen umfassen die Nachhaltigkeitsaktivitäten auch die interne Organisation und den Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung. Ziele sind dabei zum Beispiel eine gelebte Unternehmensverantwortung, Chancenvielfalt am Arbeitsplatz, effiziente Geschäftsprozesse, Ressourcenschonung sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitszertifizierungen. ■

INFO www.lfa.de

HERBSTBILANZ

Bayerns Mittelstand investiert unbeirrt von sinkenden Wachstumsprognosen

Die Herbstbilanz der LfA Förderbank Bayern kann mit positiven Signalen aus der Wirtschaft aufwarten: 4.300 kleine und mittlere Unternehmen wollen mithilfe von Förderkrediten neue Investitionen in Höhe von über zwei Milliarden Euro tätigen. Damit ist das Investitionsvolumen genauso hoch wie nach den ersten neun Monaten im vergangenen Rekordförderjahr. Ein Investitionstreiber ist der Wunsch vieler kleiner Betriebe nach mehr Energieeffizienz. Dabei finanzieren die Firmen ihre Projekte vermehrt aus Eigenmitteln und benötigen weniger Fremdkapital. „Gerade in Zeiten der Konjunkturertrübung brauchen wir mehr Investitionen, die wir durch die Förderkredite der LfA anstoßen können“, sagt Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner. Allein die Fördernachfrage für Energie- und Umweltprojekte sei auf nahezu 140 Millionen Euro gestiegen. „Das ist weit mehr als das Doppelte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum“, so Ilse Aigner. ■

INFO www.lfa.de

Die Hälfte aller Angriffe kommt von innen

Günter Seibold leitet seit Januar 2014 das neue Dezernat Cybercrime des Bayerischen Landeskriminalamts. Der Experte mahnt Unternehmen zu erhöhter Wachsamkeit bei der IT-Sicherheit.

Interview: Andreas Schmitz

LfA magazin: Herr Seibold, was hat Sie dazu gebracht, sich mit dem „unsichtbaren Verbrechen“ im Internet zu beschäftigen?

Günter Seibold: Es ist unfassbar, dass der Straßenverkehr durch Ampeln geregelt ist, im Netz jedoch jeder ohne entsprechende Sicherheitsvorkehrungen unterwegs ist. Das wird von Kriminellen ausgenutzt. Im Netz gibt es keinen klassischen Tatort und auch kaum Spuren, die hinterlassen werden. Hier wirken Kriminelle, über die bislang zu wenig rauszukriegen ist: eine Herausforderung.

LfA magazin: Da zeichnen Sie jetzt aber ein düsteres Bild. Wie sehen die Methoden aus, mit denen Cyber-Kriminelle vorgehen?

Seibold: Meist versuchen sie, Kontrolle über fremde Geräte zu bekommen. Sie bekommen eine Mail, klicken drauf, schon haben Sie sich einen Trojaner oder Virus eingefangen, über deren Codes jemand nicht nur Zugriff auf Ihren Computer erhält, sondern Sie aussperrt. Er bekommt Macht über Ihren Computer und erpresst Sie möglicherweise auch damit. Nicht selten mit Erfolg.

LfA magazin: Man sollte meinen, dass solche Spam-Mails nur noch von wenigen Menschen angeklickt werden ...

Seibold: Nehmen wir an, jemand versendet über angemietete Botnetze seine „Ransomware“, also Schadsoftware für erpresserische Aktivitäten, an 180.000 Mailadressen. Nur je-



der 1000. Anwender klickt auf die Mail. Dann sind ad hoc 180 Rechner infiziert. Findet er darauf auch noch Kennwörter für Online-Banking, Firmen-, Amazon- und Ebay-Zugänge, ist der Anwender doppelt und dreifach geschädigt. Wenn man bedenkt, dass etwa 70 Prozent der täglich 30 Milliarden Mails Spam sind und davon mehrere Hunderttausend potenziell Schadprogramme enthalten, ist das eine ziemlich große Gefahr.

LfA magazin: Hier geht es um Privatleute, die nachlässig mit ihrem Computer umgehen. Unternehmen haben meist IT- oder Security-Experten beschäftigt, die auf Angriffe aus dem Netz reagieren können. Wie hoch ist die Bedrohung hier? **Seibold:** Die IT steht sowohl bei Konzernen als auch im Mittelstand an Priorität eins oder zwei. Allerdings gibt es Unsicherheitsfaktoren. Die lauern nicht an der Eingangstür, die etwa eine Stahltür ist – vierfach gesichert und mit Kamera beobachtet. Vielmehr sind es die Hintertüren, durch die Zulieferer ihre Produkte anliefern, oder aber die Mitarbeiter, die jeden Tag ein- und ausgehen.

LfA magazin: Die Angriffe drohen also eher von vertrauten Personen ...

Seibold: Etwa die Hälfte aller Angriffe auf die IT im Unternehmen kommt bewusst oder unbewusst von innen – vom Mitarbeiter, der gerade entlassen wurde oder der Stress mit seinem Chef oder Kollegen hat, von Zulieferern, freien Mitarbeitern und Dienstleistern. Das kann aber auch der Servicetechniker sein, der den Netzwerkdrucker repariert. Viele Angestellte oder freie Mitarbeiter bringen ihr Tablet, Smartphone oder Laptop mit zum Arbeitsplatz und nutzen es dort. Zwar gibt es Programme zum Management der mobilen Geräte, doch werden sie oft nicht konsequent genutzt eingesetzt. ■

INFOS

www.stmi.bayern.de/sus/datensicherheit
www.wirtschaftsschutz.bayern.de
www.lfv.bayern.de/service/spionage



Prof. Dr. Claudia Eckert ist Leiterin des Fraunhofer-Instituts für Angewandte und Integrierte Sicherheit und der „Sicherheit in der Informatik“ an der TU München. Immer wieder ist sie verwundert, wie leicht Unternehmen Angreifern den Zugriff auf sensible Daten machen.

■ 10 TIPPS

Was IT-Sicherheitsexpertin Claudia Eckert Unternehmern empfiehlt:

- Finden Sie heraus, was für Sie schützenswert ist, und analysieren Sie, wie wahrscheinlich und folgenreich potenzielle Cyberattacken sein können.
- Achten Sie darauf, dass Ihre Kunden und Zulieferer sicher sind.
- Sensibilisieren und schulen Sie Ihre Mitarbeiter, denn sie sind als Ziel etwa von Social-Engineering-Angriffen und Phishing-E-Mails die größten Risikofaktoren.
- Etablieren Sie eine zentrale Überwachung der Sicherheitssysteme und identifizieren Sie so Bedrohungen in Echtzeit.
- Verbieten Sie nicht nur, setzen Sie gezielt Anreize. Wer Sicherheit nutzt, bekommt zusätzliche Freiheitsgrade – muss etwa nicht physisch vor Ort sein oder darf Skype auf Dienstreisen nutzen.
- Machen Sie mobile Endgeräte nur eingeschränkt nutzbar, ohne Zugriff auf verschlüsselte Mails und Zugang zu internen Servern.
- Entwickeln Sie „Trusted App Stores“, aus denen Mitarbeiter und Kunden unbedenkliche Apps nutzen können.
- Legen Sie gute Passwort-Regeln fest und kontrollieren Sie sie technisch.
- Stellen Sie einen detaillierten Notfallplan auf. Darin steht, was im Fall der Fälle von wem zu tun ist.
- Sind Sie ein kleiner Mittelständler, sollten Sie erwägen, die IT-Sicherheit in die Hand von externen Dienstleistern zu geben. Über „Security as a Service“ können Sie sich die Kompetenz über die Cloud „ins Haus“ holen.

INFRAKREDIT BREITBAND

Für Highspeed in den Kommunen

Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Kommunen bei der Finanzierung ihres Breitbandnetzes. Auch Gemeindeverbände und Zusammenschlüsse von Gemeinden profitieren vom Infrakredit Breitband. Der äußerst zinsgünstige Förderkredit ergänzt das Zuschussprogramm des bayerischen Finanzministeriums, das im Juli 2014 ein neues Förderprogramm für das schnelle Internet startete. „Um es den Gemeinden zu erleichtern, ihren Eigenanteil an den Ausbaukosten des Breitbandnetzes zu finanzieren, bieten wir Förderkredite mit besonders günstigen Zinssätzen und langen Laufzeiten zwischen 10 und 30 Jahren an“, erklärt Werner Steininger, Leiter des Teams Infrastrukturfinanzierung bei der LfA. Der Kredit lässt sich flexibel gestalten. Den Kommunen verschafft er die nötige Planungssicherheit. „Wenig Aufwand für den Antragsteller und schnelle Bearbeitung der Fälle, das ist unser Service für die Kommunen“, betont Steininger. Alle Kommunen, die eine Zusage für das Zuschussprogramm des bayerischen Finanzministeriums bekommen, können



Damit Gemeinden ihr Breitbandnetz ausbauen können, erhalten sie Finanzierungsunterstützung von der LfA Förderbank Bayern.

den Infrakredit Breitband beanspruchen. Wichtig ist, den Antrag vor Beginn des Vorhabens zu stellen. ■

STARTKREDIT

Finanzieller Spielraum für Unternehmensgründer

Ob digital oder analog – der Start in eine selbstständige Karriere kostet Kraft und Geld. Die LfA unterstützt gewerbliche und freiberufliche Unternehmensgründer mit zinsgünstigen Startkrediten. Tilgungsfreijahre und Laufzeiten von bis zu 20 Jahren erleichtern den Einstieg in die Selbstständigkeit. Bei fehlenden Kreditsicherheiten kann die LfA Teile des Kreditrisikos der Hausbank übernehmen; dadurch wird die Kreditzusage erleichtert. Möglich ist auch die Finanzierung der Übernahme eines bestehenden Betriebes mit dem Startkredit. Anträge können über die Hausbank gestellt werden. ■

INVESTIVKREDIT

Digitale Chancen für Wachstum nutzen

Unternehmerischen Erfolg hat, wer sich den Anforderungen der Zeit anpasst. Dies erfordert Investitionen. Die LfA hilft Firmen mit Förderkrediten und Risikoübernahmen dabei, auch digitale Chancen zu nutzen, ohne unbegrenzt Risiken einzugehen. Der besonders zinsgünstige Investivkredit steht ausschließlich kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmen sowie Freiberuflern zur Verfügung. Unternehmer können damit ihre Wachstumsvorhaben ab einem Investitionsvolumen von 30.000 Euro finanzieren. ■



Dr. Eike Born ist als Leiter der Abteilung Informationsverarbeitung auch für die Sicherheit zuständig.

»Es reizt mich, die IT-Entwicklung der Bank mitzugestalten«

Ganz auf Papier zu verzichten, das ist in einer Bank noch nicht möglich. Trotzdem laufen bei der LfA Förderbank Bayern fast alle Prozesse IT-gesteuert – angefangen vom Kreditantrag eines Kunden bis hin zur Verwaltung der Hausschlüssel. Damit dies reibungslos funktioniert, ist Dr. Eike Born mit seinen 35 Mitarbeitern in der Abteilung Informationsverarbeitung da. Zwölf Jahre hat der Mathematiker für Siemens Informationstechnologien entwickelt, bevor er auf die Anwenderseite wechselte: zur LfA.

Hier sieht er seine Aufgabe vor allem darin, genau zuzuhören, wenn Kollegen ihre Anliegen vorbringen. „Ich sehe mich an der Schnittstelle zwischen den Bankfachleuten und den Technikern“, sagt er. Wie ein Dolmetscher übersetzt er die Anliegen der einen in Aufgaben für die anderen. „Es reizt mich, die großen Linien in der IT-Entwicklung der Bank mitzugestalten.“ Und die Herausforderungen sind groß: Intern steht die Einführung von SAP bevor. Außerdem ist geplant, dass Kreditanträge online gestellt werden und Zusagen in kurzer Zeit erfolgen können. Dabei steht dann das Thema Cybersicherheit ganz oben. Man befinde sich, sagt Dr. Eike Born, noch ganz am Anfang der Digitalisierung. „Das Papier hat 3.000 Jahre gebraucht, bis man es so praktisch wie heute nutzen kann. Computer aber gibt es erst seit 50 Jahren.“ ■



Katharina Kaltenbach gehört dem Team Infrastrukturfinanzierung der LfA Förderbank Bayern an.

»Jede Finanzierung ist anders, das finde ich spannend«

Manchmal geht es um einen neuen Windpark, manchmal soll ein Güterverkehrszentrum ausgebaut werden. Aber auch die Erschließung eines Gewerbegebietes, eine effizientere Energienutzung oder der Breitbandausbau – all dies sind kommunale Vorhaben, mit denen sich Katharina Kaltenbach beruflich auseinandersetzt. Die gelernte Bankkauffrau und Diplom-Betriebswirtin arbeitet seit 2009 bei der LfA Förderbank Bayern; seit einem halben Jahr ist sie im Team Infrastrukturfinanzierung tätig, das zum einen Förderkredite an Gemeinden vergibt, zum anderen als Konsortialpartner bei großvolumigen kommunalen Infrastrukturprojekten auftritt. „Mit diesen beiden Finanzierungsmöglichkeiten soll die Infrastruktur verbessert werden. So soll der Wirtschaftsstandort Bayern gestärkt und attraktiv gemacht werden“, erklärt sie. Der berufliche Alltag von Katharina Kaltenbach ist überaus abwechslungsreich: Sie berät telefonisch Bürgermeister oder Kämmerer, informiert sich bei Terminen vor Ort über zu finanzierende Projekte und bereitet am Schreibtisch die Vorlagen für Kreditvergaben vor. Sie präsentiert die Angebote der LfA Förderbank Bayern auch auf Messen. „Diese Vielfalt ist es, die mir so gut gefällt“, sagt Katharina Kaltenbach. „Ich finde es spannend, dass man sich immer wieder in etwas Neues hineindenken muss. Denn schließlich ist jede Finanzierung anders.“ ■



WIR FÖRDERN TRADITION UND INNOVATION

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir das traditionelle Handwerk genauso wie innovative Hightech-Unternehmen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie sich mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihr nächstes Vorhaben schnell realisieren lässt. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.